

Vorlesung Wirtschaftspolitik - Aktuelle Fragen WS 2004

Ralf Kronberger

Inhalt (1)

- **Einführung - Theorie der Wirtschaftspolitik**
(Folien - PDF)
- **Handelspolitik**
(Folien - PDF)
- **Direktinvestitionen / Standortwettbewerb und -politik**
(Folien - PDF)
- **Wettbewerbspolitik** (Gastlektor Dr. Taurer)
(Folien - PDF)
- **Arbeitsmarktpolitik**
(Folien - PDF & Kubin, I./Rosner, P. (2003), Arbeitsmarktpolitik: Theoretische Grundlagen und österreichische Institutionen, in: Neck, R./Nowotny, E./Winkler, G. (Hrsg.), Grundzüge der Österreichischen Wirtschaftspolitik, 3. Aufl., Manz, Wien.)

Inhalt (2)

- **Preisniveaustabilität**

(Folien - PDF & Mussel, G./Pätzold, J. (2003), Grundfragen der Wirtschaftspolitik, Kapitel Preisniveaustabilität, 5. Aufl., Franz Vahlen, München.

- **Finanzpolitik**

(Folien - PDF)

- **Wachstum, Konjunktur- und Stabilisierungspolitik**

(Folien - PDF & Altmann, J. (2000), Wirtschaftspolitik, Kapitel Wirtschaftswachstum und Konjunktur, 7. Aufl., Lucius & Lucius, Stuttgart.)

- **Demografie und Wirtschaftssystem**

(Kronberger, R. (2004), Der demografische Wandel und das Wirtschaftssystem, Aktuelle Unterlagen 46/2004, Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaft und Schule, Wien)
<<http://wko.at/aws/AU46.pdf>>

LV-Ziel

- Kurze Einführung in die Theorie der Wirtschaftspolitik
- Volkswirtschaftliche Vertiefung (Theorie & Empirie) in aktuelle Themen der Wirtschaftspolitik mit Schwerpunkt Österreich ergänzend zu den weiteren angebotenen VWL-Veranstaltungen
- Erkennen von Zusammenhängen und Einordnung von Theorien
- Aufzeigen von Anknüpfungspunkten zur Praxis

Ductus (1)

Anwesenheitspflicht

Erreichbarkeit LV-Leiter

Email: Ralf.Kronberger@fh-vie.ac.at

Vorbereitung auf die Klausur

- Regelmäßige Wiederholung
- Durcharbeiten von Kontrollfragen

Ductus (2)

va. 90minütige Klausur am Ende der LV-Einheit:

Mischung aus offenen Fragen und Multiple Choice
Prüfungstoff: aufgelegte Unterlagen +
vorgetragener Stoff (inkl. während der VL
verteilter Artikel)

Termin 19.11.2004 (noch zu bestätigen)

Wahlmöglichkeit 1-2 Fragen

Allgemeines

Verwendete Materialien

- Textbuchauszüge
- Powerpoint-Folien
- Zeitungsartikel/Presseaussendungen

Vorlesung Wirtschaftspolitik - Aktuelle Fragen WS 2004

Übersicht zur Theorie der Wirtschaftspolitik

Ralf Kronberger

Gliederung

- Erkenntnisgegenstand und Gliederungen
- Ansätze einer Theorie der Wirtschaftspolitik
 - Der Ziele-Mittel-Träger-Ansatz
 - Die quantitative Wirtschaftspolitik
 - Ein umfassender Ansatz
 - Gesellschaftsordnung
 - Wohlfahrtsökonomie
 - Abweichung von den Pareto-Annahmen
 - Neue Politische Ökonomie
 - Makrofundierung

Was ist die Theorie der Wirtschaftspolitik?

Erkenntnisgegenstand

ökonomische Systeme und praktische Wirtschaftspolitik

Betätigungsfelder der Wirtschaftspolitik als wissenschaftliche Disziplin

- Beschreibung und Erklärung der praktischen Wirtschaftspolitik
- Erstellung von Prognosen über das Verhalten von Trägern der Wirtschaftspolitik
- Beratung der Träger der Wirtschaftspolitik

Gliederungsmöglichkeiten (1)

Gliederung nach Tinbergen

- **Quantitative Wirtschaftspolitik**
 - Änderung von Instrumentalvariablen im Rahmen der gegebenen Ordnung (z.B. Anhebung Sozialversicherungsbeitrag) (**Prozesspolitik**)
- **Qualitative Wirtschaftspolitik**
 - Änderungen der Parameter des Wirtschaftsprozesses (z. B. Anhebung Pensionsantrittsalter) (**Strukturpolitik**)
- **Reformen**
 - Änderungen der Grundlagen des Wirtschaftssystems (z. B. Finanzverfassung) (**Ordnungspolitik**)

Gliederungsmöglichkeiten (2)

Allgemeine Wirtschaftspolitik als Grundlagenwissenschaft

- wissenschaftstheoretische Basis
- sozialvertragliche und wohlfahrtsökonomische Basis
- Ziele-Mittel-Träger-Beziehungen
- Phasen der Wirtschaftspolitik
- Systemanalyse und Systemvergleich

Gliederungsmöglichkeiten (3)

Spezielle Wirtschaftspolitik kann folgendermaßen gegliedert werden:

- **Ordnungspolitische Kriterien**
(z.B. Wirtschaftsverfassungspolitik)
- **Nach globalen Steuerungsbereichen**
(z.B. Konjunkturpolitik)
- **Nach Wirtschaftssektoren**
(Agrarpolitik, Industriepolitik, etc.)
- **Nach Produktionsfaktoren**
(Investitionspolitik, Arbeitsmarktpolitik)

Ziele-Mittel-Träger-Ansatz (1)

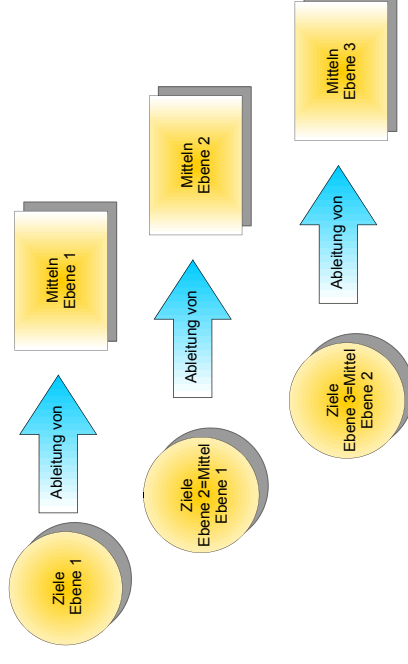
Ziele ersten Ranges

- Freiheit
- Sicherheit
- Gerechtigkeit
- Fortschritt

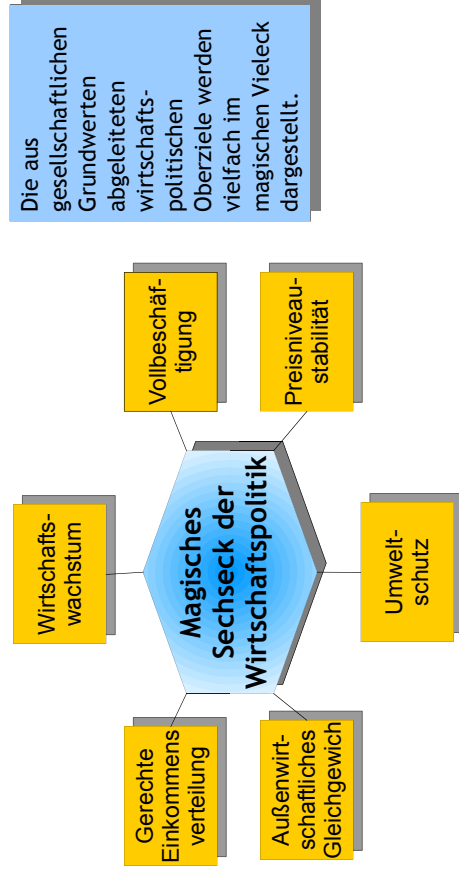
daraus Ableitung wirtschaftspolitischer Ziele, die nicht zwingend einfach logisch geschieht, sondern unter Berücksichtigung weiterer (subjektiver) Werturteile

Ziele-Mittel-Träger-Ansatz (2)

Ziele und Mittel stehen in einer hierarchischen Beziehung.



Ziele-Mittel-Träger-Ansatz (3)



Ziele-Mittel-Träger-Ansatz (4)

Die **Träger** der Wirtschaftspolitik entscheiden über den Mitteleinsatz bzw. versuchen das wirtschaftspolitische Geschehen zu beeinflussen.

Träger im engeren Sinn

Bund, Länder, Gemeinden, EZB, EU-Kommission, EU-Rat, etc.

Träger mit Einfluss auf Wirtschaftspolitik

Kammern, ÖGB, Medien, etc.

Ziele-Mittel-Träger-Ansatz (5)

Instrumentalistischer Irrtum bzw. Eigenwertproblem

Es werden Ziel-Mittel-Ketten aufgestellt, ohne dass jemals ohne Einfluss von normativen Werten ein höchstes Ziel abgeleitet werden könnte.

→ Jede Theorie besitzt normative Elemente. In der praktischen Wirtschaftspolitik sind daher aus den theoretischen Überlegungen gezogene Schlüsse auf ihre normative Position hin zu überprüfen, wenn daraus politische Entscheidungen abgeleitet werden.

Quantitative Wirtschaftspolitik (1)

Darstellung des Ziel-Mittel-Zusammenhanges durch quantitative Modelle.

Formale Darstellung der Art und Stärke der Wirkungsweise von wirtschaftspolitischen Instrumenten (z.B. Steuerpolitik) zur Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele.

Problem: ähnlich des Ziele-Mittel-Träger-Ansatzes keine endogene Erklärung wirtschaftspolitischer Ziele.

Quantitative Wirtschaftspolitik (2)

Wachstumszerlegung für Österreich

Den Ausgangspunkt der Wachstumszerlegung bildet eine gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion in der Form:

$$Y_t = K_t^\alpha (A_t H_t L_t)^{1-\alpha}$$

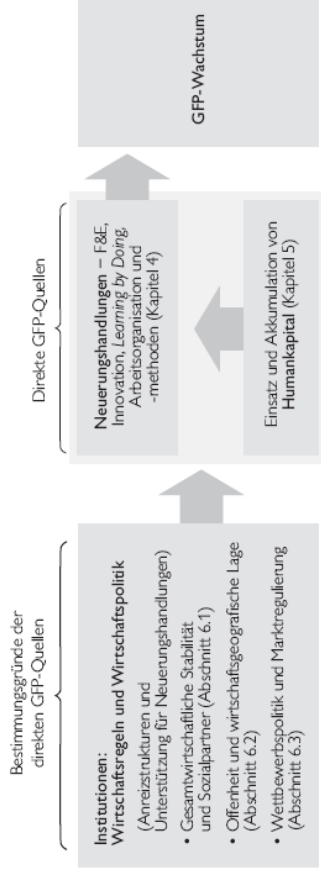
Demnach wird der gesamtwirtschaftliche Output in der Periode t (Y_t) mithilfe der Faktoren Kapital (K_t), Humankapital (H_t) und Arbeit (L_t), gemessen in geleisteten Arbeitsstunden, produziert. A_t wird als „Gesamtfaktorproduktivität“ (GFP) bezeichnet und kann als Maß sowohl für den verfügbaren Wissensstand als auch für strukturelle und institutionelle Aspekte interpretiert werden, die nicht direkt den Einsatz der Produktionsfaktoren beeinflussen, sondern nur indirekt, über die Effizienz, mit der Faktoren eingesetzt werden können, auf den gesamtwirtschaftlichen Output wirken.⁶ Der Parameter α entspricht dem Anteil der Kapitaleinkommen am Gesamteinkommen.

Quelle: OeNB

Quantitative Wirtschaftspolitik (3)

Wachstumszerlegung für Österreich

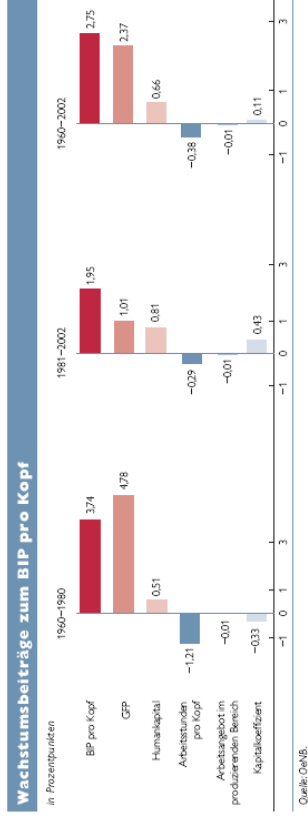
Bestimmungsfaktoren des österreichischen GFP-Wachstums



Quelle: OeNB

Quantitative Wirtschaftspolitik (4)

Wachstumszerlegung für Österreich



Quelle: OeNB

Quantitative Wirtschaftspolitik (5)

Stärken des Ansatzes

- Beurteilung der Konsistenz der wirtschaftspolitischen Ziele
- Abgrenzung möglicher Lösungen → Vereinfachung des wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesses
- Bestimmung der Ausprägungen der wirtschaftspolitischen Instrumente bei bekannten und vorgegebenen Zielen

Schwächen des Ansatzes

- Einschränkung auf die formale Erklärung
- Fehlen der normativen Herleitung und Begründung der Auswahl wirtschaftspolitischen Ziele

Umfassender Ansatz (1)

Ziel: schrittweiser und logischer Aufbau eines Wirtschaftssystems auf theoretischer Ebene

Die Ordnungsbedürftigkeit einer Volkswirtschaft ist gegeben, wodurch wirtschaftspolitische Eingriffe gerechtfertigt sind.

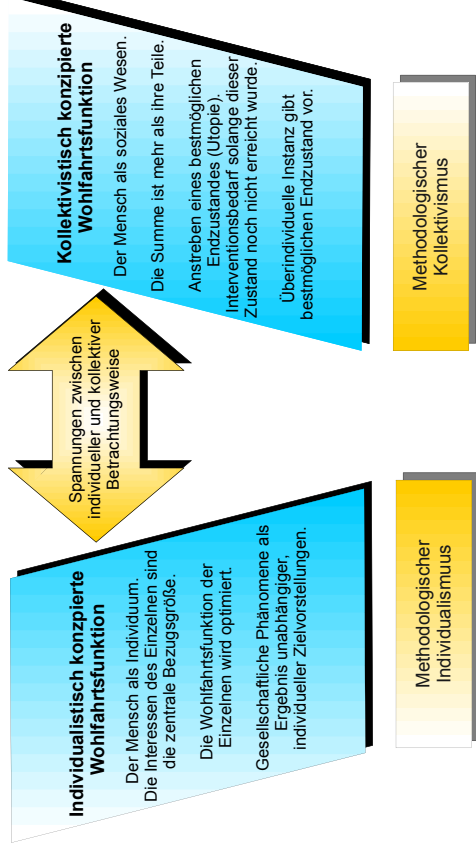
Für diese Eingriffe bildet das Gesellschaftssystem den Bezugsrahmen.

Steuerung der Wirtschaftsordnung(en) durch

- Befehle
- Selbstorganisation autonomer Gruppen
- Handlungen einer Bürokratie
- Markt-Preis-Mechanismus

Umfassender Ansatz (2)

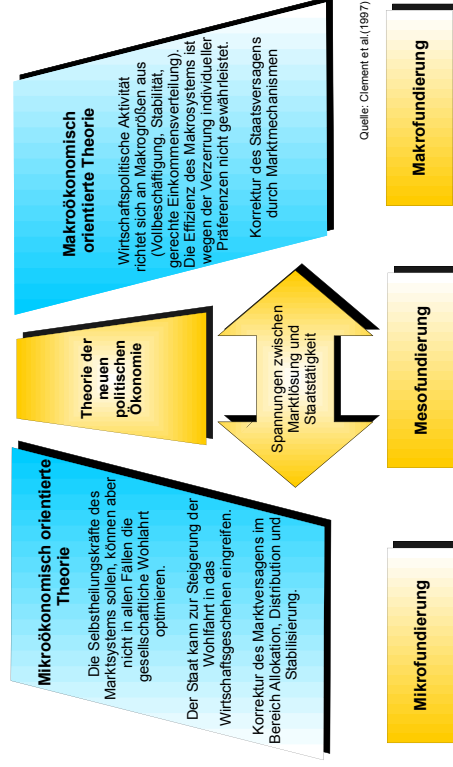
Gesellschaftsordnung als Basis für wirtschaftspolitische Systeme



Quelle: Clement et al. (1997)

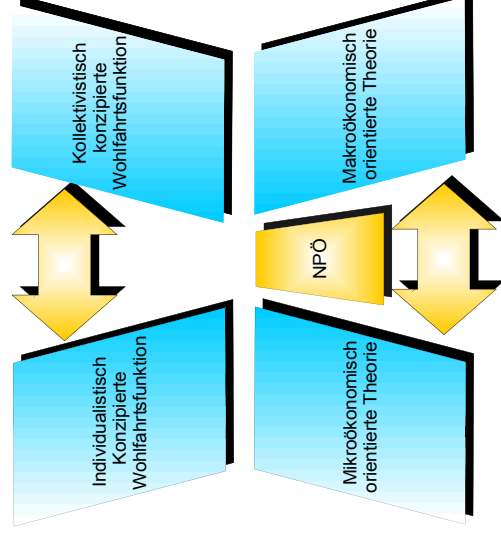
Umfassender Ansatz (3)

Theoretische Fundierung des wirtschaftspolitischen Systems



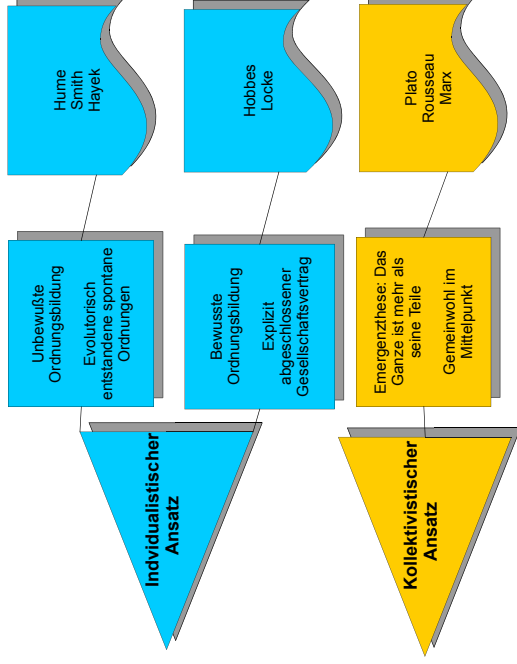
Quelle: Clement et al. (1997)

Umfassender Ansatz (4)



Gesellschaftsordnung (1)

Gesellschaftsordnung - Sozialvertrag



Gesellschaftsordnung (2)

Methodologischer Individualismus

- Das Individuum wird als Bezugspunkt, als konzeptionelle Basis herangezogen.
- Das Individuum wird als Handlungsträger gesehen, d.h. alle Handlungen sind letztlich auf das Individuum rückführbar („the hangman, not thestate executes the criminal“, Mises)
- Alles sozialen Phänomene, so auch die Organisation und Bildung der Gesellschaft sind das Ergebnis individueller Handlungen.

Der individualistische Ansatz geht in der Analyse von der kleinsten Einheit, dem Individuum aus und führt alle kollektiven Phänomene auf individuelles Handeln zurück.

Gesellschaftsordnung (3)

Methodologischer Kollektivismus

- Es gibt überindividuelle Ganzheiten (Kollektive)
- Kollektive besitzen Eigenschaften, die sich nicht aus der Summe der Individuen erklären lassen.
- Es gibt sozialen Determinismus, d.h. die kollektiven Phänomene entstehen außerhalb der Gesellschaft und sind vorgegebene Rahmenbedingungen. Individualhandlungen werden daher durch diesen Rahmen beeinflusst.

Der kollektivistische Ansatz misst dem Kollektiv (der Gesellschaft) eine spezifische Ganzheit zu, und betrachtet somit Kollektivbedürfnisse als nicht auf individuelle Bedürfnisse rückführbar.

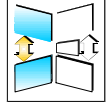
Gesellschaftsordnung (4)

Gesellschaftsordnung und ökonomische Argumentation

Individuum → bewusst gesetzte Ordnung → bewusster Vertrag
→ individualistisch patriachalische Wohlfahrtsfunktion → (Neoklassische) Mikroökonomie → freie Marktwirtschaft

Individuum → unbewusste, spontane Ordnung → unbewusster Vertrag → Individualistisch-individuelle Wohlfahrtsfunktion → Evolutionäre Mikroökonomie (Austrian School) → Hayek'scher „echter Liberalismus“

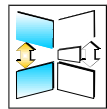
Kollektiv → repressive Ordnung → Berufung auf „end state“ → kollektivistisch, diktatorische Wohlfahrtsfunktion → Makroökonomie (Marxismus, Katholizismus) → Planwirtschaft



Gesellschaftsordnung (5)

Gesellschaftsordnung Conclusio

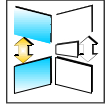
„Grundsätzlich kann von der Feststellung ausgegangen werden, dass sich wirtschaftspolitische Eingriffe gegenüber individuellem Handeln aus dem Gesellschaftssystem ableiten lassen, das eine soziale Ordnung Voraussetzung für wirtschaftspolitische Handlungen ist. Wirtschaftspolitik findet somit im Spannungsfeld zwischen Individuum und Kollektiv statt. Die beiden Extreme stellen sich daher als mögliche analytische Ausgangspunkte dar.“
(Clement, 1997)



Wohlfahrtsökonomie (1)

Aufgabe der Wohlfahrtsökonomie

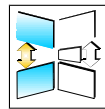
- Suche nach einem System von Normen, das ein gesellschaftliches Optimum definiert
- Feststellung der Bedingungen, die größtmögliche Effizienz in einer dezentralen Wirtschaft erlauben
- Ableitung wirtschaftspolitischer Ziele zur Erhöhung der allgemeinen Wohlfahrt



Wohlfahrtsökonomie (2)

Fragestellungen

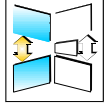
- Unter welchen Bedingungen kann ein Pareto-Optimum erreicht werden?
- Wie sind Pareto-effiziente Situationen hinsichtlich der Verteilung zu bewerten?
- Wie kann eine soziale Wohlfahrtsfunktion beschrieben werden? Existiert eine verlässliche Methode, um eine kollektive Wertvorstellung abzuleiten?



Wohlfahrtsökonomie (3)

Wie wird das Pareto-Optimum erreicht?

In einem Paretooptimum gilt, dass ein Zustand erreicht wird, in welchem kein Individuum mehr den Anreiz hat, seine Angebots- und Nachfragepläne unter den gegebenen Umständen zu ändern. In diesem Fall kann der Nutzen keines Individuums mehr erhöht werden, ohne den eines anderen zu reduzieren.



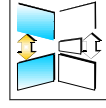
Wohlfahrtsökonomie (4)

Erstes Theorem der Wohlfahrtsökonomie

Jedes kompetitive Wettbewerbsgleichgewicht ist wohlfahrtsökonomisch Pareto-Optimal.

Die notwendigen zu Grunde liegenden Annahmen sind:

- 1) Homogene Güter
- 2) Vollständige Information
- 3) Keine Transaktionskosten
- 4) Keine steigende Skalenerträge
- 5) Alle Akteure agieren als Preisnehmer und Mengenanpasser
- 6) Ausschlussprinzip beim Konsum (Es gibt nur private Güter)
- 7) Keine externen Effekte

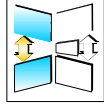


Wohlfahrtsökonomie (5)

Zweites Theorem der Wohlfahrtsökonomie

Unter der Bedingung, dass alle Akteure nutzen- bzw. profitmaximierende Preisnehmer sind, kann durch eine entsprechende Redistributionspolitik (fast) jedes Pareto-optimale Gleichgewicht durch den kompetitiven Marktmechanismus erreicht werden.

Dies gilt unter der Voraussetzung, dass durch eine Besteuerung der Individuen die Anfangsausstattung einer geänderten Verteilung zugeführt wird, allerdings unter der Bedingung, dass durch die Umverteilung die Effizienz der Wirtschaft nicht behindert wird. Z.B., die MwSt treibt einen Keil zwischen Grenzkosten der Unternehmen und dem Grenznutzen durch die Konsumenten. Pauschal- bzw. Kopfsteuern würden diese Verzerrung vermeiden. Offen bleibt die Frage: **Welche Verteilung ist die Richtige?**

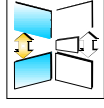


Wohlfahrtsökonomie (6)

Drittes Theorem der Wohlfahrtsökonomie

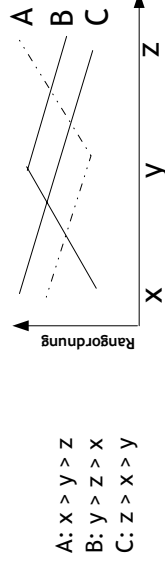
In der Literatur wurde der Versuch unternommen, die verschiedenen Pareto-optimalen Zustände zu bewerten, um aus den individuellen Nutzen der Wirtschaftsakteure eine soziale Wohlfahrtsfunktion abzuleiten (Erstellung einer eindeutigen Rangfolge der Pareto-Optima). Dieser Versuch ist gescheitert:

Ein gesellschaftlicher Aggregationsmechanismus, welcher den Bedingungen der Unbeschränktheit der individuellen Präferenzen, dem Pareto-Kriterium, der Unabhängigkeit von von irrelevanten Alternativen und der Nicht-Diktatorbedingung genügt, existiert nicht.



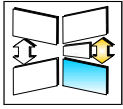
Wohlfahrtsökonomie (7)

Condorcets Wahlparadoxon



Bei der Abstimmung zwischen x und y und dann zwischen x und z, geht z als Gewinner hervor. Bei der Abstimmung zwischen y und z und dann zwischen y und x, geht x als Gewinner hervor. Die so gewonnene soziale Präferenzfunktion ist widersprüchlich. Sie ist nicht transitiv.

Eine Lösung besteht in der Beschränkung der individuellen Präferenzen (ungerade Wählerzahl und eingipfelige Funktionen - ein Minimum wie in C darf nicht vorkommen). In der Realität ist dies nicht plausibel.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (1)

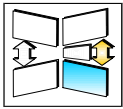
Wirtschaftspolitische Positionen zu Staatseingriffen

Marktversagen bedingt staatliche Eingriffe

Kein zwingender Schluss, da Marktversagen nicht mit effektiver Intervention des Staates gleichzusetzen ist.

Staatseingriffe schaden der Wirtschaft

Problem: Dem Paretianischen Gleichgewichtsmodell - freies Spiel der Marktkräfte liefert effizientes Ergebnis - liegen Annahmen zu Grunde, die in der Realität nicht anzutreffen sind.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (2)

Öffentliche Güter

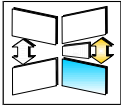
Für öffentliche Güter gilt:

- Nicht-Anwendbarkeit des Ausschlussprinzips
- Nichtrivalitätsprinzip (der Ausschluss ist nicht wünschenswert)

Beispiele:

Landesverteidigung, Innere Sicherheit, TV- & Radioempfang

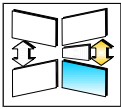
Nicht-Ausschluss ist wünschenswert, wenn die Grenzkosten der Bereitstellung 0 bzw. knapp über Null ist und die Zahlungsbereitschaft des marginalen Konsumenten deutlich über den Grenzkosten liegt.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (3)

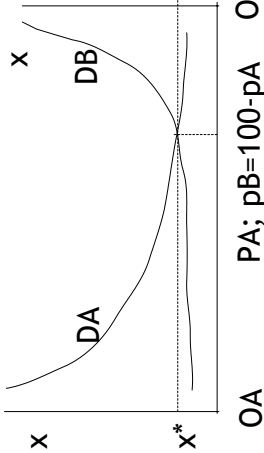
Öffentliche Güter (2)

Ausschluss- möglichkeit	Rivalität	
	Ja	Nein
Ja	Private Güter z.B. Brot, Kleid	Mautgüter z.B. Kabelfernsehen, Autobahnen
Nein	Allemandegüter z.B. Innenstadtstraßen	Reine öffentliche Güter z.B. öffentliche Kunstdenkmäler



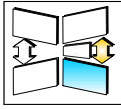
Abweichung von den Pareto-Annahmen (4)

Öffentliche Güter - Lindahl Modell



DA und DB stellen die Nachfragefunktionen nach dem öff. Gut x dar. Auf der horizontalen Achse ist die Zahlungsbereitschaft von A und B aufgetragen. Im Schnittpunkt der beiden Nachfragefunktionen wird das Lindahl-Gleichgewicht erreicht. A und B erreichen zusammen 100% der Kosten. Obzwar A und B 100% des Gutes konsumieren, zahlen Sie einen unterschiedlichen Teil der Kosten.

Problem: Die Nachfrage nach allen potenziellen Konsumenten nach dem öffentlichen Gut X muss bekannt sein.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (5)

Öffentliche Güter - Samuelsons Kollektivguttheorie

Erkenntnis 1:

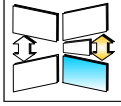
Es gibt rein private Güter $X=X_1+X_2$
und reine Kollektivgüter $Y=Y_1=Y_2$

Erkenntnis 2:

Wie für private Güter können auch für Kollektivgüter Optimumbedingungen formuliert werden.

Erkenntnis 3:

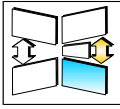
Das Optimum existiert zwar, das Problem ist jedoch, es zu finden. Es wird nicht - wie bei privaten Gütern - automatisch erreicht. Der Markt versagt.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (6)

Öffentliche Güter - Kritik an Samuelsons Kollektivguttheorie

- Reine Kollektivgüter sind sehr selten (Buchanan)
- Nicht nur Endprodukte (öffentliche Konsumgüter), auch Vorleistungen
- Eignung für normative Aussagen, keine positive Theorie (Musgrave)
- Marktversagen bei Kollektivgütern nicht sauber nachgewiesen (Buchanan)
- Gruppengröße vernachlässigt (Olson)
- Finanzierung vernachlässigt (Musgrave)
- Föderative Dezentralisation (voting by feet) vernachlässigt (Tiebout)
- Marktversagen rechtfertigt nicht zwingend Produktion, Angebot und Finanzierung durch den Staat



Abweichung von den Pareto-Annahmen (7)

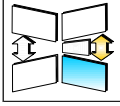
Öffentliche Güter - Gefangenendilemma

Auszahlung für A / B = Anzahl Jahre Gefängnis für A bzw. B

	B		Maximal mögliche Strafe für A
	Redet	Schweigt	
A	Redet 5 / 5 *	Schweigt 3 / 10	5
	Schweigt 10 / 3	1 / 1 **	10
Maximal mögliche Strafe für B	5	10	

* → Marktlösung kommt durch individuelle optimale Strategie zustande. Wenn A und B reden, bekommen sie 5 statt 10 Jahren Gefängnis.

** → Gesellschaftliches Optimum: Erreichbar durch Kooperation/Politik



Abweichung von den Pareto-Annahmen (8)

Öffentliche Güter - Relevanz der Gruppengröße (Olson)

Je größer die Gruppe ist, die sich eine Kollektivgut beschaffen will, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem Marktversagen kommt.

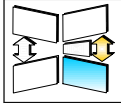
Setzt man z.B. die Transaktionskosten mit EUR 1,- pro Beziehung in der Gruppe an, steigen die Transaktionskosten überproportional zum Wachstum der Gruppe:

$$x = [n \cdot (n - 1)] / 2$$

Personen	1	2	3	4	100	1000
Kosten	0	1	3	6	4950	0,5 Mio

Auch bei kleinen Gruppen besteht die Gefahr eines suboptimalen Angebots. Bei sehr großen Gruppen ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß.

Bei ungleich großen Mitgliedern besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die kleinen Gruppenmitglieder die großen ausbeuten, da nur sie die Free Rider - Rolle übernehmen können. Sie wissen, dass sich die großen das Kollektivgut aus eigenem Interesse - wenn auch tendenziell suboptimal - beschaffen werden (z.B. Verschuldungsproblematik WWU).



Abweichung von den Pareto-Annahmen (9)

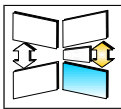
Meritatorische Güter

Markt	Konsumentensouveränität	
	Akzeptiert	Nicht akzeptiert
Funktioniert	Private Güter z.B. Brot, Wohnung	Meritatorische Güter z.B. Bildung, Kultur
Funktioniert nicht	Normale Kollektivgüter z.B. Verteidigung	Meritatorische Kollektivgüter z.B. Zukunftsforschung

- Gründe für meritatorische Güter
- Informationsmangel
 - irrationales Verhalten
 - Präferenzverzerrung
 - unerwünschte Einkommensverteilung

Darunter sind weitestgehend die öffentlichen Dienstleistungen zu verstehen.

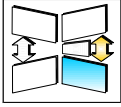
Zur Korrektur beschränkt die öffentliche Hand die Konsumenten-souveränität.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (10)

Meritatorische Güter - Kritik

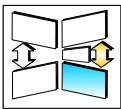
- Brauchbar zur Erklärung, dass die öffentliche Hand private Güter produziert bzw. anbietet
- Verzichtbar, weil die meritatorischen Güter praktisch immer auch Elemente von Kollektivgütern und externen Effekten aufweisen
- Angreifbar, da:
 - Verzerrte Präferenzen nicht objektiv begründbar sind
 - Betroffene kennen ihre Präferenzen besser als die öffentliche Hand
 - Möglicher Missbrauch meritatorisch begründeter Eingriffe



Abweichung von den Pareto-Annahmen (11)

Güterspektrum

Private Güter	Meritatorische Güter	Unreine Kollektivgüter	Reine Kollektivgüter
Markt funktioniert und wird akzeptiert	Markt würde funktionieren, wird aber politisch nicht akzeptiert	Markt versagt teilweise, Marktversagen wegen externer Effekte	Markt versagt vollständig, Nicht-Rivalität, Nicht-Ausschluss
	Gekorene Kollektivgüter aus politischen Gründen		Geborene Kollektivgüter: aus technischen Gründen
Brot	Bildung, Gesundheit	Verkehr, Energie	Umweltschutz
	Musgrave	Buchanan	Samuelson, Buchanan



Abweichung von den Pareto-Annahmen (12)

Externe Effekte (1)

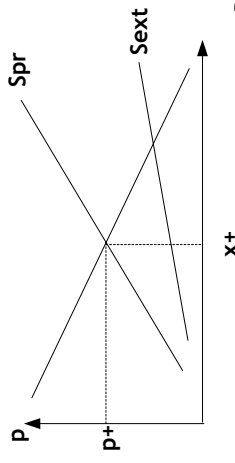
Wenn beim Konsum bzw. in der Produktion eines Gutes Nutzen oder Profit eines Wirtschaftsakteurs beeinflusst werden, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Produktion bzw. dem Konsum des Gutes stehen und eine Nutzenbeeinträchtigung nicht kompensiert und für eine Nutzenerhöhung kein höherer Preis verlangt wird, dann liegen **externe Effekte** vor. Positive externe Effekte steigern den Nutzen von nicht beteiligten Dritten und negative externe Effekte verreiern entsprechend den Nutzen von nicht beteiligten Dritten.

Abweichung von den Pareto-Annahmen (13)

Externe Effekte (2)

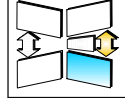
Beispiele

- Industrieunternehmen leitet ungereinigtes Abwasser in Fluss ein
→ negative externe Effekte
- Schulbildung bringt Nutzen für den Schüler und für die gesamte Gesellschaft
→ positive externe Effekte.



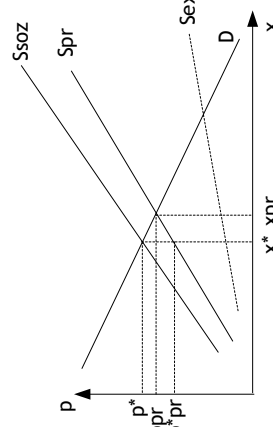
Spr....private Grenzkosten der Produktion
Sext....Grenzkosten des Schadens
D...Grenz Nachfrage

Bei Nicht-Berücksichtigung der Externalitäten bildet sich der Marktpreis p^+ und die Menge x^+ wird produziert. Die gesamten privaten und externen Kosten übersteigen den marginalen Nutzen der Konsumenten. Die Wohlfahrt kann erhöht werden, indem die Produktion von x eingeschränkt wird, da die Grenzkosten über dem Grenznutzen liegen. Die Pareto-effizienz wird nicht erreicht.



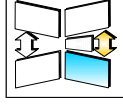
Abweichung von den Pareto-Annahmen (15)

Externe Effekte - Pigou-Steuer (2)



D...private Grenznachfrage
Spr...private Grenzkosten
Sext...negative Externalitäten
Ssoz...soziale Angebotsfunktion Spr+Sext
xpr & ppr...Marktgleichgewicht
 x^* & p^* ...Marktgleichgewicht mit Pigousteuer

Im privatwirtschaftlichen Markt resultiert die ineffiziente Lösung x_{pr} , ppr. Mit Einführung der Pigou-Steuer gilt die aggregierte Angebotsfunktion Ssoz, die Outputmenge wird reduziert. Das Unternehmen muss Steuern in der Höhe von $x^* (p^* - p^*_{pr})$ abführen. Der Gewinn des Unternehmens beläuft sich auf $x^* p^*_{pr}$. Ein effizientes Gleichgewicht, in dem private und soziale Kosten den Grenzkosten der Produktion entsprechen, ist erreicht. Die Kosten der Externalitäten schlagen sich in den Preisen nieder. Sie wurden internalisiert.



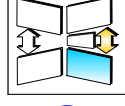
Abweichung von den Pareto-Annahmen (14)

Externe Effekte - Pigou-Steuer (1)

Der Staat soll den Emittenten die Kosten, die diesen Dritten auferlegen, bezahlen lassen. Bei negativen Externalitäten wird eine Steuer eingeführt, bei positiven Externalitäten kann durch die Bereitstellung von Subventionen gefördert werden.

Besonderheiten der Pigou-Steuer

- Die Bezahlung der Externalitäten durch den Emittenten entspricht dem Verursacherprinzip. Die Geschädigten werden über die „Verschmutzung“ hinaus kompensiert.
- Die Pigou-Steuer setzt einen hohen Informationsstand voraus. Die externen Effekte müssen quantitativ geschätzt werden. Bewertungsprobleme z.B. externe Kosten der Luftverschmutzung durch KFZ.
- Die Pigou-Steuer ist primär als Lenkungssteuer zu verstehen. Sie dient weniger der Aufkommenserhöhung, da die Produzenten ihr i.d.R. der Steuer ausweichen.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (16)

Externe Effekte - Verbote/Gebote/Standards

Beispiel Emissionen

Vorschriften zur Errichtung von Umweltschutzanlage
→ Staat regelt Produktionsprozess

Emissionsgrenzwerte

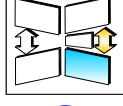
→ Staat überwacht Einhaltung

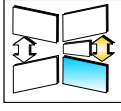
Vorteile

- Einfache Durchführung

Nachteile

- kein Entscheidungsspielraum für private Wirtschaftsakteure
- im Gegensatz zu Pigout-Steuer komplette Einstellung der Aktivität wahrscheinlicher
- Verzerrungen möglicher Weise noch größer





Abweichung von den Pareto-Annahmen (17)

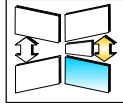
Externe Effekte - Verkauf von Bezugsrechten

Versteigerung von Emissionsrechten

Der Staat muss nach wie vor die Information über die optimale gesamte Emissionsmenge haben, um die Grenze festzulegen.

Am ehesten werden jene Emitenten Bezugsrechte erwerben, die die größten Grenzkosten zur Vermeidung der Emissionen haben. Günstig hinsichtlich der Effizienz ist, dass die Emissionen dort zurückgenommen werden, wo dies die relativ geringsten Kosten verursacht.

Die Versteigerung von Bezugsrechten funktioniert dann am besten, wenn die Unternehmen stark unterschiedliche Kosten zur Emissionsvermeidung haben.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (19)

Externe Effekte - Coase-Theorem

Beispiel

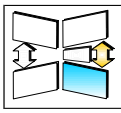
Der Bau der Dampfeisenbahn führte oft zu Bränden der anliegenden Feldern durch versprühte Funken der Dampfloks.

Gemäß Coase gibt es zwei Wege, um zu effizientem Verhandlungsergebnis zu kommen:

Verursacherprinzip: Bauern erhalten das Recht auf unbehelligte Felder. Die Eisenbahn müsste den Betrieb einstellen oder das Recht auf Emission abkaufen. Für die Eisenbahn ist die Zahlung an die Bauern solange rentabel, als dass Kosten für die weitere Erlaubnis der Emission den Nutzen an zusätzlichem Betrieb nicht übersteigen. Das Verhandlungsergebnis ist Pareto-effizient, da die Emissionsmenge wohlfahrtsökonomisch auf die optimale Menge zurückgedrängt wird.

Gemeinlastprinzip: Bauern bezahlen die Eisenbahn, den Betrieb einzuschränken bzw. neue Technologie zu entwickeln. Die Bauern werden für die Verminderung der Emission solange zahlen, bis die Grenzkosten der zusätzlichen Emissionsreduktion den Grenzerträgen gleich sind, die durch die Minderung des Schadens zu erwarten sind.

Unterschiedliche Verteilungswirkung: Einmal werden die Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet und einmal dem Verursacher.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (18)

Externe Effekte - Coase-Theorem

Private Lösung für externe Effekte

Externe Effekte können durch privatwirtschaftliche Effekte - durch private Verhandlungen - internalisiert werden. Die Eigentumsrechte an den externen Effekten werden vom Staat definiert. Ein Akteur erhält das Recht, die Vermögensgegenstände (externe Effekte) zu bewirtschaften und für deren Nutzung durch andere Akteure ein Entgelt zu verlangen.

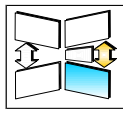
Folgend auf die Etablierung der Eigentumsrechte führen Verhandlungen zwischen Verursachern und Geschädigten zu einer effizienten Ausbringungsmenge. Es gilt das Verursacher- und das Gemeinlastprinzip.

Verursacherprinzip → der Verursacher wird für die Belastung bestraft

Gemeinlastprinzip → Verursacher dürfen belasten, für Einschränkung der

Verursacher müssen dafür aber die Geschädigten bezahlen

Das verwendete Prinzip hat zwar keine Auswirkungen auf die Effizienz, aber auf die Verteilung.



Abweichung von den Pareto-Annahmen (20)

Externe Effekte - Coase-Theorem

Bewertung

Die Verhandlungen zwischen Verursachern und Geschädigten setzen ein konsistentes und umfassendes System von Verfügungsrechten voraus (z.B. zivilrechtliche Schadenersatzansprüche und Möglichkeit der Unterlassungsklage).

Das bürgerliche Recht ist problematisch, da bei freien Gütern niemand das Recht hat, andere von der Nutzung auszuschließen. Die Verfahrensmäßige Kontrolle durch die Gerichte ist schwierig aufgrund

- hoher Transaktionskosten
- der Unsicherheit über den Ausgang des Verfahrens
- Asymmetrische Information über Kosten bzw. Vermeidungskosten von Externalitäten
- strategisches Verhalten von Parteien

Abweichung von den Pareto-Annahmen (21)

Steigende Skalenerträge / natürliche Monopole

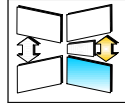
Dritte Annahme des Pareto-Optimums: in der Produktion gibt es nur konstante oder sinkende Skalenerträge

Steigende Skalenerträge führen durch Ausschaltung des Konkurrenzmechanismus zur Entstehung von 'natürlichen' Monopolen.

Z.B. bei Vorhandensein von Netztechnologie in der Produktion (Strom, Gas, Schienenverkehr, Wasserwirtschaft)

Bei sinkenden Grenzkosten liegt die ökonomisch effiziente Ausbringungsmenge dann vor, wenn die marginale Zahlungsbereitschaft des Konsumenten für die letzte produzierte Einheit gleich den Grenzkosten ist. Bei abnehmenden Durchschnittskosten würde dies bedeuten, dass die Grenzkosten unter den Durchschnittskosten (auf Grund der Fixkosten) liegen.

Die Unternehmen haben keinen Anreiz Defizite auf sich zu nehmen → Herausbildung eines Monopolisten → Monopolist schöpft Rente zu Lasten der Konsumenten ab



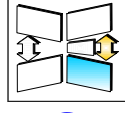
Abweichung von den Pareto-Annahmen (22)

Steigende Skalenerträge / natürliche Monopole

Wirtschaftspolitische Implikationen

- Der Staat lässt den Monopolisten gewähren - die marginale Zahlungsbereitschaft der Konsumenten übersteigt die Grenzkosten der Bereitstellung → ineffiziente Ausbringungsmenge → Monopolistenrente
- Staatliche Vorschriften über Preisbildung: z.B. Preis in Höhe der Durchschnittskosten. Die Ausbringungsmenge steigt bis der Preis den Durchschnittskosten entspricht und kein Gewinn erwirtschaftet wird.
Problem:
 - Unternehmen haben Anreiz, höhere Kosten als die tatsächlichen auszugeben
 - Anreiz für Verwendung neuer Technologien sinkt → Ausschaltung des Konkurrenzmechanismus

Überführung in staatliches Eigentum → Problem: Ineffizienz und Ausschaltung des Konkurrenzmechanismus



Abweichung von den Pareto-Annahmen (23)

Unvollständige Information

Adverse Selection

Bei hohen Zinsen werden vornehmlich Kreditnehmer mit hoher Risikobereitschaft Kredite aufnehmen

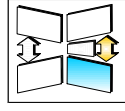
Im Gebrauchtwagenmarkt sind Verkäufer besser informiert als Käufer. Die Käufer werden misstrauisch und bieten nur mehr unter dem Durchschnittspreis an. Besitzer guter Fahrzeuge verschwinden vom Markt → ineffiziente (Teil)märkte

Moral Hazard

Bei hohen Zinsen haben die Unternehmen einen höheren Anreiz Kredite nicht mehr zurückzahlen.

Lösungen

screening, signaling durch Individuen, Pflichtversicherung, Garantie / Informationspflichten durch den Staat



Neue Politische Ökonomie (1)

Was ist die Neue Politische Ökonomie (NPÖ)?

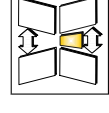
NPÖ = moderne Theorie der Institutionen, die reale politische Phänomene berücksichtigt
(in der Vorlesung wurden Markt und Staat bislang im Prinzip als gegeben vorausgesetzt)

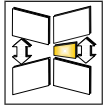
Wirtschaftspolitik wird als das Ergebnis eines Prozesses gesehen, in dem Verteilungsfragen und politischer Wettbewerb eine große Rolle spielen (Cukierman).

Die Kalküle der individuellen Entscheidungstheorie werden auf kollektive Entscheidungen im politischen Prozess übertragen. Die NPÖ fragt u.a. nach dem Ergebnis.

Das politökonomische Gesamtmodell besteht aus:

- Preissystem (Entscheidungsverfahren)
- Demokratisches System (Parteienkonkurrenz)
- Verhandlungssystem (Gruppen, Verbände)

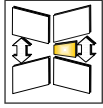




Neue Politische Ökonomie (2)

Womit beschäftigt sich die NPÖ?

- Die logische Analyse kollektiver Entscheidungen (z.B. Arrows Abstimmungsparadoxon)
- Die empirische Untersuchung kollektiver Entscheidungen (z.B. Theorie des politischen Konjunkturzyklus)
- Die normative Begründungen bzw. Kritik kollektiver Entscheidungen (auf Grund von Werturteilen)



Neue Politische Ökonomie (3)

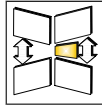
Womit beschäftigt sich die NPÖ?

Die Makrofundierung erklärt in ihrer einfachsten Form die Analyse von Ziel-Mittel-Trägern der Wipol. Sie erklärt die Wirkung der Instrumente, aber nicht deren Einsatz. In der Mikro-Theorie geht es vor allem um das Allokationsproblem. In der NPÖ steht Stabilisierungs- und Verteilungsfunktion der Wipol im Vordergrund. NPÖ kann Probleme der Mikro- und Makrofundierung teilweise lösen, weil:

1. Es gibt nicht nur individuelle Entscheidungen sondern auch kollektive
2. Es gibt Institutionen mit spezifischem Verhalten
3. Der Mitteleinsatz erfolgt nicht immer rational
4. Es bestehen alternative Entscheidungsmodelle zum Marktmechanismus

→ In der NPÖ wird die Politik im Modell endogenisiert. Die NPÖ bietet eine ökonomische Erklärung des politischen Sektors.

Die NPÖ erklärt wie (öffentliche) Güter durch den Staat angeboten werden, wie sie verteilt werden, wie sich die involvierten Akteure verhalten („Zielfunktion“) und wovon der Einsatz wirtschaftspolitischer Maßnahmen abhängt



Neue Politische Ökonomie (5)

Theorie politischer Konjunkturzyklen

1. Generation

Annahme eines Philips-Kurven Trade-off

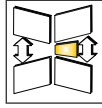
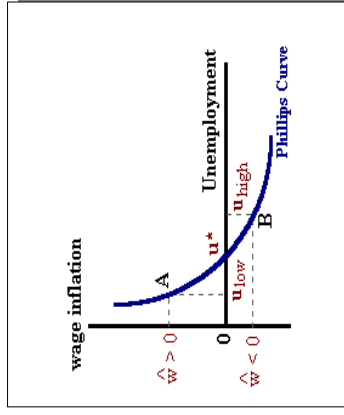
→ Parteien haben Wahlmöglichkeit durch wirtschaftspolitische Maßnahmen

Zentrale Fragen

- Können die Wähler Inflation in ihren Lohnverhandlungen richtig antizipieren?
- Welche Einkommenseffekte resultieren aus einer falschen Inflationserwartung?

hängen von zentralen Annahmen ab

- Annahme adaptiver Erwartungen
Wähler lernen nicht dazu → Vor der Wahl stimulieren die Politiker die Wirtschaft, danach wird eine restriktive Politik verfolgt
- Annahme rationaler Erwartungen
Wirtschaftssubjekte antizipieren Inflation in ihren Lohnverhandlungen. Sie lassen sich nicht täuschen



Neue Politische Ökonomie (6)

Theorie politischer Konjunkturzyklen

Opportunistic Parteien und nicht-rationale Wähler (Nordhaus, 1975)

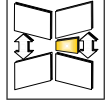
- Wähler beurteilen Politiker auf Grund ihrer vergangenen Performance. Sie versuchen nicht, die zukünftigen Reformen abzuschätzen (adaptive Erwartungen).
- Antretende Partei wählt die Wirtschaftspolitik, die bei der nächsten Wahl Stimmenmaximum bringt.
- Niedrige Arbeitslosigkeit führt zu hoher Inflation in der Zukunft.
- Am Beginn der Legislaturperiode antiinflationäre Maßnahmen, expansive Maßnahmen am Ende der Legislaturperiode.
- Tendenziell hohe Inflationsniveaus und kurzfristige Handlungsweise der Politiker.

Neue Politische Ökonomie (7)

Theorie politischer Konjunkturzyklen

Ideologische Parteien und nicht-rationale Wähler (Partisantheorie) (Hibbs, 1977)

- Der Philips-Kurven-Zusammenhang gilt. Linke Parteien streben geringe Arbeitslosigkeit (rechte: geringe Inflation) an und akzeptieren hohe Inflation (Arbeitslosigkeit).
- Die Wähler geben Stimmen gemäß ihrer Präferenz ab.
- Änderungen der Wirtschaftspolitik werden durch Machtwechsel bewerkstelligt. Die Wirtschaftspolitik richtet sich am Wahlergebnis aus, nicht an der Legislaturperiode.
- Langfristig ist nur jene Partei an der Macht, die die Unterstützung von Interessensgruppen haben (vgl. Situation Sozialpartner 90er).

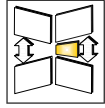


Neue Politische Ökonomie (8)

Theorie politischer Konjunkturzyklen

Opportunistische oder ideologische Parteien und Ultra-rationale Wähler (McCallum, 1977)

- Der Philips-Kurven-Zusammenhang gilt nicht.
- Die Wähler prognostizieren optimal auf Basis ihrer Präferenz.
- Es entstehen keine politischen Konjunkturzyklen, da die Wähler bei expansiver Politik die Kosten, die z.B. für eine Staatsverschuldung (Tilgung bzw. Zinsendienst) voraussehen (Ricardianisches Äquivalenztheorem).

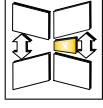


Neue Politische Ökonomie (9)

Theorie politischer Konjunkturzyklen

Externe Schocks auf das politische System (Alesina, 1988)

- Mit ultra-rationalen Wählern und opportunistischen Parteien ist die Popularität und der Wahlerfolg durch wirklich externe Schocks nicht berührt.
- Wenn Linksparteien kurzfristig höhere Inflation in Kauf nehmen, um die Beschäftigung zu steigern, streben die Arbeitnehmer einen Reallohn an, der mit der natürlichen Arbeitslosenrate vereinbar ist. → Die gleichgewichtige Inflationsrate ist unter einer Linkspartei größer als unter einer Rechtspartei, da die Grenzerträge einer niedrigeren Arbeitslosigkeit für eine Linkspartei größer sind als für eine Rechtspartei. Im Gleichgewicht sind die Grenzkosten zusätzlicher Inflation höher. Die Grenzkosten zusätzlicher Inflation hängen positiv von der Höhe der Inflation ab.

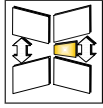


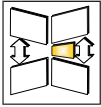
Neue Politische Ökonomie (10)

Theorie politischer Konjunkturzyklen

Kompetenzunterschied (Rogoff, 1990)

- Politischer Konjunkturzyklus entsteht auf Grund von Informationsasymmetrien über die Kompetenz eines Politikers in der Bereitstellung öffentlicher Güter.
- Es besteht ein Anreiz, die Fiskalpolitik vor den Wahlen in Richtung kurzfristiger Bereitstellung öffentlicher Güter statt langfristiger Staatsinterventionen zu steuern.
- Kompetente Politiker streben eine ähnliche Wirtschaftspolitik vor und nach den Wahlen an. Die Form des Budgetdefizits gibt den Wählern ein Signal über die Kompetenz der Regierung.
- Politische Budgetzyklen entstehen entsprechend der Möglichkeit der Wähler, die Kompetenzen der Parteien feststellen zu können. Davon hängen auch die Wiederwahlwahrscheinlichkeiten ab.



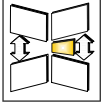


Neue Politische Ökonomie (11)

Politischer Konjunkturzyklen - Empirische Evidenz

Alesina et al. (1992) Evidenz für einige OECD-Länder

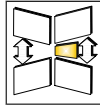
- Es gibt sehr wenig Evidenz für das Ergebnis der Wirtschaftspolitik vor Wahlen - besonders für das BIP- Wachstum und Arbeitslosigkeit, wie es das Modell von Nordhaus impliziert.
- Es gibt eine Bestätigung von „Monetären Politischen Zyklen“ (expansiver Geldpolitik in den Wahljahren)
- Anzeichen für „Politische Budgetzyklen“ bzw. „lockere“ Fiskalpolitik vor Wahlen.
- Die Inflation steigt nach Wahlen sprunghaft an, was entweder durch fiskalpolitische Maßnahmen vor den Wahlen und / oder durch eine Erhöhung administrierter Preise (z.B. Energie) bzw. indirekter Steuern nach Wahlen. Die Evidenz für monetäre und fiskalpolitische Zyklen ist zwar statistisch signifikant, aber nicht stark.



Neue Politische Ökonomie (12)

Mikro- und Mesofundierung: Markt vs. Wahlen

Politischer Mechanismus	Marktmechanismus
Nur Ja/Nein-Abstimmung als Alternativen	Intensität der Präferenzen kann ausgedrückt werden
Einzelner Bürger stimmt nicht über Güter und Projekte ab, sonder über Personen, die sie mehr oder weniger gut vertreten	Wenn der einzelne etwas wünscht, kauft er es.
Über jede ökonomische Frage können nicht dauerhaft Referenden erfolgen.	Dauerhafter Konkurrenzmechanismus bezogen auf einzelne Güter. Gewünschte Güterarten, -mengen und -qualität können festgelegt werden
Politische Entscheidungen sind stark von Personen und irrationalen Faktoren beeinflusst.	
Die fehlende Wahlbeteiligung einzelner bewirkt, dass das Ergebnis nur von den Wählern festgelegt wird.	Nichtwahl beim Markt ist eine eindeutige Entscheidung gegen ein Gut oder Projekt.
Beeinflussung von Wahlergebnissen durch politische Werbung	Zweifel an der Wünschbarkeit von Marktergebnissen (meritorische Güter). Beeinflussbarkeit von Marktergebnissen durch Werbung

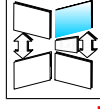


Neue Politische Ökonomie (13)

Makro- und Mesofundierung: Wahlen und makroökonomische Zusammenhänge

Im Unterschied zur Mikrofundierung, in deren Zentrum das Entscheidungsproblem steht, geht es bei der Makrofundierung um die Frage, wie die einzelnen Entscheidungsmechanismen und der Staat interagieren. Dieser Makrozusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft besteht sowohl ökonomisch über die volkswirtschaftliche Performance als auch in Form von Wahlergebnissen. Der Makrozusammenhang wird im wesentlichen durch die politischen Konjunkturzyklen gemessen. Solche Makromodelle können auch ökonometrisch überprüft werden.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass nicht automatisch der mikroökonomisch fundierte Marktmechanismus durch einen meso- oder gar makro-ökonomisch fundierten Mechanismus ersetzt werden kann, um zu höherer Effizienz zu gelangen. → Reale Wirtschaftspolitik ist nur aus der eklektischen Betrachtung des Zusammenspiels der Mikro-, Meso- und Makro-fundierung zu verstehen und zu erklären.



Makrofundierung (1)

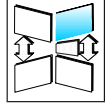
Aufgaben des Staates aus makroökonomischer Sicht

- Bereitstellung eines wirtschaftlichen Ordnungsrahmens (z.B. Gewerbeordnung, etc.)
- Allokation von Ressourcen zugunsten öffentlicher Güter durch Steuern, öffentliche Ausgaben und regulierende Eingriffe (Gesundheitswesen, Bildungswesen, etc.)
- Makroökonomische Stabilisierungspolitik
- Sicherstellung eines stetigen und ausreichenden Wirtschaftswachstums

Makrofundierung (2)

Aufgaben des Staates aus makroökonomischer Sicht

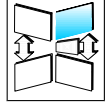
- Bereitstellung eines wirtschaftlichen Ordnungsrahmens
(z.B. Gewerbeordnung, etc.)
- Allokation von Ressourcen zugunsten öffentlicher Güter durch Steuern, öffentl. Ausgaben & regulierende Eingriffe
(Gesundheitswesen, Bildungswesen, etc.) (vgl. soziale [kollektivistisch konzipierte] Wohlfahrtsfunktion)
- Makroökonomische Stabilisierungspolitik
- Sicherstellung eines stetigen und ausreichenden Wirtschaftswachstums



Makrofundierung (3)

Wirtschaftsstatistik

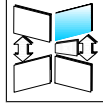
- Für Betrachtung und Analyse aus Makroökonomischer Sicht ist ein möglichst einfacher und systematischer Zugang zu realitätsbezogenen Daten notwendig.
- Mitte der 30er-Jahre Einführung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Instrument für konsistente Wirtschaftsstatistik
- Der volkswirtschaftliche Kreislauf stellt ein Rahmenkonzept dar, um die Daten für makroökonomische Analyse zu gliedern.



Makrofundierung (4)

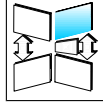
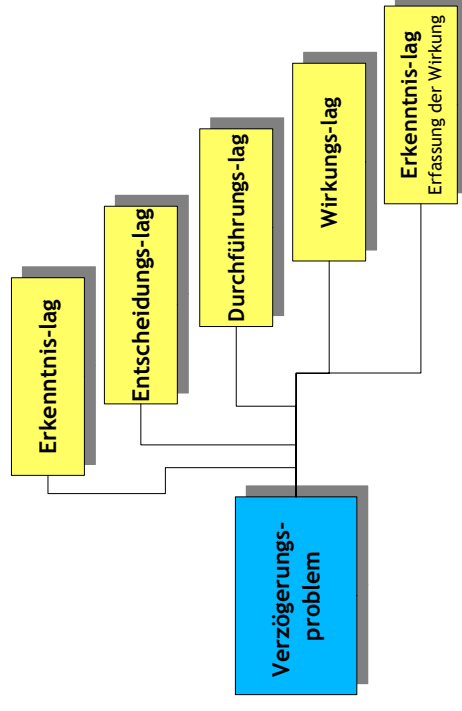
Staatsversagen

- **Informationsproblem**
Im Umweltbereich sind oft Wirkungszusammenhänge nicht (genau) bekannt. Kosten der Umweltverschmutzung sind nicht exakt ermittelbar.
- **Prognoseproblem**
Entscheidungen müssen oft auf Basis unsicherer Prognosen getroffen werden
- **Diagnoseproblem**
Mit zunehmender Komplexität wird es für Entscheidungsträger immer schwieriger, die richtigen Instrumente zur Zielerreichung zu wählen.
- **Dosierungsproblem**
Wie stark muss eine Abwertung sein, um das gewünschte Ziel zu erreichen?



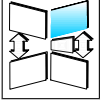
Makrofundierung (5)

Staatsversagen - Verzögerungsproblem



Makrofundierung (5)

Korrekturen des Staatsversagens



- **Moderne Methoden der Informationsverarbeitung** gegen Entscheidungs-, Durchführungs- und Wirkungs-lag
- **Verbesserung der Statistik** gegen Dosierungsproblem
- **Einbau von Kontrollen und Leistungsanreizen** → New Public Management (NPM) → Flexibilisierungsklausel
Methoden: stärkere Kundenorientierung, Qualitätssicherung, interner und externer Wettbewerb von Dienststellen, flache Organisation
Instrumente: Leistungsvereinbarung, Globalbudget, Finanzcontrolling, Leistungscontrolling
- **↓ Staatsstätigkeit**
 - ↓ Staatsausgaben
 - ↓ öffentlicher Dienstleistungen → (Teilweise) Privatisierung der Daseinsvorsorge (z.B. Telekom, Müllentsorgung, Energiewirtschaft, etc.)

Literatur

Diese Folien beruhen zu einem großen Teil auf:

Clement, W. et al. (1997), Einführung in die allgemeine Wirtschaftspolitik, 2. Auflage, Institut für Volkswirtschaftstheorie und -politik, Abteilung für angewandte Ökonomie, Wirtschaftsuniversität Wien.

Weiters wurde folgende Literatur verwendet:

Frey, R. (2003), Öffentliche Finanzen, WWZ - Abteilung für Wirtschaftspolitik, Universität Basel
<http://www.unibas.ch/~wwz/wipo/lehre_fiwi/vorlesung_fiwi_folien_skript.htm>
Gnan, E./Janger, J./Scharler, S. (2004), Ursachen des langfristigen Wachstums in Österreich – Plädoyer für eine nationale Wachstumsstrategie, Geld- und Wirtschaftspolitik 1/04, S. 25-49
<http://www2.oenb.at/guw/download/GuW04-1_2.pdf>
Zimmermann, D. (2002), Entwicklung und heutiger Stand des New Public Management in den schweizerischen Kantonen, Seminararbeit im Rahmen des Seminars „Öffentliche Finanzen“, Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum der Universität Basel.

Emissionshandel (1)

Kyoto-Protokoll

- 11.12.1997 Unterzeichnung Kyoto-Protokoll - Verhandlungsabschluss 2001 mit Marrakesch-Abkommen
- verbindliche Übereinkunft der Industrienationen zur Reduktion der Treibhausgase (u.a. CO₂)
- Ziel: Reduktion der Treibhausgase um 5,2% (Stand 1990) bis 2008-2012
- Ratifikation des Kyoto-Protokolls durch 121 Staaten (nicht so USA, Russland, Australien)
- Kyoto tritt nur dann in Kraft, wenn Anteil von Ländern, die mehr als 55% der Emission (Stand 1990) ratifizieren. Für In-Kraft-Treten Ratifizierung entweder von Russland oder USA notwendig.

Instrumente

- Emissionshandel
- Joint Implementation
- Clean Development Mechanism

Emissionshandel (2)

Emissionshandelsrichtlinie der EU

- Ausschließlich CO₂-Zertifikate-Handel innerhalb EU ab 1.1.2005
- 12.000 Anlagen EU-25-weit erfasst
- Handel ist nicht an Intermediäre gebunden (freier Handel zw. Firmen möglich)

Österreich

33,19 Mio t Zertifikate (davon 11,3 VÖEST - weitere Branchen: Energie, Zement, Chemie, etc.)

Träger

- 237 Anlagen an 220 Standorten - VÖEST-Alpine gesonderte Parameter, da sie ca. 99% der österreichischen Stahlindustrie repräsentiert (Einplanung zusätzlicher Expansionen)
- Lebensministerium & BMWA
- Handel: Kommunalkredit Public Consultig (100%-Tochter der Kommunalkredit)

Emissionshandel (3)

Internetlinks

Lebensministerium - Nationaler Zuteilungsplan für Österreich gemäß § 11 EZG

<http://gpool.lfrz.at/gpoolexport/media/file/>

Nationaler_Zuteilungsplan_Oesterreich_2004-04-14.pdf

BMWA - Taskforce Kyoto

<http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Themen/>

Wirtschaftspolitik/Kyoto/Emissionshandel/default.htm

WKÖ - Umweltpolitische Abteilung - Emissionshandel

<http://wko.at/up/enet/stellung/emissionstrading.htm>

Dokumente

Europäische Kommission, **Kyoto-Protocol**, Memo/04/43

Europäische Kommission, **Questions & Answers on Emission Trading and National Allocation Plans**, Memo/04/44

Butzengeiger, S./Michaelowa, A. (2004), **The EU Emissions Trading Scheme - Issues and Challenges**, Intereconomics, May/June 2004

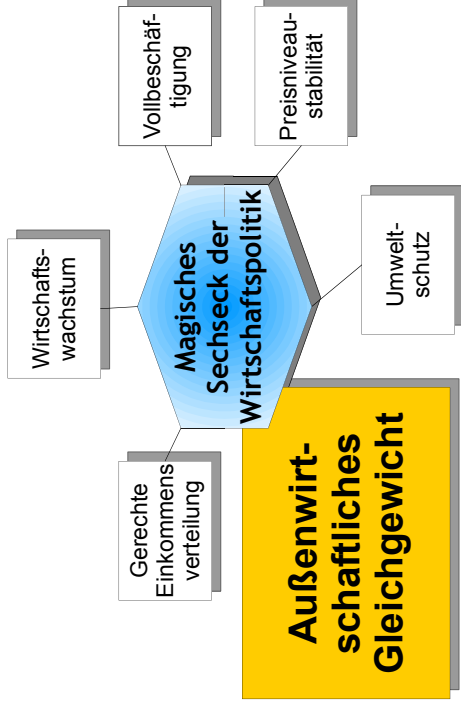
(http://www.hwwa.de/Publikationen/Intereconomics/2004/ie_docs2004/ie0403butzengeiger.pdf)

Vorlesung Wirtschaftspolitik - Aktuelle Fragen WS 2004

Handelspolitik

Ralf Kronberger

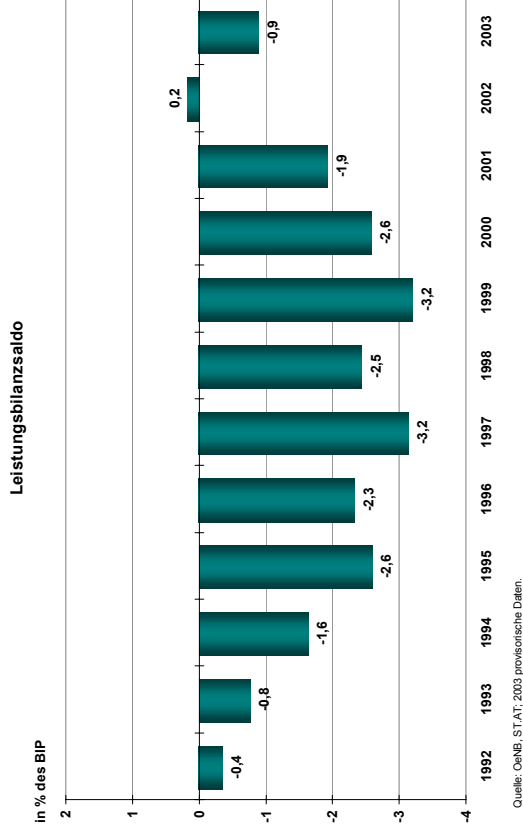
Ziel Handelspolitik



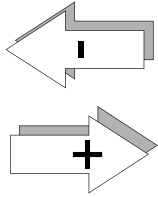
Gliederung

- Theorie des Außenhandels
 - Warenhandel
 - Besonderheiten des Dienstleistungshandels
 - Leistungsbilanz in der WWU
- Empirische Betrachtung
 - Österreichischer Außenhandel
 - Warenhandel
 - Dienstleistungshandel
 - Zukünftige Trends
 - Außenhandel der EU
- Instrumente der Handelspolitik
 - WTO
 - Übersicht
 - GATS
 - Streitbelegungsverfahren

Handelspolitik



Handelspolitik - LB-Positionen (1)



Außenhandel

Dienstleistungen

Erwerbs- & Vermögens-einkommen

Öff. & private Transfers

Außenhandel

Exporte und Importe von Waren zwischen In- und Ausland.

Dienstleistungen

Austausch von Diensten zwischen In- und Ausland.

Handelspolitik - LB-Positionen (2)

Erwerbs- und Vermögenseinkommen

- **Erwerbseinkommen** ist das Einkommen (vor allem Löhne und Gehälter) aus unselbstständigen Tätigkeiten, die Inländer für ausländische Arbeitgeber erbringen bzw. Ausländer für inländische Arbeitgeber.
- **Vermögenseinkommen** sind Erträge (z. B. Dividenden, Zinsen, Gewinnausschüttungen), die aus grenzüberschreitenden Investitionen bzw. Finanzierungen entstehen. Diese werden in der Kapitalbilanz abgebildet, womit ein enger Zusammenhang zwischen Vermögenseinkommen und finanzwirtschaftlichen Transaktionen besteht.

Laufende Transfers

Wiederkehrende bzw. häufige Transaktionen zwischen In- und Ausländern, die ohne unmittelbare Gegenleistung erbracht werden. Transfers im privaten und im öffentlichen Bereich. Z. B. Überweisungen von Gastarbeitern an ihre Heimatländer, Pensionen und Renten, Steuerzahlungen sowie die Beiträge der Nationalstaaten zum EU-Haushalt.

Handelstheorie (1)

Gründe für Außenhandel

- **Fehlende Produktionsfaktoren**
(Rohstoffe, qualifizierte Arbeitskräfte, ..)
- **Vent-for-surplus-Theorie**
Überangebot im heimischen Markt - Märkte im Ausland bringen zusätzliche Absatzmöglichkeit
- **Präferenzen**
Z. B. Mozartkugeln nur in Ö produziert

Handelstheorie (2)

Interindustrieller/-sektoraler Handel

- Theorie der absoluten und komparativen Kostenvorteile/Faktor-Proportionen-Theorem
- Tausch unterschiedlicher Güter wird erklärt
- Starke Spezialisierung der Länder gemäß Theorie
- Wohlfahrtsteigerung aber ungleich verteilte Gewinne
- Erklärung des Handels zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern
- Geringe Diversifikation bei Produkten und Handelspartner birgt Gefahr großer Abhängigkeit.

Handelstheorie (3)

Intraindustrieller/-sektoraler Handel

- Neue Theorie des Handels
- Skalenerträge (Fixkostendegression) und niedrigere Transportkosten
- Produktvielfalt durch Handel bei Massenproduktion
- Tausch sehr ähnlicher aber nicht gleicher Güter wird erklärt

Besonderheiten DL (1)

Gebundene Dienstleistung

- mangelnde Lagerfähigkeit
- persönliche Interaktion von DL-Produzenten und Konsumenten
- geographische Nähe erforderlich
- z.B. Einzelhandel, GesundheitsDL, UnterrichtsDL, soziale & öffentliche Dienste, etc.

Besonderheiten DL (2)

Ungebundene Dienstleistung

- physisch speicherbar
- über Distanz übertragbar → int. Handel möglich!
- persönliche Interaktion nicht notwendig
- z.B. Finanzbereich, Nachrichtenwesen, komplexe Unternehmensdienste, etc.

Besonderheiten DL (3)

GATS-Erbringungsarten	gebundene vs. ungebundene DL
Mode 1: grenzüberschreitende Erbringung	vorwiegend ungebundene DL (z.B. Finanzbereich)
Mode 2: Inanspruchnahme im Ausland	gebundene & ungebundene DL (z.B. Tourismus)
Mode 3: geschäftliche Anwesenheit (Niederlassung)	gebundene & ungebundene DL (z.B. in ausländischem Besitz befindliches Kurhotel)
Mode 4: Anwesenheit natürlicher Personen	gebundene und ungebundene DL (z.B. Architekt leistet pers. vor Ort)

Besonderheiten DL (4)

Gründe für Zunahme des Dienstleistungshandels

1) Zunehmende Öffnung der Dienstleistungsmärkte

- Liberalisierung von netzgebundenen Diensten (z.B. Telekommunikation)
- Impulse für zunehmendes Outsourcing
 - fortschreitende Differenzierung und Spezialisierung von Diensten

Besonderheiten DL (5)

Gründe für Zunahme des Dienstleistungshandels

2) Strukturveränderungen hochentwickelter Wirtschaften bedingen eine gestiegene Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen

- Technologischer Fortschritt in der Güterproduktion →
- ↑ Dienste für „neuen Produktionsprozess“
- Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologie
- ↑ IKT-Dienste direkt für Produktionsprozesse und Endkonsumenten
- ↑ IKT-Dienste für koordinierende Dienstleistungen (z.B. Infrastruktur-, Transportdienstleistungen)

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (1)

Die Zahlungsbilanz hat in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten ihre geldpolitische Dimension weitgehend verloren.

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (2)

Elastizitätsansatz

Unterbeschäftigung → kompetitive Abwertung

Positive Effekte nur dann, wenn Marshall-Lerner-Bedingung erfüllt ist - Summe der Preiselastizitäten der Nachfrage nach Exporten und Importen des betreffenden Landes sind größer als 1.

Praktisches Beispiel für Unwirksamkeit von Abwertungen: große Importabhängigkeit nationaler Produktion lässt Abwertungen ineffektiv werden

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (3)

Absorptionsansatz

Abwertung ist nur dann LBwirksam, wenn die Vollbeschäftigung und damit Inlandsnachfrage rückläufig ist

New-Cambridge-Ansatz

Budgetdefizit erhöht bei stabiler privater Inlandsnachfrage LB-Defizit

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (4)

Monetärer Ansatz

gesamte Zahlungsbilanz i. S. der Veränderung der Währungsreserven wird betrachtet - gegenläufige Resultate möglich - steigende Inlandsnachfrage kann zu steigenden Währungsreserven führen

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (5)

Dynamisch Ansätze

Intertemporale Verhaltensaspekte fließen in die Erklärung der Leistungsbilanz mit ein.

Spar- und Investitionsverhalten wird als Ergebnis eines dynamischen Optimierungsproblems gesehen

Die Konsumenten versuchen, ihre Konsummöglichkeiten optimal über die Zeit zu verteilen.

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (6)

Welche Ansätze können nun für die Erklärung der nationalen LB herangezogen werden ?

- Elastizitätenansatz und Absorptionsansatz können bei fixem Wechselkurs die LB nicht erklären.
- Der monetäre Ansatz stellt nicht auf die LB an.
- New-Cambridge-Ansatz funktioniert auch bei fixem Wechselkurs.
- Dynamische Modelle erlauben insbesondere Aussagen über die Folgen einer langfristig unausgeglichenen LB.

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (7)

Bedeutung der nationalen LB für die Realwirtschaft

Real muss LB langfristig ausgeglichen sein (Zinsendienst steigt, wenn keine Produktivitätssteigerung erfolgt)

Kurzfristiges LB-Defizit, das sich in Investitionen niederschlägt, kann zukünftige Einnahmen generieren. (Ausweitung des inländischen Kapitalstocks wird fremdfinanziert, z.B. Irland)

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (9)

Monetäre Bedeutung der LB in einer großen offenen VW

M↑ I↓ I↑ C↑ IM↑ LB↓

Monetärer Ansatz ist weiter gültig für WWU.

Nationale Positionen in Kapitalbilanz weiter wichtig: Aktiv- und Passivdirektinvestitionen Ausdruck der
(1) Standortattraktivität
(2) Internationalisierung der inländischen Produktionsbetriebe

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (10)

Bedeutung der WWU-LB für die Realwirtschaft

- Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung sinkt durch Umwandlung von bisher grenzüberschreitende in binnenwirtschaftliche Transaktionen
- LB der WWU weniger variabel als der einzelnen MS (Gesetz des Durchschnitts).
- Größere Währung erleichtert Auslandsfinanzierung.

Empirie Ö

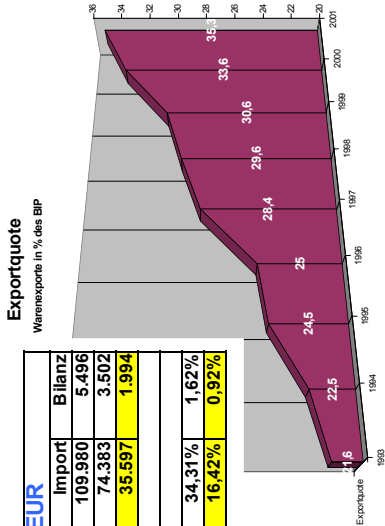
Außenhandelsverflechtung Maß & Bedeutung

- Maß für die Offenheit einer Volkswirtschaft
- Definition: $\frac{X+M}{Y}$ bzw. $\frac{X}{Y}$
- Daten sind ablesbar aus VGR & Zahlungsbilanz
- preisliche Wettbewerbsfähigkeit hohe Bedeutung für heimische Konjunktur
 - Durch hohe Verflechtung hohe Abhängigkeit von Konjunktur der wichtigen Handelspartner

Empirie Ö - Warenhandel (1)

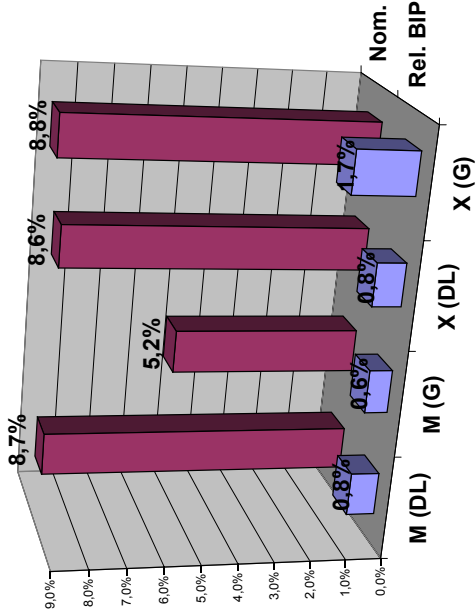
Leistungsbilanz 2002 - in Mio EUR			
	Export	Import	Bilanz
Güter und Dienstleistungen	115.476	109.980	5.496
Güter	77.884	74.383	3.502
Dienstleistungen	37.591	35.597	1.994
Verhältnis zum BIP			
Güter	35,92%	34,31%	1,62%
Dienstleistungen	17,34%	16,42%	0,92%

Quelle: OeNB



Empirie Ö - Warenhandel (2)

Jährl. Wachstum Güter & DL (1999-2002)



Empirie Ö - Warenhandel (3)

Exporte		Struktur des Warenhandels (%)			
		1995		2002	
SITC	Benennung	Welt	EU-14	EU-14	MOEL-5
0	Ernährung	3,3	4,0	4,0	2,8
1	Getränke/Tabak	0,7	1,2	1,2	0,7
2	Rohstoffe	4,1	3,2	3,7	2,2
3	Brennstoffe/Energie	1,0	2,4	2,6	4,0
4	Öle u. Fette	0,1	0,2	0,1	0,2
5	Chem. Erzeugnisse	3,7	2,8	3,7	6,2
54	med. u. pharm. Erz *	2,3	1,9	3,9	2,3
57-58	Kunststoffe *	3,2	3,6	2,6	2,9
6	Bearb. Waren	16,0	16,0	12,0	11,7
67-69	Metalle *	13,1	14,5	10,4	11,3
7	Maschinen/Fahrzeuge	27,4	26,6	30,1	21,2
75-77	elektr. Maschinen *	11,6	12,1	13,4	12,3
8	sonst. Fertigwaren	11,0	11,3	11,0	10,4
87-88	Mess-u. Prüfger., Fotoapp. *	2,4	1,7	2,1	1,5
9	Waren a.n.g.	0,1	0,1	0,7	0,1

Empirie Ö - Warenhandel (4)

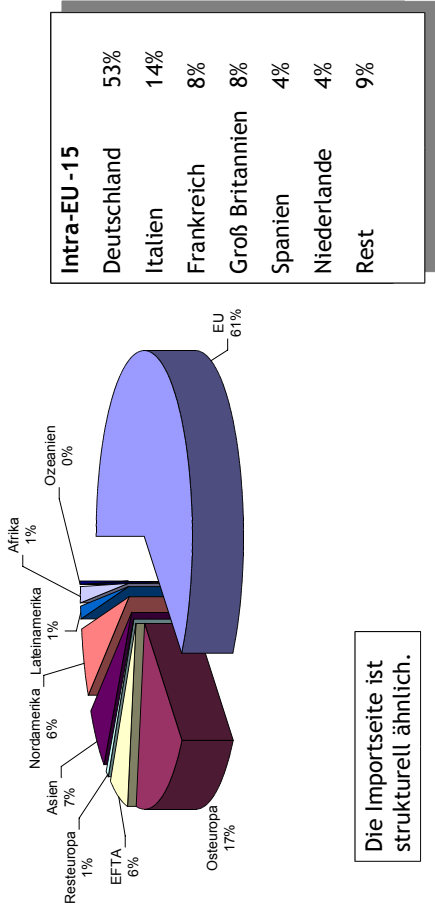
Ausgewählte 2-Steller (SITC)

00 Lebende Tiere	67 Eisen und Stahl
09 Versch genießbare Waren u Zubereitungen	71 Kraftmaschinen und -ausrüstungen
11 Getränke	78 Straßenfahrzeuge
Tabakerzeugnisse	81 Gebäude Sanit Anlagen Beleucht
21 Häute Felle Pelzfelle roh	82 Möbel Bettausstattung Teile
Metallurgische Erze u Metallabfälle	84 Bekleidung u Zubehör
32 Kohle Koks Briquets	85 Schuhe
Elektrischer Strom	87 Meß- Prüf- Kontrollgeräte
41 Tierische Öle und Fette	88 Fotogr. App optische u
53 Farbmittel Gerbstoffe u Farben	94 Vollständige Fabrikationsanlagen
54 Medizin u pharmazeut	
Erzeugnisse	
57 Kunststoffe in Primärformen	
61 Leder -waren ang. zugerichtete Pelzfelle	
64 Papier Pappe Waren daraus	
65 Textilien ohne Bekleidung	

SITC-Codes abfragbar auf Statistischer Datenbank der Vereinten Nationen
<http://unstats.un.org/unsd/comtrade/>

Empirie Ö - Warenhandel (5)

Österreichs Exporte in die Welt 2001



Die Importseite ist strukturell ähnlich.

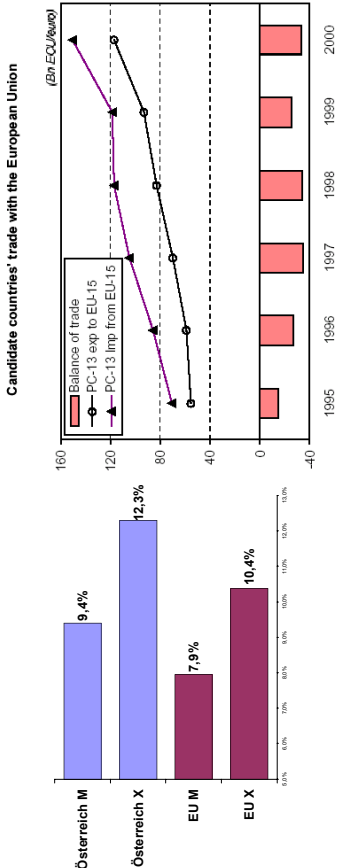
Empirie Ö - Warenhandel (6)

Entwicklung Warenhandel Ö ↔ MOEL (1995 - 2002)

- Handelsumlenkung EU-14 → MOEL-5
 - M aus MOEL: 6% → 10%
 - X in MOEL: 10% → 12%
- Verdoppelung der Exporte - Prognosen (Egger, 1998) ließen hingegen Wachstum von 250-400% erwarten. Passivierung der bilateralen Handelsbilanz noch nicht in der erwarteten Form eingetreten.
- Vorwagnahme der Erweiterung besonders im Warenhandel durch Abbau von Zollbeschränkungen im Vorfeld (ca. 95% Güter zollbefreit)
- Exporte in die MOEL-5 tendenziell stärker technologieintensiv als in den Rest der Welt. Importseitig stärkere Strukturverschiebungen als auf der Exportseite (↑ elektrische Geräte, ↓ Rohstoffe & Energie)
- Inter-industrieller Handel → verstärkt intraindustrieller Handel

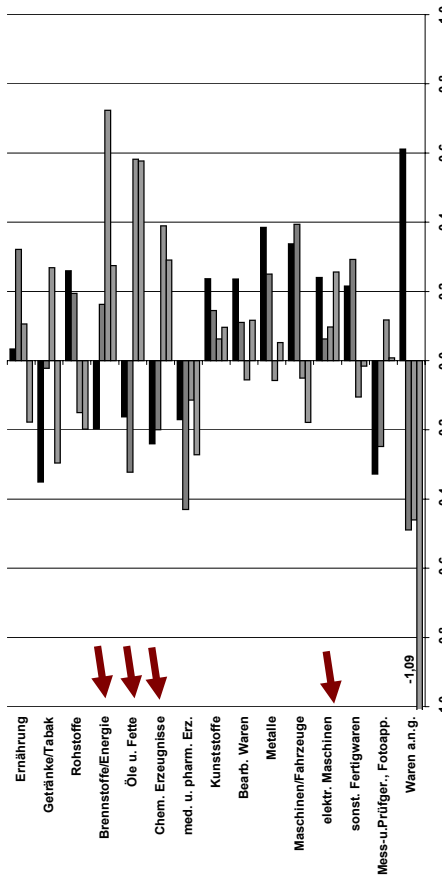
Empirie Ö - Warenhandel (7)

Anteil MOEL an Ö & EU (2000)



Bei den gesamten Ausfuhren der EU in die MOEL haben Österreich und Deutschland einen Anteil von 53%, bei den Einfuhren sogar 60%.

Ost-West-Spezialisierung der österreichischen Warenexporte, 1995-2002



Spezialisierung: Relation der Exportanteile in eine bestimmte Region (MOEL-5) relativ zu den Exportanteilen in eine andere Region (EU-14) (bzw. ganze Welt).

$$RX_{ik} = \frac{X_{ik} / \sum_k X_{ik}}{\sum_i X_{ik} / \sum_i \sum_k X_{ik}}$$

Empirie Ö - Dienstleistungshandel (1)

Ranking im Dienstleistungswelthandel - 2002									
Rang	Exporte	Wert Mrd. US\$	Anteil	jährl. Veränd.	Rang	Importe	Wert Mrd. US\$	Anteil	jährl. Veränd.
1	USA	272,6	17,4	-3	1	USA	205,6	13,3	2
2	GB	123,1	7,8	1	2	Deutschland	149,1	9,6	9
3	Frankreich	99,6	6,3	12	3	Japan	106,6	6,9	0
4	Deutschland	88,9	5,5	20	4	GB	101,4	6,6	9
5	Japan	64,9	4,1	7	5	Frankreich	68,2	4,4	10
12	Österreich	34,9	2,2	6	14	Österreich	34,4	2,2	10

17,3 % des BIP

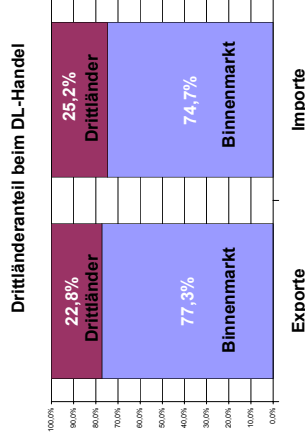
16,4 % des BIP

Beim Güterhandel liegt Österreich an 22. Stelle mit 1,2 % Weltmarktanteil bei den Exporten und an 19. Stelle mit 1,2 % Weltmarktanteil bei den Importen.

Empirie Ö - Dienstleistungshandel (2)

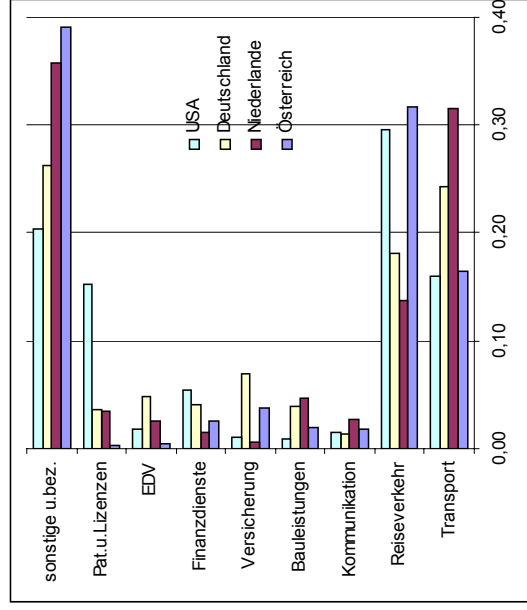
Regionale Struktur

2002 (%)	Exporte	Importe
EU-15	67,4%	66,9%
MOEL 5	9,9%	7,8%
sonstiges Europa	9,2%	8,9%
USA	5,7%	9,2%
Asien	4,3%	4,2%
restliches Amerika	1,6%	1,9%
Rest	2,0%	1,0%



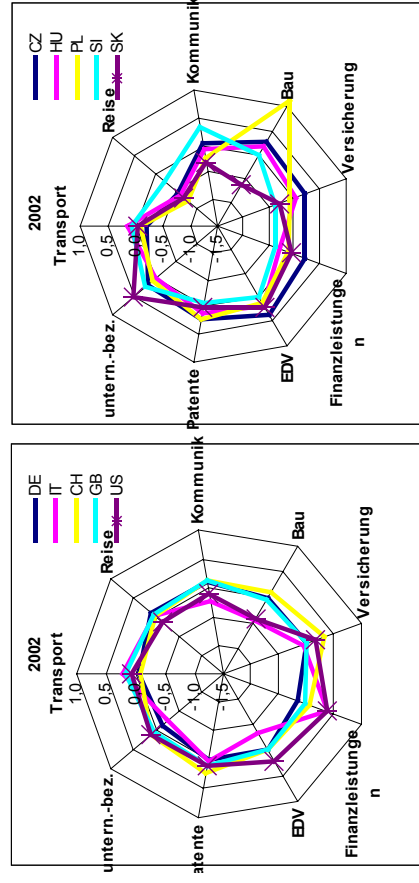
Empirie Ö - Dienstleistungshandel (3)

Exportstruktur 2002



Empirie Ö - Dienstleistungshandel (4)

Spezialisierung der Exporte



Empirie Ö - Trends (1)

Warenhandel

- Beitritt der MOEL bringt makroökonomisch geringen Effekt aufgrund vorgezogener Liberalisierung im Warenbereich
- Binnenmarkteffekte (gemeinsame Standards, etc.) lassen weiter wachsenden Intrahandel erwarten
- Weiter zunehmende Konvergenz im Handelsmuster

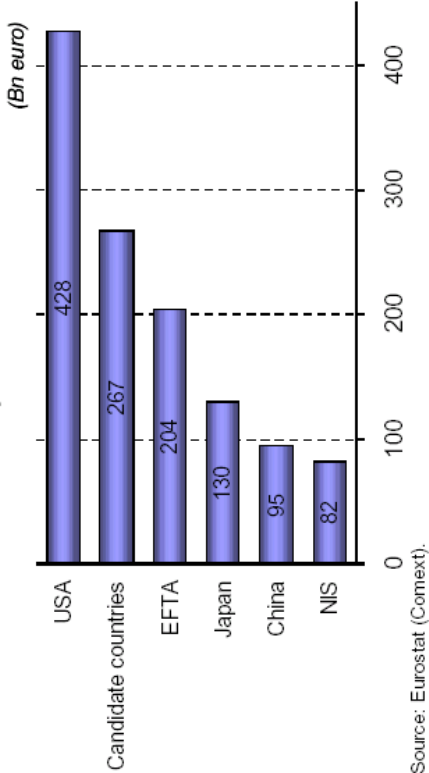
Empirie Ö - Trends (2)

Dienstleistungshandel

- Zunehmender Wettbewerb bei den arbeitskostenintensiven Leistungen mit den MOEL
- Tourismus
 - Zentraleuropäische Konkurrenz im Städte- und Welnesstourismus
 - Wohlstandssteigerung bei den Beitrittskandidaten lässt vermehrt Touristen aus diesen Ländern erwarten
 - Vermittlungstätigkeiten zwischen den Oststaaten und teilweise auch die Übernahme von Vertriebsfunktionen für kleinere und mittlere Privatunternehmen aus den MOEL mit geringer Erfahrung auf den Weltmärkten (Mayrhofer, 1998).
- Dynamische Entwicklung Ö bei modernen Diensten: technische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Beratung, Werbung bzw. Bank- und FinanzDL, aber Ö erfüllt die Rolle als Technologiegeber nur begrenzt in den MOEL (geringe Einnahmen und Lizenzen).
- Langfristige Konvergenz beim Handelsmuster mit den MOEL und damit relativer Wettbewerbsverlust bei den Exporten möglich

Struktur des EU-Außenhandels

Figure 1 - Trade flows (imports and exports) between the EU and its main partners in 2000



Die Kandidatenländer waren vor der Erweiterung die zweitwichtigsten Handelspartner der EU.

Handelsöffnung EU-15/28, USA & Japan 1999

(% des BIP)

Table 1 - Enlarged EU vs top trading nations, 1999

	Imports	Exports	Balance	Imports	Exports	Imports	Exports
	(Bn euro)			(% of GDP)			
				(% of world trade*)			
EU-15	772.7	758.5	-14.2	9.7	9.5	-	-
USA	983.7	647.8	-335.9	11.3	7.5	23.1	16.3
Japan	285.1	389.1	104.0	7.0	9.6	6.7	9.8
Enlarged EU	859.4	774.3	-85.1	10.1	9.1	20.2	19.5

* excluding enlarged EU's intra-trade. Imports: 4 256.3 Bn euro; exports: 3 963.2 Bn euro.
Sources: Eurostat, United Nations, NSIs, IMF.

Die EU-Intrahandel macht ein Vielfaches des EU-Extrahandels aus.

Instrumente der Handelspolitik (1)

Zölle

Zollarten

- Fiskalzoll → Einnahmen für Staatshaushalt
- Schutz Zoll
 - Prohibitivzoll
 - Retorsionszoll
 - Anti-Dumpingzoll

Instrumente der Handelspolitik (2)

Zollwirkung

- Einnahmeeffekt (Staatshaushalt)
- Konsumeffekt
(Substitution der ursprünglich billigeren ausländischen Güter durch teurere Inlandsgüter)
- Terms-of-Trade-Effekt
- Umverteilungseffekt

Instrumente der Handelspolitik (3)

- Quoten
- Subventionen
- Freiwillige Exportbeschränkungen
- Regeln bei öff. Ausschreibungen
- Staatsmonopole
- Ursprungsklauseln
- Vorschriften zum Schutz des geistigen Eigentums / Markenrecht
- Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen
- Standards
- bürokratische Regeln (z.B. Zollabwicklung)

Int. Offensive (1)

- Fonds zur Kofinanzierung von unternehmensspezifischen Markterschließungsstudien
- Marktinformationsveranstaltungen im Inland für Hoffnungsmärkte mit thematischen Schwerpunkten
- Programm zur individuellen Exportberatung für KMU-Erstexporteure
- Aktionsschwerpunkt "Exportcoaching"
- Aktionsschwerpunkt "Infrastruktur- und Umwelttechnologieexport nach Ost- und Südosteuropa"

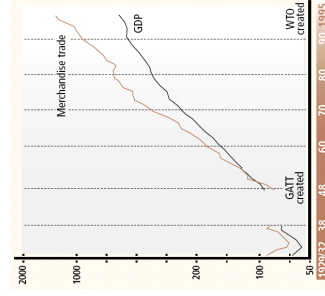
Int. Offensive (2)

- Aktionsschwerpunkt "Markterschließung"
- „Aktion Erstexporteur“: Flankierte Geschäftsanbahnungsmissionen
- Aktionsschwerpunkt „Auslandsveranstaltungen“
- Aktionsschwerpunkt "Marketing"
- Dotierung von Exportfinanzierungsverfahren, Garantieübernahmen für die internationalen Entwicklungsbanken
- Entwicklungszusammenarbeit und Trust-Funds bei internationalen Entwicklungsbanken
- Kooperation mit internationalen Forschungsinstituten
- Netzwerkbildung mit multilateralen Entwicklungsbanken
- Kooperation Außenwirtschaft - Universität

WTO (2)

GATT Verhandlungsrunden

1947	Genf	23
1949	Annecy/F	13
1951	Torquay/GB	38
1956	Geneva	26
1960-61	Genf - Dillon Runde	26
1964-68	Genf - Kennedy Runde	62
1973-79	Genf - Tokyo Runde	102
1986-94	Genf - Uruguay Runde	123
2001-2005?	Genf - Doha Runde	148



Durchschnittlich 8%
Welthandelswachstum
während der ersten 25 Jahre
der Nachkriegszeit.

Ende der 30er-Jahre des vorigen Jahrhunderts betrug der Durchschnittszollsatz auf international gehandelte Waren noch 40%. Innerhalb von 8 Verhandlungsrunden in der WTO reduzierte sich dieser Satz auf nur 4%. Die Anzahl der Länder, auf die dieser Zollsatz anwendbar ist, beträgt aktuell 148. 90% des Welthandels sind von WTO-Abkommen erfasst.

WTO (1)

Entstehung

- 1944-48: Havanna-Charta sollte zur Gründung der International Trade Organisation/ITO (spezielle UNO-Organisation) führen
- 1948: General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) bzw. Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen ist weniger ambitioniert als in Havanna-Charta vorgesehen
- 1986-93: Uruguay-Runde
- 1.1.1995: Gründung der WTO mit 76 Mitgliedsstaaten
- 1996: 1. Gründung der 3 Arbeitsgruppen: Handel & Wettbewerb, Öffentliches Beschaffungswesen und Handel & Investitionen bei der Ministerkonferenz in Singapur.

WTO (3)

Die ersten Jahre der WTO

- 1997: Liberalisierung von Telekommunikations- und Finanzdienstleistungshandel (GATS)
- 1999: 3. Ministerkonferenz in USA/Seattle
- Seit 2000 Verhandlungsprozess bei Agrarprodukten und Dienstleistungen eingeleitet
- November 2001: 4. Ministerkonferenz in Qatar/Doha ergab die sog Doha Development Agenda (DDA)
- September 2003: 5. Ministerkonferenz in Cancun/Mexiko, keine Einigung über Fortsetzung der Doha Verhandlungen
- August 2004: Einigung des WTO-Rates auf („reduzierte“) Verhandlungsagenda

WTO (4)

Funktionen der WTO

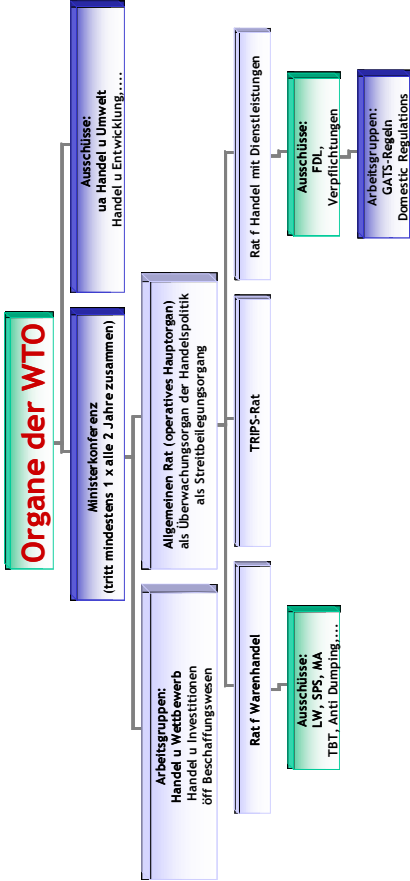
- Verwaltung der Handelsabkommen
- Verhandlungsforum für Verhandlungsrunde
- Beilegung durch DSU von Handelsstreitigkeiten zwischen WTO-Mitgliedern (Bananen-, Hormon-, FSC-, Stahlfall)
- Beobachtung nationaler Handelspolitiken (z.B. Beurteilung der EU Handelspolitik Juni 2002)
- Technische Hilfe und Training für Entwicklungsländer (Schulung von Vertretern der LDCs für Umsetzung der WTO-Abkommen)
- Kooperation zwischen Multinationalen Organisationen
 - handelsbezogene technische Hilfe für LDCs (Weltbank, IWF, WTO)
- Sektorbezogene Kooperation:
 - Arbeitsfragen: WTO & ILO
 - Gesundheitsfragen: WTO & WHO

WTO (5)

Abkommen der WTO

Rahmen	Gründungsabkommen WTO		
	Waren	Dienstleistungen	Geistiges Eigentum
Grundprinzipien	GATT	GATS	TRIPS
Ergänzende Details	Andere Warenabkommen und Annexe	Dienstleistungs Annexe	
Marktzugang	Länderverpflichtungslisten	Länderverpflichtungslisten und MFN-Ausnahmen	
Streitbeilegung	Streitbeilegungsverfahren		
Transparenz	Trade Policy Reviews		

WTO (6)



WTO (7)

Grundsätze

- Meistbegünstigungsklausel (MFN clause)
- Nichtdiskriminierung (Inländer(gleich)behandlung)
- Gegenseitigkeit (Reziprozität)

Ausnahmen

- Integrationsräume
- Entwicklungsländer
- Handelsbeschränkungen aus nicht-ökonomischen Gründen
 - zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen
 - zum Schutz der öffentlichen Sicherheit
 - zur Wahrung wesentlicher Sicherheitsinteressen

WTO (8)

Entscheidungsfindung in der WTO

- **Konsensprinzip**
Konsensuale Entscheidungen werden in der Tradition des GATT angestrebt
- **One country, one vote**
Wenn kein Konsens möglich ist, dann können 4 alternative Modi eingesetzt werden
 - Für Interpretationsfragen des multilateralen Abkommens $\frac{3}{4}$ -Merheit
 - Für die Befreiung von einer Verpflichtung (waiver) $\frac{3}{4}$ der Stimmen
 - Für die Aufnahme eines Beitrittswerbers $2/3$ der Stimmen
 - Für Abkommensänderungen entweder Einstimmigkeit oder $2/3$ -Mehrheit. Nur zustimmende Länder müssen die Änderungen annehmen

Erbringungsarten & Handelbarkeit

GATS-Erbringungsarten	gebundene vs. ungebundene DL
Mode 1: grenzüberschreitende Erbringung	vorwiegend ungebundene DL (z. B. Finanzbereich)
Mode 2: Inanspruchnahme im Ausland	gebundene & ungebundene DL (z. B. Tourismus)
Mode 3: geschäftliche Anwesenheit (Niederlassung)	gebundene & ungebundene DL (z. B. in ausländischem Besitz befindliches Kurhotel)
Mode 4: Anwesenheit natürlicher Personen	gebundene und ungebundene DL (z. B. Architekt leistet pers. vor Ort)

Grundsätzliches zum GATS

- GATS ist mit dem Positivistenansatz ein flexibleres Abkommen als GATT, dafür auch sehr komplex. Jedes Mitglied geht nur die Liberalisierungsverpflichtungen ein, die es eingehen möchte.
- GATS ist ein Liberalisierungsabkommen.
- GATS ist **KEIN** Privatisierungsabkommen.
- GATS ist **KEIN** Deregulierungsabkommen. Die innerstaatliche Regulierung gilt gleich für in- und ausländische Anbieter.

EU-Position und WTO-GATS

Datum	Verhandlungsprozess GATS 2003/2004
2001/2002	„Photographieübung“ in den Nationalstaaten
19.03.03	Besprechung der österreichischen GATS-Position im Wirtschaftsausschuss des österreichischen Parlaments
20.03.03	Hinterlegung der österreichischen Position in Brüssel
09.04.03	Artikel-133-Dienstleistungsausschuss - beabsichtigte Mode-4-Einigung, daran anschließend schriftliches Verfahren wegen nicht erreichter Einigung
28.04.04	Hinterlegung des EU-Angebots in Genf
'09/2003	Scheitern des 5. WTO-Ministerrates in Cancun
'06/2004	Einigung auf Rahmendokument über Verhandlungsforgang
	Verhandlungsende 2005 voraussichtlich nicht haltbar

Innereuropäische Koordinierung & GATS-Verhandlungen

Innerösterreichische Koordinierung

Begutachtung, öff. Konsultationen, österr. Position

Europäische Koordinierung

Öff. Konsultationen

Mehrheitsbeschlüsse & Einstimmigkeit im

Artikel-133-Dienstleistungsausschuss

WTO-Verhandlungen

Requests / Offers

Member-Driven



GATS-Verhandlungen

- EU hat 40 Forderungen von WTO Partnern erhalten (75% von Entwicklungsländern)
- Fordern verbesserten Marktzugang
- In fast allen Sektoren aber Verschiedenheiten: mehr als 20 Forderungen in professionellen, Tourismus, Finanz, Betriebsdienstleistungen, Bau, Verkehr ; weniger als 10 Forderungen in Gesundheit/ Sozial, Postal-Kurier, Energie, Wasserversorgung
- Entwicklungsländer konzentrieren sich auf sogenannte ‘mode4’ Verpflichtungen
- EU hat 109 ‘Forderungen’ an WTO Handelspartner übermittelt. Spezifizieren:
- Die Sektoren in welchen verbesserter Marktzugang gesucht wird (Telecom, Finanz DL, Transport, Umwelt DL, Handel, Bauwesen, Freie Berufe und Unternehmens DL, Post DL, Energie DL,...);
- Die Marktzugangsbarrieren welche reduziert werden sollen (Investitionsbeschränkungen, Diskriminierung, unspezifizierten Anerkennungs- und Lizenzbedingungen, wirtschaftliche Bedarfsprüfungen, Hürden beim Personaleinsatz....)

Das EU-GATS-Angebot (1)

Der Ausgangspunkt

- Österreich ist 1994/95 noch als eigenständiges WTO-Mitglied Liberalisierungsverpflichtungen in ca. 120 Sektoren eingegangen.
- Aufgrund des österreichischen EU-Beitritts und des In-Kraft-Tretens des Nizzavertrags sind weitreichende Kompetenzen in der Handelspolitik auf die Europäischen Union übergegangen.

Das EU-GATS-Angebot (2)

Vorgesehene Ausweitung der Verpflichtungen

- Rechtsdienstleistungen
- Post- und KurierDL
- Seetransport
- FlughafenDL
- UmweltDL

Das EU-GATS-Angebot (3)

Vorgesehene Ausweitungen bei Mode 4 (Contractual Service Suppliers)

- RechtsDL
- Buchhaltung
- ArchitekturDL
- Technische DL
- Computer und verwandte DL
- Werbung
- Unternehmensberatung und dazu verwandte Dienste
- Übersetzer
- UmweltDL

Das EU-GATS-Angebot (4)

Keine Verpflichtungen in der Daseinsvorsorge

Folgende Sektoren sind NICHT im EU-Angebot:

- Gesundheitsdienstleistungen
- Audiovisuelle Dienstleistungen
- Bildungsdienstleistungen
- Personennahverkehr
- Trinkwasserversorgung

Konsolidierte EU-Liste

Österreich, Finnland und Schweden sind 1994 weitreichendere Liberalisierungsverpflichtungen als die EU-12 eingegangen, MOEL-10 sind am 1.5.2004 beigetreten.

Konsolidierung = Zusammenführung der Listen der 3 alten,„neuen“ Mitgliedstaaten, der neuen Mitgliedstaaten und der EU-12-Liste

Österreich übernimmt Einschränkung, dass in allen MS öffentliche Dienstleister Monopolstellung einnehmen dürfen (wissenschaftliche und technische Beratungsdienstleistungen, Forschungsleistungen in den Sozial- und Geisteswissenschaften, techn. Analysen, Umweltdienstleistungen, Gesundheits- & Transportdienstleistungen).

Rücknahme österreichischer Verpflichtungen wird Forderung anderer WTO-Mitglieder nach Kompensation in anderen Bereichen bringen.

GATS Verpflichtungsliste

<http://www.wto.org>

- Horizontal Section
- Sector Section

Limitations on Market Access		L. on National Treatment
A. Hospital services (9311)	1) Unbound* 2) None 3) Limitation of the number of beds; authorization required according to the national health-service plan is based on the criteria of need; when authorizing the establishment of hospitals due consideration on a case-by-case basis is taken of the density of population, existing facilities, traffic infrastructure, topographical conditions and the distance between hospitals 4) Unbound except as indicated in Part I	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in Part I

GATS Conclusio

- Der vom GATS betroffene DL-Handel ist verglichen zum EU-DL-Handel gering. Der Beitritt der MOEL führt einen beträchtlichen Handelsanteil in den Binnenhandel über.
- Ö ist beim DL-Handel aus Makro-Sicht wettbewerbsfähig.
- Das aktuelle EU-Angebot zeigt geringe Liberalisierungsfortschritte verglichen zu den bereits bestehenden Verpflichtungen.
- Die GATS-Regulierung ist nach wie vor nicht abgeschlossen (z.B. Working Party on Domestic Regulations, Subventionen, öffentliche Vergabe, Schutzklauselkonzept, etc.)
- Die Spezifikation der einzelnen Dienstleistungssektoren ist nicht abgeschlossen und verändert sich ständig (Infrastrukturleistungen Energie, IKT, etc.)
- Einzelne Formulierungen des GATS-Vertrags sind unzureichend abgegrenzt (z.B. Public Services).
- Komplexität des Abkommens führt einerseits zu Problemen bei Transparenz und Kommunikation und andererseits zur Instrumentalisierung des GATS für Tabestände mit denen GATS maximal am Rande zu tun hat.

Sektorverpflichtungen unter GATS		
Anzahl Sektorverpflichtungen	Anzahl WTO-Mitglieder	Einkommens-/Entwicklungsniveau
1-20	44	Entwicklungsländer mit niedrigstem und niedrigem Einkommen
21-60	47	Zumeist Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen
> 60	53	Alle entwickelten Industrienationen, einige Entwicklungsländer - darunter auch mit niedrigstem Einkommen, jüngst beigetretene WTO-Mitglieder

WTO-Streitbeilegung (1)

Die ökonomische Dimension von Handelskonflikten	
Fall	Strafzoll
Bananenfall	191,4 Mio. USD
Hormonfall	116 Mio. USD
Foreign-Sales-Corporations (FSC) Fall	4.000 Mio. USD
Stahlfall	650 Mio. USD (betroffenes Handelsvolumen)
Weithandelsvolumen 2002 (Import bzw. Exportseite)	ca. 60.000.000 Mio. USD

Bananenfall

Handelsumlenkungen durch (Straf)zölle-> Fehlallokation Konsumenten erleiden Realverluste.
ToT des Zoll-einhebenden Landes verbessern sich.
Wohlfahrt ausgedrückt durch BIP verschlechtert sich für die EU, die USA profitiert.

WTO-Streitbeilegung (2)

How long to settle a dispute?	
60 days	Consultations, mediation, etc.
45 days	Panel set up and panellists appointed
6 months	Final panel report to parties
3 weeks	Final panel report to WTO members
60 days	Dispute Settlement Body adopts report (if no appeal)
Total = 1 year	(without appeal)
60-90 days	Appeals report
30 days	Dispute Settlement Body adopts appeals report
Total = 1y 3m	With appeal

WTO-Streitbeilegung (3)

Die ökonomische Bedeutung der beleuchteten Handelskonflikte ist in Relation zum gesamten Handelsvolumen ausnehmend gering. Die Auswirkungen auf einzelne Unternehmen können sehr große sein.

Problem: Festlegung der Strafzölle, Cross-Retaliation, Karussellzölle

Mögliche Lösung: Direkte Transfers statt Zölle
Staaten verstossen gegen die Regeln, nicht Konsumenten und Unternehmer

Nach Optimalzolltheorie profitieren nur größere VWs von relativ höheren Zöllen - für kleine Staaten ist dieses System weniger geeignet

Verwendete Literatur (1)

Altmann (2000), Wirtschaftspolitik, 7. Auflage, Lucius und Lucius, Stuttgart.
Breuss (2001), WTO Dispute Settlement from an Economic Perspective - More Failure than Success?, IEF Working Paper Nr. 39, Wien.
Burger/Handler (2001), Brauchen wir nationale Zahlungsbilanzen im Euroraum, Wirtschaftspolitische Blätter 4, 412-422
Egger (1998), Exportpotenziale zwischen Österreich und den benachbarten MOEL, Wifo-Monatsberichte 11/1998
Europäische Kommission (2003), Summary of the Commission's Proposal for the EU's Services Offer, <<http://trade-info.cec.eu.int/doclib/html/112343.htm>>
Europäische Kommission (2002), The EU and Services negotiations in the WTO
<<http://wko.at/eu/handel/eu20gats%20verhandlungen%20stand%20nov%202002.pdf>>
Kronberger (2003), Der österreichische Außenhandel 2001/2002, Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaft und Schule, <<http://wko.at/awsl/pdf/au4103.pdf>>

Verwendete Literatur (2)

Kronberger/Schrott (2004), Zwischen Konflikt und Kooperation - die neue Weltwirtschafts (un)ordnung - Sicht eines Sozialpartners einer kleinen offenen Volkswirtschaft, Conturen 3/2004, Wien.
Kronberger/Wörz (2004), Dienstleistungen: Export ist mehr als Warenverkehr, Jahrbuch der österreichischen Außenwirtschaft 2003/2004, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien.
<http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Themen/Aussenwirtschaft/Exportpolitik/awjb_neu.htm>
Kronberger/Wörz (2004), Die österreichische Außenwirtschaft mit den MOEL im Vorfeld der Erweiterung, Wirtschaftspolitische Blätter 1/2004, Wien.
Mayrhofer (1998), Regimewechsel im Dienstleistungshandel mit den MOEL, Wifo Monatsberichte 11/98
Mühlbauer, F. (2000), Vom GATT zur WTO (1948-1999), Österreichs Außenwirtschaft 1999/2000, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien.
<<http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Themen/Aussenwirtschaft/Exportpolitik/>>
OECD (2002), GATS: The Case for Open Services Markets, Paris, <<http://www1.oecd.org/publications/e-book/2202021E.PDF>> (28.10.2003)
WTO (2003), Understanding the WTO, 3. Auflage, Genf. <<http://www.wto.org>>

WTO-Streitbeilegung (4)

Mechanismus zur Sanktionierung von Regelverstößen ist unumgänglich für funktionierendes System.

Bei den Sanktionen ist zu überlegen, ob Adressaten und Instrumente die Richtigen sind.

Vorlesung Wirtschaftspolitik - Aktuelle Fragen WS 2004

Ausländische Direktinvestitionen Foreign Direct Investment (FDI)

Ralf Kronberger

Ausländische Direktinvestitionen

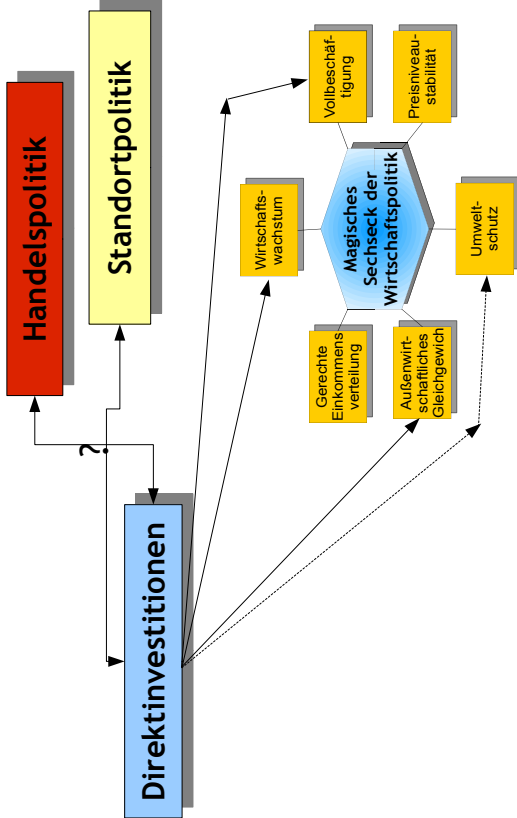
Gliederung

- Theorie zu den ausländischen Direktinvestitionen
 - Theorieübersicht
 - FDI Motive $\leftrightarrow$ Handelsbilanz, Arbeitsmarkt, Kapitalverkehrsbilanzeffekte
 - FDI & Wachstum
 - FDI & Beschäftigung
- Empirie zu den ausländischen Direktinvestitionen
 - Überblick
 - FDI in den MOEL
 - Beschäftigungseffekte
 - Trends
- Instrumente

Theorien zu den ausländischen Direktinvestitionen (1)

Theorie	Inhalt
1. Produktlebenszyklustheorie (Vernon 1966)	Produktlebenszyklusorientierte Wahl der Internationalisierungsform
2. Ressourcentransfertheorie (Fayerweather 1975)	Komparative Ressourcenvorteile, internationale Ressourcenbündelübertragung
3. Verhaltenstheorie der Internationalisierung (Aharoni 1966)	Wichtigkeit der Soft Facts wie Verhalten der Entscheidungsträger und deren Informationsversorgung
4. Lerntheorie der Internationalisierung (Jahson/Vahlne 1977;1990)	Entscheidend sind das Marktwissen und die Marktbindung
5. „Diamant“ - Ansatz der Internationalisierung (Porter 1991)	Nutzung der komparativen Standortvorteile ausländischer Märkte

Quelle: Fink / Haiss / Peytcheva (2003)



Theorien zu den ausländischen Direktinvestitionen (2)

Theorie	Theoretischer Ansatz
6. Standorttheorien der Internationalisierung	Nutzung komparativer Standortvorteile ausländischer Märkte
7. Monopolistische Vorteilstheorie (Hymer, 1960; Kindleberg, 1969)	Aufbau und Sicherung unternehmungsspezifischer Vorteile
8. Internationalisierungstheorie von Buckley und Casson (Buckley/Casson 1976)	Internationalisierungsform ist von Transaktions- und Koordinationskosten abhängig
9. Eklektische Theorie der internationalen Produktion (Dunning 1979)	Wahl der Internationalisierung in Abhängigkeit von spezifischen Vorteils-kategorien: Eigentums-, Standort- und Auslandsinvestitionsvorteile durch höhere Erträge (Internationalisierungsvorteile)

Quelle: Fink / Hais / Peytcheva (2003)

Es gibt keine einheitliche Theorie der Direktinvestitionen.

Die Wirkung von Direktinvestitionen (1)

Direktinvestitionen als Handelssubstitut?

Motive

Market Seeker - Erschließung neuer Märkte

↗ Handelsbilanz

- Mutterunternehmen liefert Vorleistungen
- Mutterunternehmen exportiert in Gastländer nicht verfügbare Kapitalgüter
- billigere Zulieferung von Vorleistungen an Mutterunternehmen für billigere Exporte in Drittmärkte

Strategische Motive
- Ausgleich saisonbedingter Nachfrageschwankungen - Erhöhung der Marktpräsenz - Sicherung des Absatzes - Verlängerung von Produktlebenszyklen - Massenproduktionsvorteile - Umgehen der Handelshemmnisse - Standortvorteile - Kundennähe - Zugang zu öff. Aufträgen

Die Wirkung von Direktinvestitionen (2)

Direktinvestitionen als Handelssubstitut?

Motive

Efficiency Seeker

Verlagerung der Produktion ins Ausland

↘ Handelsbilanz

Verdrängung der lokalen Produktion sowie Verdrängung der Exporte des Mutterunternehmens in Drittmärkten

↘ Arbeitsmarkt

Effizienzmotive
- Kostengünstige Produktion - Nutzung staatlicher Förderungsprogramme - Kompensation von Wechselkursschwankungen - Verteilung der F&E Ausgaben durch größere Stückzahl - Produktkapazitätsauslastung - Gewinnmaximierung - Optimierung von Zins- und Steuersätzen

Die Wirkung von Direktinvestitionen (3)

Direktinvestitionen als Handelssubstitut?

Motive

Strategic Asset Seeker

Erschließung & Sicherung strateg. Positionen

↗ Handelsbilanz

Resource Seeker

Ausnützen von Faktoren

Strategic Asset Seeker
- Nutzung von Startvorteilen zur Absicherung von Märkten - Follow The Leader - Erhöhung des Bekanntheitsgrades/Prestige - Wettbewerbsvorteile der im Ausland investierenden Konkurrenten - Risikostreuung
Resource Seeker
- Nutzung des Arbeitskräftepotentials - Erwerb bzw. Nutzung von Know How - Sicherung Rohstoffversorgung - Kapital

Die Wirkung von Direktinvestitionen (4)

Direktinvestitionen als Handelssubstitut?

Generell kann im Fall von marktorientierten Direktinvestitionen stärker mit positiven Handelsbilanzeffekten (und somit auch mit positiven Beschäftigungseffekten am heimischen Arbeitsmarkt) gerechnet werden, während im Fall von effizienzorientierten Direktinvestitionen mit negativen Handelseffekten gegenüber dem Zielland, aber mit positiven auf Drittmärkte zu rechnen ist.

(Altzinger, 2002)

Die Wirkung von Direktinvestitionen (5)

Kapitalverkehrsbilanz

↓ Anfangsinvestition vs. ↑ rückfließende Gewinne
Grundsätzlich pos. Bewertung, wenn Faktorallokation optimiert ist.

Zahlungsbilanz			
Realwirtschaftlicher Teil	Leistungsbilanz	Finanzwirtschaftlicher Teil	Kapitalverkehrsbilanz
			Direktinvestitionen Erwerb von Unternehmensanteilen mit dem Zweck der Einflussnahme auf die Unternehmensführung (Beteiligung mindestens 10% am Grundkapital)
			Portfolioinvestitionen Grenzüberschreitende Veranlagungen in Wertpapieren (z. B. Aktien, Anleihen)
			Finanzderivate grenzüberschreitende Investitionen in Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Währungsswaps.
			Sonstige Investitionen Z.B. Kreditverkehr mit dem Ausland, grenzüberschreitende Handelskredite, Bankkredit
			Offizielle Währungsreserven Z.B. Goldbestand, Sonderziehungsrechte & Beteiligung beim (IMF)

Die Wirkung von Direktinvestitionen (6)

FDI & Wachstum

Instrument für den Transfer von Kapital, Technologie und Wissen in die Gastländer

Erstrundeneffekt

↑ FDI ↑ I ↑ Y

Ausländische Investitionen tragen im Verhältnis mehr zur heimischen Produktivität bei als heimische Investitionen.

Die Wirkung von Direktinvestitionen (7)

FDI & Wachstum

Zweitrundeneffekt

Technologie-Spillover zu nationalen Unternehmen

- ↑ Wettbewerb
- ↑ Effizienz und Produktqualität
- ↑ Exportmöglichkeiten auch nationaler Unternehmen

Die Wirkung von Direktinvestitionen (8)

FDI & Beschäftigung

- ↑ Aufbau von Headquarter-Kompetenzen
 - Banken
 - Handel
 - Personalvermittlung
 - Marketing
- ↓ Technische Dienstleistungen (Konstruktion & Planung)
- ↓ Industrieproduktion ~ ↑ Headquarterkompetenzen

Die Wirkung von Direktinvestitionen (9)

FDI & Beschäftigung

- ↓ Industrieproduktion ~ ↑ Headquarterkompetenzen

Im Sachgüterbereich hat Outsourcing die totale Faktorproduktivität - und damit die österreichische Wettbewerbsfähigkeit - signifikant erhöht.

ABER: Die relative Beschäftigung in der Industrie verschiebt sich zu Gunsten der besser qualifizierten Arbeitskräfte. (Egger & Egger in Altzinger, 2002)

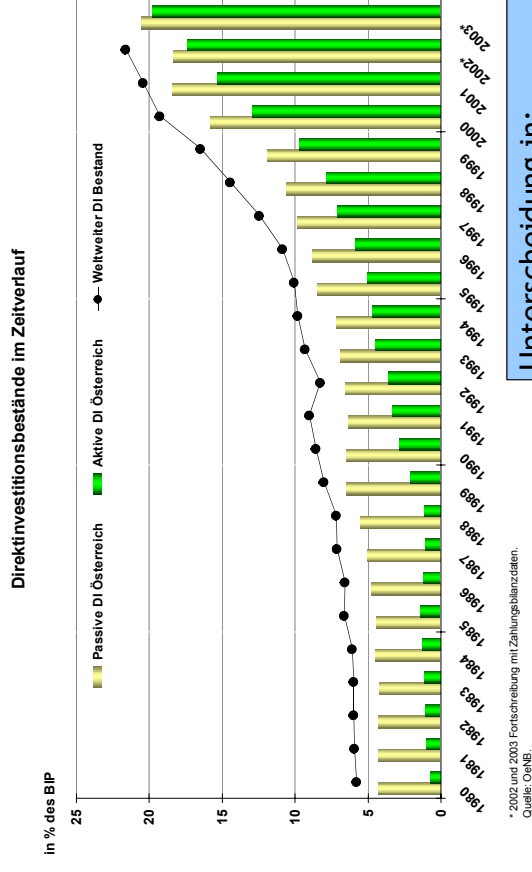
→ **struktur- und verteilungspolitischer Handlungsbedarf**

Die Wirkung von Direktinvestitionen (10)

FDI & Beschäftigung

Selbst bei negativen Beschäftigungseffekten im industriellen Kernsektor sind folgende Fragen zu stellen (Frage des Referenzszenarios):

- Hätte ein Betrieb ohne Auslagerung an Wettbewerbsfähigkeit verloren?
- Hätten Drittmärkte erschlossen werden können?

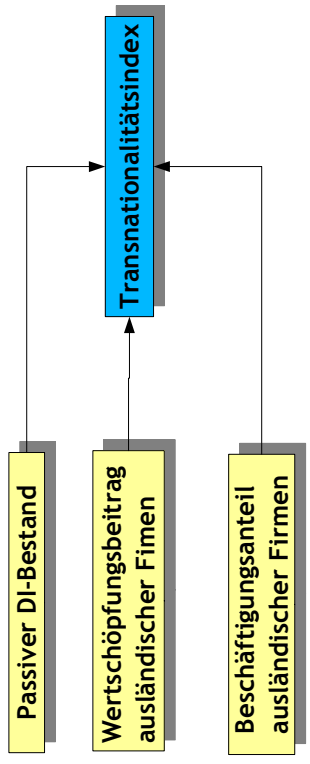


Unterscheidung in:

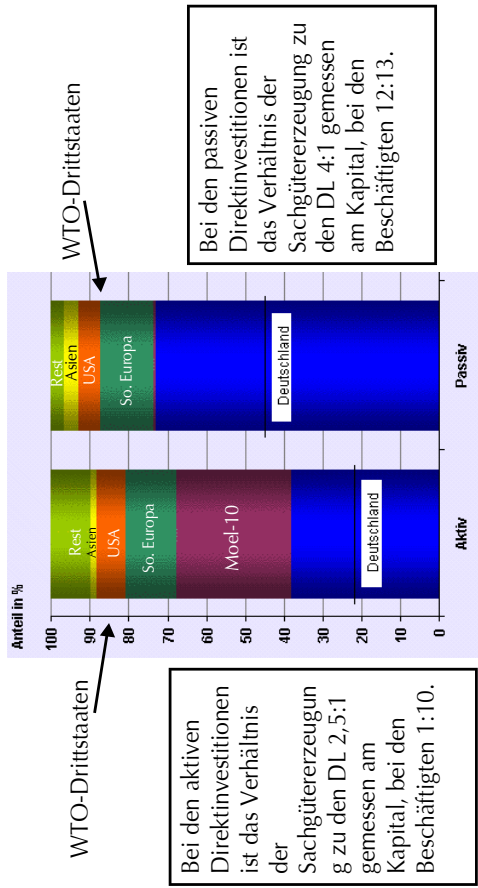
- Bestands- & Flussgrößen
- Aktiv- & Passiv-DI

Ö im internationalen Vergleich (1)

Transnationalitätsindex = Maß für die Attraktivität eines Standortes als Bezieher von (passiven) Direktinvestitionen.



Regionale Struktur FDI



Ö im internationalen Vergleich (2)

Österreichische DI in den MOEL (2001/2004)

Österreich als Direktinvestor in Osteuropa

Slowenien	Rang in der Liste der Investoren	Österreichs Anteil in %
Kroatien	1. Platz	29,9
Slowakische Republik	1. Platz	22,9
Ungarn	3. Platz	14,1
Tschechische Republik	3. Platz	11,1
Bulgarien	3. Platz	10,0
Rumänien	4. Platz	9,1
Polen	6. Platz	6,2
Ukraine	6. Platz	3,6
Estland	9. Platz	4,0
Lettland	10. Platz	1,4
Litauen	>10. Platz	0,9
	>10. Platz	0,3

Beispiele für Österreichische Beteiligungen in den MOEL

BA-CA / Erste / Raiffeisen

Wr. Städtische/Uniq/Generali Gruppe

Wienerberger

OMV

BBAG

Spar/Baumax

Porsche-Holding

Immofinanz

Leder & Schuh AG (Humanic)

Quelle: WIIW/WIFO-Databse Feb 2004

Von 1995 bis 2001 stiegen die österreichischen Direktinvestitionen jährlich durchschnittlich um 19,6% an.

Transnationality index of host economies, 1999				
Economy	FDI inward stock/GDP	Value added foreign affiliates/GDP	Foreign Employment/ Total Employment	Transnationality Index
Austria	11,2	10,2	10,5	9,7
Netherlands	45,4	10,1	4,3	25,2
Czech Republic	32,1	10,2	4,2	17,6
Hungary	40,2	24	27,4	27,6
Poland	17,1	5	7,8	11,5
Slovakia	14,3	4,4	3,6	7,1
Slovenia	13,4	3,5	8,8	7,9

Quelle: Unctad, World Investment Report (2002)

Instrumente

- Rund 2.000 bilaterale Investitionsschutzabkommen weltweit
- Vielzahl von Einzelbestimmungen in pluri- und multilateralen Einzelbestimmungen (z.B. TRIMS, GATS, etc.)
- Österreich unterhält 57 bilaterale Abkommen zur Förderung und zum Schutz von Investitionen (BITs) (Stand 7.9.2004) (z.B. China, Indien, Mexiko, Russische Föderation, Südafrika, etc.)
 - Prinzip der Meistbegünstigung (MFN)
 - Inländergleichbehandlung (National Treatment)
 - Schutz vor entschädigungsloser Enteignung
 - Recht auf freien Kapitaltransfer bei Unruhen
 - Staat-Staat- und Investor-Staat-Streitbeilegung
- Gescheitertes MAI - Multilateral Agreement on Investment (OECD) - Verhandlungsbeginn 1995 - 1998 Austritt Frankreichs aus den Verhandlungen
- Dzt. kaum Fortschritte innerhalb der WTO

Verwendete Literatur

- Altzinger/Beer/Bellak (1998), Exportieren österreichische Unternehmen Arbeitsplätze nach Osteuropa?, Wirtschaft und Gesellschaft 4/98, 475-502.
- Altzinger (1999), Substituieren Österreichs Direktinvestitionen in Osteuropa die heimische Produktion?, Ergebnisse einer Betriebsbefragung, Wirtschaftspolitische Blätter 1, 136-146.
- Altzinger/Bellak (1999), Direct Versus Indirect FDI: Impact On Domestic Exports And Employment, Working Papers Series: Growth and Employment in Europe: Sustainability and Competitiveness, Working Paper No. 9.
- Dell'mour (2002), Austria's Direct Investment and EU Enlargement, Focus on Transition 1/2002, OeNB.
- Igler/Schekulin (2002), Von Havanna bis Doha: Der lange Weg zu multilateralen Investitionsregeln, Österreichs Außenwirtschaft 2001/02, BWMA, Wien.
- Fortanier (2002), Globalisierung, ausländische Direktinvestitionen und Wachstum, BWMA, Jahrbuch der Außenwirtschaft 2001/2002, 167-189
- United Nations Conference on Trade and Development (2002), World Investment Report 2002 - Transnational Corporations and Export Competitiveness, Geneva.

Standortpolitik/-wettbewerb

Ralf Kronberger

Standortpolitik/-wettbewerb

Gliederung

- Definitionen & Kategorien von Standortfaktoren
- (eine) Theorie des Standortwettbewerbs
- Sinnvolle & weniger sinnvolle Messkonzepte beim Standortwettbewerb
- Österreich im internationalen Vergleich
- Diskussion ausgewählter Standortfaktoren in Ö

Definition Standortqualität

Standortqualität bezeichnet die Chance, das leistungsbezogene Anforderungsprofil von Unternehmungen, die standortbezogenen Rahmenbedingungen und die Ausstattung des betreffenden Raumes mit Produktionsfaktoren zur Übereinstimmung zu bringen.

Definition Standortwettbewerb (1)

Standortwettbewerb wird nach herrschender Lehre als Wettbewerb von immobilten Produktionsfaktoren (in der Summe: Standorte) um mobile Produktionsfaktoren (vor allem Direktinvestitionen, aber auch qualifizierte Arbeit) verstanden. (Bellak, 2001)

„While Standortwettbewerb may be a familiar term in the German economics literature, with a long tradition in location theory ... Its counterpart „locational competition“ does not ring any bells at least to me.“ (Findlay, 1994)

Definition Standortwettbewerb (2)

Definition i.w.S.:

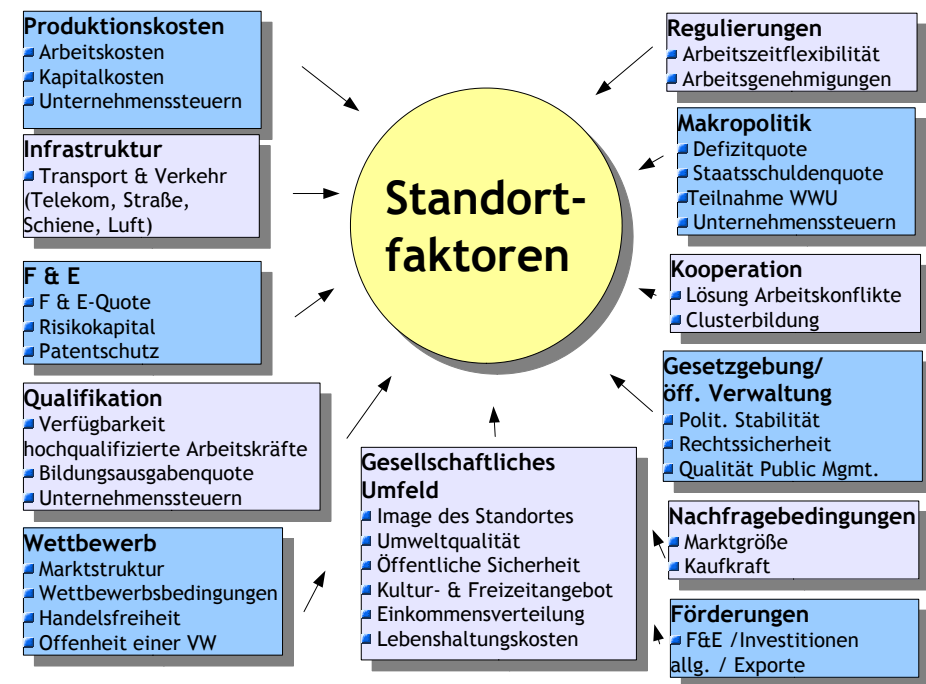
Betonung der dauerhaften Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft.

Ein Land ist wettbewerbsfähig, wenn:

- das Bevölkerungseinkommen so stark steigt wie in Konkurrenzländern
- nicht-ökonomische Bereiche des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltsystems berücksichtigt werden

→ beinahe interdisziplinäres Konzept, aber i.d.R. ökonomisch zentrierte Betrachtung

Aiginger(2001)



Kategorien von Standortfaktoren

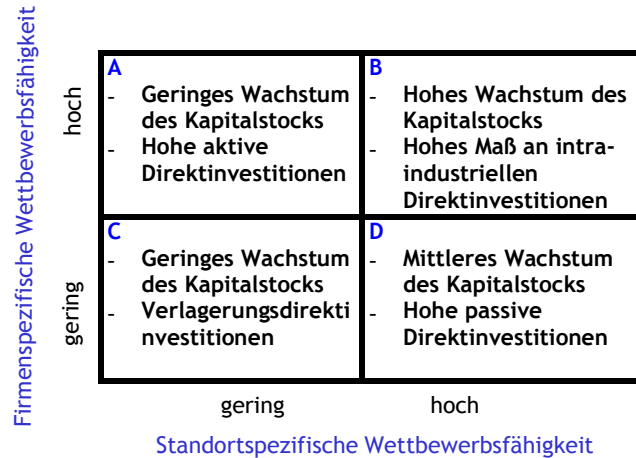
Die Wirtschaftspolitik muss sich auf eine handhabbare Anzahl von Standortfaktoren konzentrieren. Eine entsprechende wirtschaftspolitische Prioritätensetzung ist notwendig.

Theorie Standortwettbewerb (1)

Standortwettbewerb ist sowohl im Sinne bereits etablierter Unternehmen (Kostenfaktoren) als auch im Sinne potenzieller Investoren (technologische Faktoren) zu betrachten.

Firmenspezifische und standortspezifische Wettbewerbsfähigkeit sind zu unterscheiden. Während standortspezifische Wettbewerbsvorteile immobil sind, sind unternehmensspezifische Vorteile mobil.

Theorie Standortwettbewerb (2)



$$B > D > A > C$$

Quelle: Bellak(2001)

Standortwettbewerb (3)

Standortpolitik beeinflusst:

- **direkt** standortspezifische Wettbewerbsvorteile
- **indirekt** unternehmensspezifische Vorteile - Bildung hängt von standortspez. Vorteilen ab

Mobile und immobile Standortfaktoren müssen im Zusammenhang erklärt werden.

Standortvergleiche (1)

Problematik der Standortvergleiche

- Vergleich von Ländern statt Regionen
- 1 Kennzahl soll über multidimensionales Phänomen aussagen
- wenig bis keine theoretische Grundlage
- fragwürdige oft nicht explizite Gewichtungen
- Standortwettbewerb wie Kampf um Marktanteile betrachtet (Zero-Sum-Game)
- keine Kosten-Nutzen Analyse bei Schaffung von Standortvorteilen
- unzureichende Aussagen für politische bzw. Entscheidungsträgern in Unternehmen

Standortvergleiche (2)

Populäre Indices

Economic Freedom Index

Heritage Foundation

(<http://www.heritage.org/research/features/index/downloads.html>)

World Competitiveness Yearbook

International Institute for Management Development (IMD)

<http://www01.imd.ch/wcy/>

Global Competitiveness Report

World Economic Forum (WEF)

(<http://www.weforum.org/gcr>)

Standortvergleiche (3)

Entwicklung des Ranking Österreichs							
Indikator	WEF 1996	WEF 2000	WEF 2004	Indikator	IMD 1996	IMD 1999	IMD 2004
Offenheit	12	12	na	Internationalisierung	20	22	19
Regierung	36	37	na	Regierung	27	24	14 (1)
Institutionen	16	18	14		-	-	
Finanzmarkt	12	18*	na	Finanzmarkt	14	20	18
Technologie	13	12	27	Wissenschaft & Technologie	11	21	na
Infrastruktur	18	11	na	Infrastruktur	13	11	17
Management	25	14*	na	Management	17	22	na
Arbeitsmarkt	28	27	na	Arbeitskräfte	5	8	10
Gesamt	19	18	13	Gesamt	16	18	13

* nicht vollständig vergleichbar

(1) government efficiency

Quelle: Bellak (2001) ergänzt um weitere Daten

Standortvergleiche (4)

Bewertung des Rankings Österreichs (WEF, IMD)

- Verbesserungen stehen Verschlechterungen gegenüber, in Einzelbewertungen wie beim Gesamtrang. Übereinstimmung nicht einmal in der Tendenz.
- Methodische Veränderungen verunmöglichen Jahresvergleiche
- Wenn sich die Standortpolitik an diesen Rankings orientiert, kann dies hohe volkswirtschaftliche Kosten zu Folge haben.

Standortvergleiche (5)

Index of Economic Freedom Rankings													
2004 Rank	Country	1996 Scores	2000 Scores	2004 Scores	Trade Policy	Fiscal Buden	Govt. Inter-vention	Monetary Policy	Foreign Investment	Banking & Finance	Wages & Prices	Property Rights	Regulation
1	Hong Kong	1,50	1,40	1,34	1,0	1,9	2,0	1,0	1,0	1,0	2,0	1,0	1,0
10	United States	1,94	1,84	1,85	2,0	4,0	2,0	1,0	2,0	1,0	2,0	1,0	2,0
18	Germany	2,26	2,24	1,03	2,0	3,8	2,0	1,0	1,0	3,0	2,0	1,0	3,0
20	Austria	2,06	1,98	2,08	2,0	4,3	2,0	1,0	2,0	2,0	2,0	1,0	3,0
24	El Salvador	2,68	2,15	2,24	2,0	3,4	1,5	1,0	2,0	2,0	2,0	3,0	2,0
38	Japan	2,18	2,06	2,53	2,0	4,3	2,0	1,0	3,0	4,0	2,0	2,0	3,0
39	Botswana	3,09	2,93	2,55	3,0	3,0	4,5	3,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0

Quelle: Heritage Foundation

Standortvergleiche (6)

„Sinnvolle“ Standortvergleiche

- Fokus auf Teilbereiche & theoretische Fundierung
- Miteinbeziehung unternehmensspezifischer Vorteile (Branchenrelevanz)
- Orientierung an Clustern
- Beachtung der Wechselwirkung zw. Standortfaktoren und Investorverhalten

„Sinnvolle“ Studie für Österreich

Aiginger/Peneder(1997), Qualität und Defizit des Industriestandorts Österreich, Wifo, Wien.

Standortvergleiche (7)

Berücksichtigung von Spezifika kleiner, hochentwickelter Volkswirtschaften notwendig

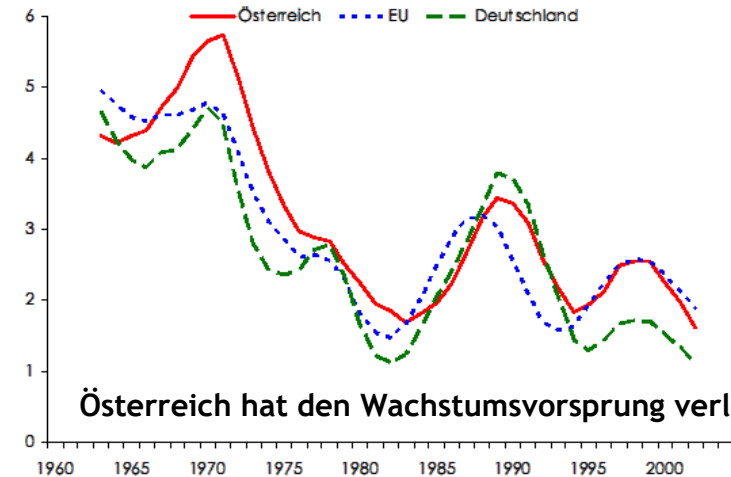
- geringe geographische Diversifikation (Handel, DI)
- hoher Grad an Offenheit, geringe Bedeutung im Welthandel, Exporte mit hohem Anteil am BIP
- geringe Branchendiversifikation: typischer Investitionsgüterimporteur & Nischenexporteur
- speziell in Ö beeinflusst Korporatismus Strukturwandel

An österreichische Gegebenheiten angepasstes Monitoring kann im sinnvollen Ausmaß für die WP-Akteure sinnvoll sein.

Ö im int. Vergleich (1)

WIFO ■

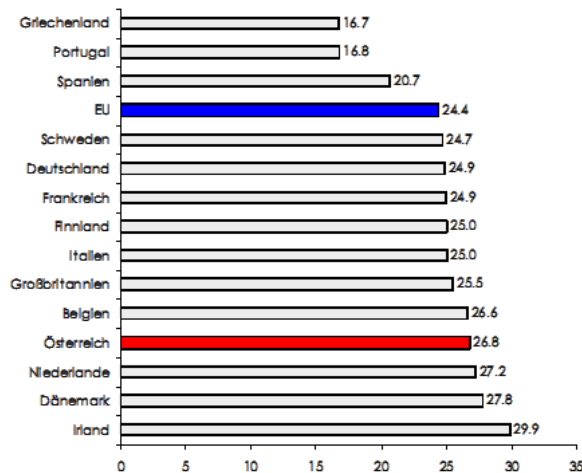
BIP in Österreich, Deutschland und in der EU
% gegen das Vorjahr; gleitender 5-Jahresdurchschnitt



Ö im int. Vergleich (2)

WIFO ■

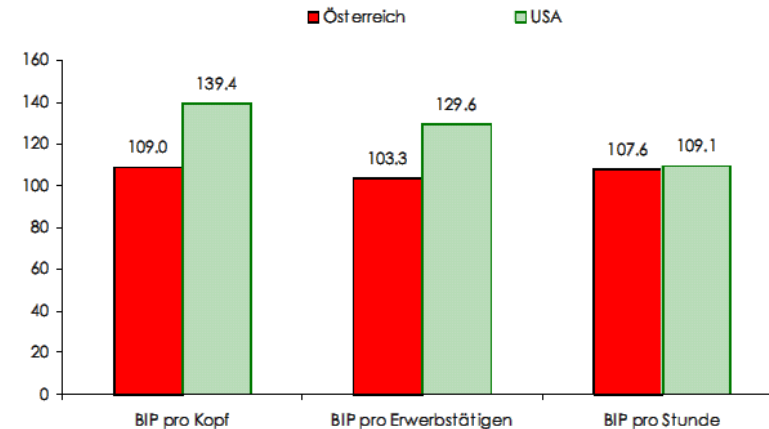
BIP pro Kopf in der EU 2003
In 1000 EURO zu Kaufkraftparitäten



Ö im int. Vergleich (3)

WIFO ■

Produktivitätsvergleich pro Kopf, pro Erwerbstätigen und pro Stunde; EU=100

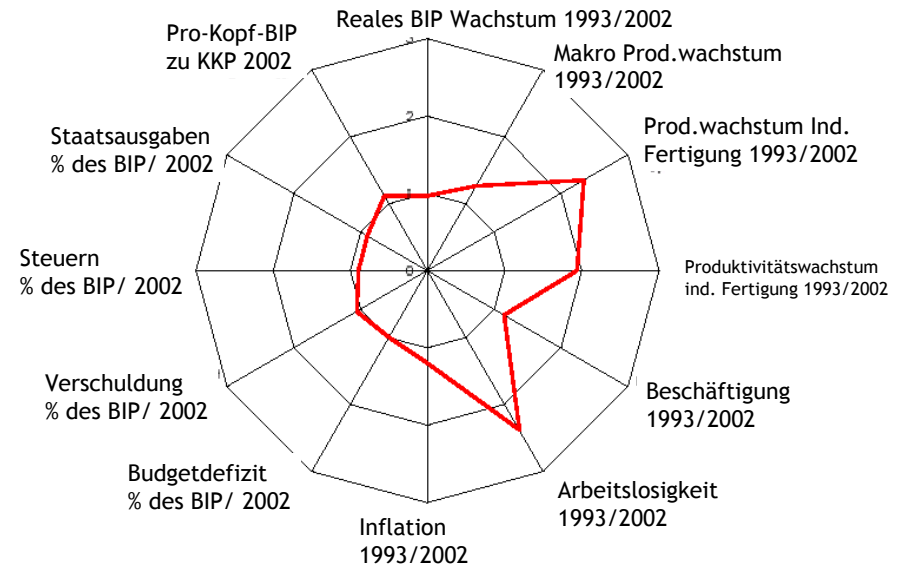


Ö im int. Vergleich (4)

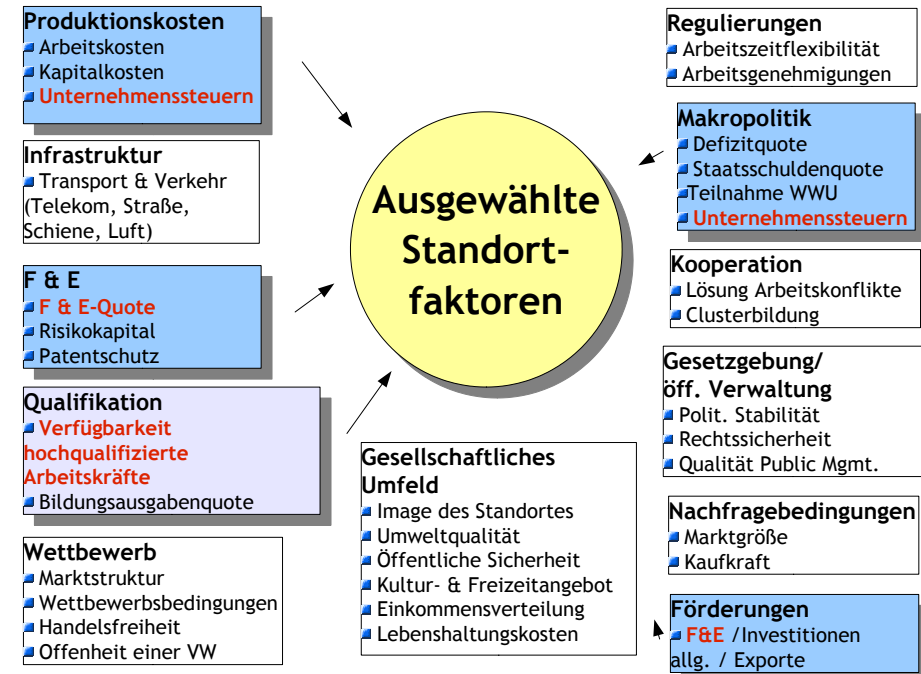
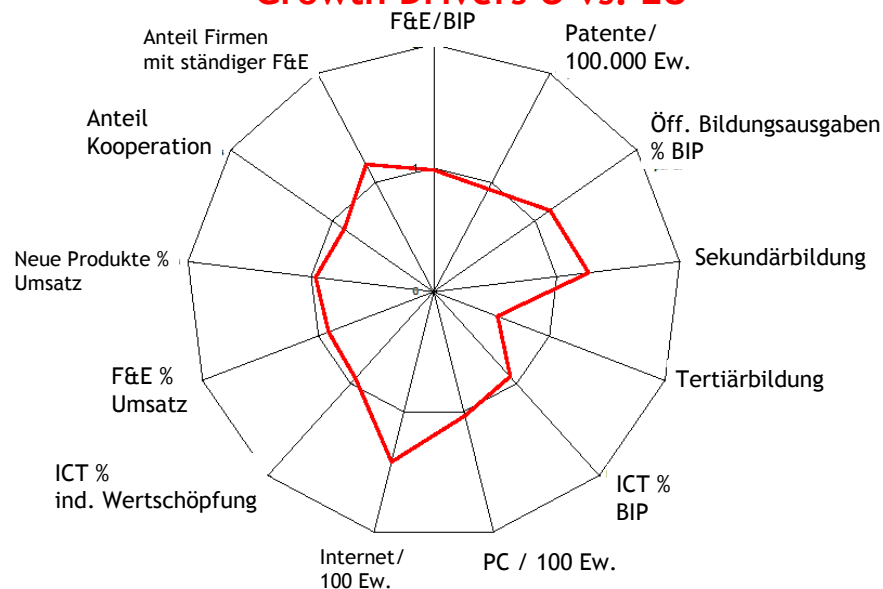
Ist das Pro-Kopfeinkommen hinreichend zur Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit?

Welche Rolle spielen „Soft-facts“ bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit?

Ö im internationalen Vergleich (5) Performance Ö vs. EU

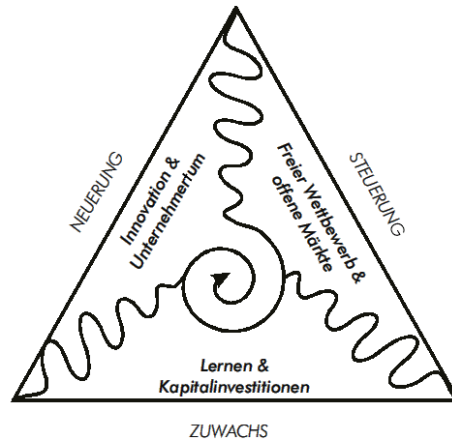


Ö im internationalen Vergleich (6) Growth Drivers Ö vs. EU



Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Drei Säulen dynamischer Standortpolitik



Diskussion ausgewählter Standortfaktoren (1)

Alte Struktur, aber gute Performance (Ö ↔ Durchschnitt EU)

- rel. geringer Anteil technologierorientierter Branchen
- rel. geringer Anteil unternehmensnaher DL
- rel. niedrige Cash-Flow- & Eigenkapitalquote
- rel. niedrige private Equity Investitionen

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren (2)

Technologiepolitik

Deutliche Erhöhung der F&E-Ausgaben in den 90er Jahren auf ca. 2% des BIP

EU-Ziel bis 2006 2,5% des BIP, bis 2010 3% des BIP

Geschätztes Wachstum der F&E-Ausgaben bis 2006 basierend auf Budget 2003/2004 und Fortschreibung der anderen Kategorien				
Mrd. EUR	2002	2006	Δ% p.a.	Δ %2002-2006
Bund	1,5	1,5	1,1	4,6
Bundesländer	0,3	0,5	17,2	88,7
Unternehmen	1,6	1,9	3,8	16
Ausland	0,7	0,9	3,4	14,3
Sonstige	0,07	0,07	3,3	14
Summe	4,2	4,9	3,9	16,3

Quelle: Wifo(2003)

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren (3)

Technologiepolitik / F&E

- Geschätzte Wachstumsrate der öff. Ausgaben zw. 2002-2006 (1,1%) deutlich niedriger als zw. 1998-2000 (7,4%)
- Stagnation der F&E-Ausgaben bei 2% des BIP
- öff. F&E-Ausgaben müssten 50% für 2,5%-BIP-Ziel wachsen, ABER: auch privat fehlt ein ähnlich hoher Betrag
- F&E-Ausgaben spiegeln die Branchenstruktur wider → Strukturwandel beschleunigen

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren (4)

Ausbildung

Österreich hat ein Defizit bei tertiärer Ausbildung, besonders bei techniknahen Studienfächern

- Österreich liegt bei ingenieur- und naturwissenschaftlichen Hochschulabsolventen mit 7 von Tausend im unteren Mittelfeld
- Im Vergleich dazu:
 - EU-Durchschnitt: 9,5 von Tausend
 - Top-5 (Irland, Frankreich, UK, Schweden, Finnland): 17,3/1000
- Mess- und Abgrenzungsprobleme nicht entscheidend; z.B. inklusive HTL-Absolventen: 12 von 1000 Personen
- Geringe Veränderungen bei ingenieur- und naturwissenschaftlichen Absolventen seit 1998. 2001 sogar Rückgang
- Konsequenz: Nachfrage der Wirtschaft va. nicht gedeckt

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren (5)

Ausbildung

- Strukturwandel hin zu wissensintensiven Wirtschaftszweigen braucht hochqualifizierte Arbeitskräfte
- Verschiebung der sektoralen Beschäftigungsanteil von humankapitalintensiven Branchen (1995-2000):
 - unternehmensnahe DL: 4% → 5,1%
 - Datenverarbeitung und ComputerDL: 0,5% → 0,9%
 - Erziehung & Bildung: 5,5% → 6,0%
- Defizite in der Ausbildung behindern den Strukturwandel

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren (6)

Unternehmensbesteuerung - Körperschaftsteuer

Reduktion des KöSt-Satzes von nominell 34% auf 25% per 1.1.2005
(real von 31,4 auf 23,1%)

Bei Zugrundelegung der Elastizitäten internationaler Studien müsste sich die FDI-Zuflüsse zwischen 4,5% (-0,5 x -9) und 29,7% (-3,3 x -9) erhöhen.

Die realen Bruttoanlageninvestitionen zwischen 2 und 12% (nur ca. 40% der DI haben reale Investitionen zur Folge [Rest Fusionen, etc.])

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren (7)

Unternehmensbesteuerung - Körperschaftsteuer

Reduktion des KöSt-Satzes von nominell 34% auf 25% per 1.1.2005
(real von 31,4 auf 23,1%)

Bei Zugrundelegung der Elastizitäten internationaler Studien müsste sich die FDI-Zuflüsse zwischen 4,5% (-0,5 x -9) und 29,7% (-3,3 x -9) erhöhen.

Die realen Bruttoanlageninvestitionen zwischen 2 und 12% (nur ca. 40% der DI haben reale Investitionen zur Folge [Rest Fusionen, etc.])

Theorie des ruinösen Steuerwettbewerbs (race to the bottom) argumentiert gegen Steuerwettbewerb, da die öffentlichen Einnahmen für Infrastruktur und Sozialausgaben zurückgehen → eine Abwärtsspirale ist die Folge

Theorie der Neuen Ökonomischen Geographie argumentiert, dass Zentren auf Grund der Agglomerationsvorteile (Infrastruktur, Arbeitskräfte, etc.) Steuerdifferenzial zw. Zentrum und Peripherie rechtfertigen.

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren (8)

Unternehmensbesteuerung - Körperschaftsteuer

Breuss/Schratzestaller (2004) argumentieren, dass die KöSt-Senkungen auf Grund der Nähe zur Peripherie (neue EU-Mitglieder) notwendig war. Ein nach wie vor leicht höherer Steuersatz ist auf Grund der Agglomerationsvorteile Österreichs zulässig.

Letztendlich ist zu beachten, dass der KöSt-Satz nur eine erklärende Variable für Standortentscheidungen darstellt.

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren (9)

Fazit

Kompensierende Faktoren in der Vergangenheit:

- Wirtschaftsgeographische Lage
(EU-Beitritt, Osterweiterung)
- Wachstumsorientierte Makropolitik
(Nachfragestabilisierung, Soziale Sicherheit)
- Arbeitsbeziehungen
(Gesamtwirtschaftliche Reallohnflexibilität)
- Anpassungsfähigkeit & Spezialisierung innerhalb mittlerer Technologieniveaus

Dynamische auf Strukturwandel gerichtete Standortpolitik ist notwendig, um langfristig Wachstumspotenzial zu sichern.

Verwendete Literatur

Aiginger et al.(2003), Pressegespräch - Defizite in Standort- und Wachstumspolitik in Österreich, Wifo, 22.5.2003
http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.frameset?p_filename=PRESSENOTIZEN/PRIVATE16499/P030523.PDF

Aiginger(2001), Europäische Wettbewerbsfähigkeit und Österreichs Position, BMWA, Jahrbuch Außenwirtschaft Wirtschaft 2000/2001, 174-189
<http://www.aussenwirtschaft.info/content/publikationen/awjb2001v2.pdf>

Bellak(2001), Standortvergleiche für eine rationale Standortpolitik, BMWA, Jahrbuch Außenwirtschaft Wirtschaft 2000/2001, 145-160
<http://www.aussenwirtschaft.info/content/publikationen/awjb2001v2.pdf>

Breuss/Schratzestaller (2004), Unternehmenssteuerwettbewerb und internationale Direktinvestitionen, Wifo Monatsberichte 8/2004, Wien.

Helmenstein (2001), FDI-determinierende Standortfaktoren, BMWA, Jahrbuch Außenwirtschaft Wirtschaft 2000/2001, 161-173
<http://www.aussenwirtschaft.info/content/publikationen/awjb2001v2.pdf>

Vorlesung Wirtschaftspolitik - Aktuelle Fragen WS 2004

Wettbewerbspolitik

Ralf Kronberger

Wettbewerbspolitik

Gliederung

- Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen
- Instrumente der Wettbewerbspolitik
- Wettbewerbsbehörden in Österreich
- Wettbewerbsbehörden auf EU-Ebene
- Wettbewerbspolitische Entscheidungen in Österreich

Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (1)

Preise und Wettbewerb als Kernmechanismus marktlicher Steuerung

Die Selbststeuerungseigenschaften des Wettbewerbs sind durch vier wesentliche Wettbewerbsfunktionen charakterisiert:

Allokationsfunktion

Durch Wettbewerb werden die Ressourcen einer Gesellschaft in die produktivste Verwendung gelenkt (statische Effizienz)

Innovationsfunktion

Wettbewerb generiert Produkt- und Verfahrensinnovationen, die durch Imitation verbreitet werden (dynamische Effizienz)

Verteilungsfunktion

Gewinne und Verluste sind Resultat der Leistungen der Unternehmen → wettbewerblesches Verteilungsprinzip entspricht Leistungsgerechtigkeit

Freiheitsfunktion

Marktteilnehmer haben durch die Konkurrenz alternativer Anbieter und Nachfrager auf wettbewerbslichen Märkten Wahlmöglichkeiten → Der Wettbewerb begrenzt die Positionen marktmächtiger Unternehmen

Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (2)

Vollständige Konkurrenz als Referenzstandard

Vergleiche erster Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomik: effiziente Allokation in der Gesamtwirtschaft ist dann erreichbar, wenn auf allen Güter- und Faktormärkten die Bedingungen des Modells der vollständigen Konkurrenz erfüllt sind:

- atomistische Struktur der Anbieter- und Nachfragerseite
- homogene Güter
- vollständige Markttransparenz
- freier Marktzu- und -austritt
- keine Transaktionskosten
- Nicht-Existenz von Skalen- und Verbundvorteilen

Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (3)

Kritik am Modell der Vollständigen Konkurrenz

- Unrealistische Annahmen des Modells (besonders problematisch sind die Annahmen der homogenen Produkte und die Nicht-Existenz von Skalenvorteilen)
- Modellierung der vollständigen Konkurrenz als Gleichgewichtszustand vernachlässigt dynamischen und prozesshaften Charakter des Wettbewerbs
- Wettbewerb mit neuen Produkten und neuen Technologien wird nicht erfasst. Annahme der sofortigen Innovation verhindert Innovationsanreize

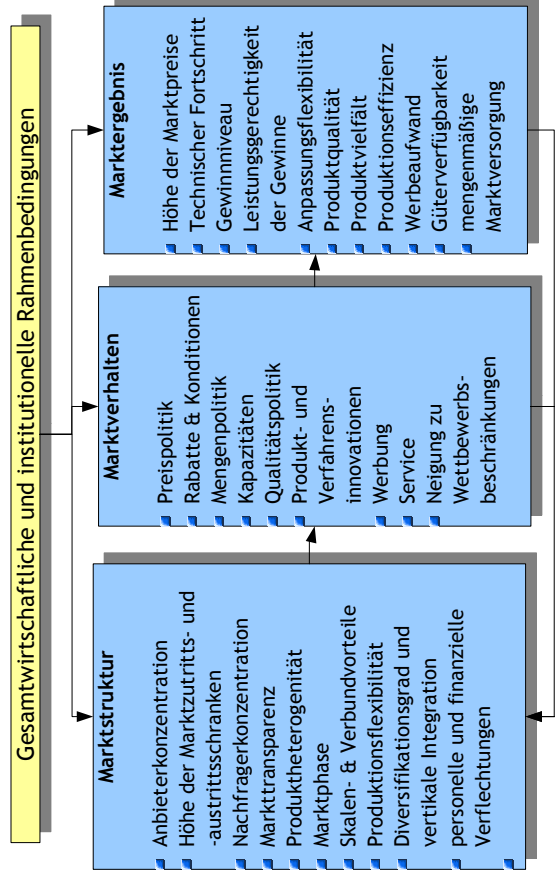
Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (4)

Funktionsfähiger Wettbewerb (workable competition / Harvard School)

Grundidee: Pragmatische Untersuchung von Wettbewerbsprozessen an Hand von Marktstruktur, Marktverhalten und Marktergebnis. Die Entstehung von Marktmacht ist das zentrale Problem für die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs.

→ Struktur-Verhalten-Ergebnis-(SVE)-Paradigma

Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (5)



Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (6)

Funktionsfähiger Wettbewerb (workable competition / Harvard School)

Auf normativer Ebene Möglichkeit des Bündelns von Zielen Multi-Goal-Approach (z.B. effiziente Allokation, technischer Fortschritt, Förderung des Mittelstands, internationale Wettbewerbsfähigkeit, etc.)

Für die Theorie sind folgende Fragen zentral:

- Welche Merkmale der Marktstruktur begünstigen oder beeinträchtigen wettbewerbsfähiges Verhalten?
- Welche Verhaltensweisen von Unternehmen sind dem Wettbewerb förderlich oder behindern ihn?

Fazit

- nach wie vor dominierende wettbewerbspolitische Konzeption
- mangelnde theoretische Basis für einen strikten Zusammenhang zwischen Marktstruktur und Marktergebnis
- Struktur und Marktergebnis sind endogen

Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (7)

Effizienzorientierte Konzepte - Chicago School

Grundidee

- Normatives Zielbündel ist unklar, widersprüchlich und nicht akzeptabel.
- Die einzige Zielgröße ist die ökonomische Effizienz.
- Marktmacht ist auf Grund der Allokationsverzerrung (ausgelöst durch die Mengenreduktion) problematisch.
- Lediglich die Summe aus Konsumenten- und Produzentenrente ist problematisch (nicht aber die Verteilung)
- Skalenerträge als Motiv für Zusammenschlüsse vermutet Trade-off zwischen Skalenvorteilen (Produktionseffizienz) und Effizienzverluste durch steigende Unternehmenskonzentration (allokative Ineffizienz)
- Private Wettbewerbsbeschränkungen und Marktmacht sind kein dauerhaftes Problem für die Chicago School, da nur effiziente Marktstrukturen und Verhaltensweisen langfristig überleben (Selbstheilungskräfte des Marktes).

Politikempfehlung der Chicago School

Der Markt soll nur sehr zurückhaltend in die Marktprozesse eingreifen, da Staatseingriffe hohes Risiko des Staatsversagens mit sich bringen.

Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (8)

Effizienzorientierte Konzepte - Theorie der Contestable Markets

Grundidee

- Bei Vorliegen der vollkommen Angreifbarkeit eines Marktes ist die Höhe der Unternehmenskonzentration irrelevant.
- Marktzü- bzw. Austrittsbarrieren entstehen durch die sunk costs.
- In einem vollkommen angreifbaren Markt reicht lediglich die Androhung des Markteintritts aus, um den Wettbewerbsdruck zu verstärken

Bewertung

Etablierte Anbieter können glaubwürdig Marktzugangsschranken - etwa durch Aufbau von großen Kapazitäten (↑sunk costs) aufbauen. Lediglich das Signalisieren einer solchen Vorgangsweise reicht aus, dass strategische Marktzutrittsschranken aufgebaut werden.

Die Funktionsfähigkeit des potenziellen Wettbewerbs ist an zahlreiche in der Wirklichkeit selten vorkommenden Annahmen geknüpft.

Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (9)

Dynamisch-evolutionäre Konzepte - Wettbewerb als Innovationsprozess

Grundidee

- Innovationen sind die zentrale, endogene Triebkraft wirtschaftlicher Entwicklung
- Voraussetzung ist, dass Pionier-Unternehmer Produkte- und Produktionsverfahren erstmalig durchsetzen und Imitatoren, diese weiter verbreiten → Marktverdrängung bisheriger Produkte und Produktionsverfahren (creative destruction)
- Märkte und Marktstrukturen verändern sich im Laufe der Entwicklung (Endogenität der Strukturen → vgl. Kritik am SVE-Paradigma)
- Wesentliche Erkenntnis: Der vorübergehende Aufbau von marktmächtigen Stellungen auf Grund von Innovationen ist kein wettbewerbspolitisches Problem sondern vielmehr Anreiz → dynamische Wettbewerbskonzeption
- Vollständige Konkurrenz bedeutet Mangel an Innovationsanreizen → Zielkonflikt zwischen statischer und dynamischer Effizienz → Relativierung der Allokationseffizienz

Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (10)

Dynamisch-evolutionäre Konzepte

Wettbewerb als Entdeckungsverfahren

Individuen verfügen nur über subjektives, begrenztes Wissen, wodurch Annahmen der vollständigen Konkurrenz nicht haltbar sind. Lediglich durch Trial-and-Error-Verfahren im Wettbewerb kann Erfolg oder Misserfolg eines Produktes oder Produktionsverfahren im Wettbewerb getestet werden.

Konzept der Wettbewerbsfreiheit

Die Bedeutung der Freiheit zu wettbewerbblichen, innovativen Aktivitäten wie ein stabiler institutioneller Rahmen für Wettbewerbsprozesse sind zentral. Auf Grund der Annahmen der dynamisch-evolutionischen Wettbewerbskonzeption darf kein starker wettbewerbspolitischer Interventionismus stattfinden.

Wettbewerbstheoretische und -politische Konzeptionen (11)

Bewertung

- **Vollständige Konkurrenz**
 - Neoklassische Ansätze erfassen die Innovationsfunktion von Wettbewerbsprozessen unzureichend
 - Zu starke Ausrichtung an der allokativen Effizienz

Dynamisch-evolutionäre Ansätze

Zu starke Konzentration auf den Innovationsprozess
Theoretische und empirische Fundierung zu wenig entwickelt

SVE-Paradigma

Formulierung von wünschenswerten Wettbewerbsfunktionen
Flexibler Argumentationsrahmen durch theoretisch breites Marktstruktur-Marktverhalten-Marktergebnis-Konzept
Endogenität der Marktstruktur

In der Realität ist eklektischer Ansatz in der wettbewerbspolitischen Praxis vorzufinden.

Arten möglicher Wettbewerbsbeschränkungen (1)

Staatliche Wettbewerbsbeschränkungen

- **Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse (Protektionismus)**
(vgl. Kapitel Handelspolitik)
- **staatliche Monopole und Monopolrechte**
(bestimmte Bereiche öffentlicher Dienstleistungen)
- **Subventionen**
(z.B. Europäische Agrarpolitik)
- **staatliche Marktzutrittschranken (Regulierungen)**
(z.B. "missbräuchlicher" Einsatz von Standards, Sicherheitsvorschriften, etc.)

Arten möglicher Wettbewerbsbeschränkungen (2)

Private Wettbewerbsbeschränkungen

- **Verhaltensabstimmung**
 - Horizontal (z.B. Preisabsprachen, F&E-Kooperation)
 - Vertikal (z.B. Buchpreisbindung, Franchising)
- **Konzentration**
 - Horizontal
 - Vertikal (↑Marktmacht, ↑Preisspielraum)
 - Konglomerat
- **Behinderung**
(z.B. Kampfpreisstrategie, Ausschließlichkeitsvereinbarungen, etc.)

Wettbewerbstheoretischer Exkurs (1)

Stärkere Marktkonzentration erhöht den Anreiz zu Marktabsprachen, die Gewinnsteigerungen zu Lasten anderer Marktteilnehmer ermöglichen.

Eine sinkende Zahl der Marktteilnehmer führt zu steigender **Kollusionsgefahr**.

Wettbewerbstheoretischer Exkurs (2)

Spieltheoretische Betrachtungen (Selten, 1973) zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit für Kollusion für:

- mehr als 5 Konkurrenten bei 1%
- bei 5 Konkurrenten bei 22%
- bei 4 oder weniger Konkurrenten bei 100% liegt.

Bei mehr als 5 Konkurrenten hat ein Outsider die Möglichkeit, seinen Marktanteil respektive Gewinn durch kartellabweichendes Verhalten, also niedrigere Preise, zu vergrößern.

Wettbewerb - Empirie (2)

In der Empirie sind noch weitere Faktoren zu berücksichtigen, die teilweise sektorspezifisch unterschiedlich sind, z.B.:

- Grad der Regulierung
- tatsächliches Verhalten cut-throat competition vs. „glückliches“ Nebeneinander
- das Verhalten gegenüber den Lieferanten.

Wettbewerb - Empirie (1)

Österreichische Sektoren mit hoher Marktkonzentration

	Konzentrationsraten in %					Teilnehmer mit Marktanteil		
	Marktführer ~100	KR1	KR2	KR3	KR4	30%<	20-30%	10-20%
Politische Nachrichtenmagazine	50	71	84	94	94	1	0	0
Private Krankenversicherung	28	52	76	82	82	0	1	2
Drogerienmärkte	32	59	72	83	83	1	3	0
Lebensmittelhandel	38	61	70	78	78	1	1	2
Möbelhandel	38	61	70	78	78	1	1	1
Sportartikelhandel	38	55	67	73	73	1	0	2

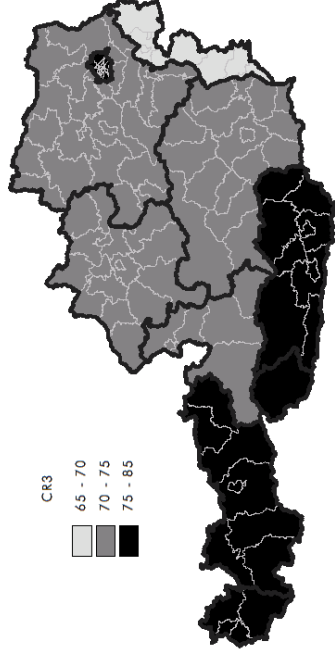
KRX... Summe der Marktanteile von den 2,3,4 größten Marktteilnehmern

Quelle: Wifo

Alle in der Tabelle aufgelisteten Sektoren stellen oligopolistische Märkte mit weniger als 5 großen Teilnehmern dar. Marktkollusion unter den Teilnehmern ist gemäß des spieltheoretischen Ansatzes (Selten, 1973) äußerst wahrscheinlich.

Wettbewerb - Empirie (3)

Konzentration im Lebensmittelhandel



Neben der hohen Marktkonzentration existieren zusätzlich hohe Markteintrittsbarrieren. Zulassungen zur Errichtung neuer großer Einkaufsflächen sind schwer oder gar nicht erhältlich.

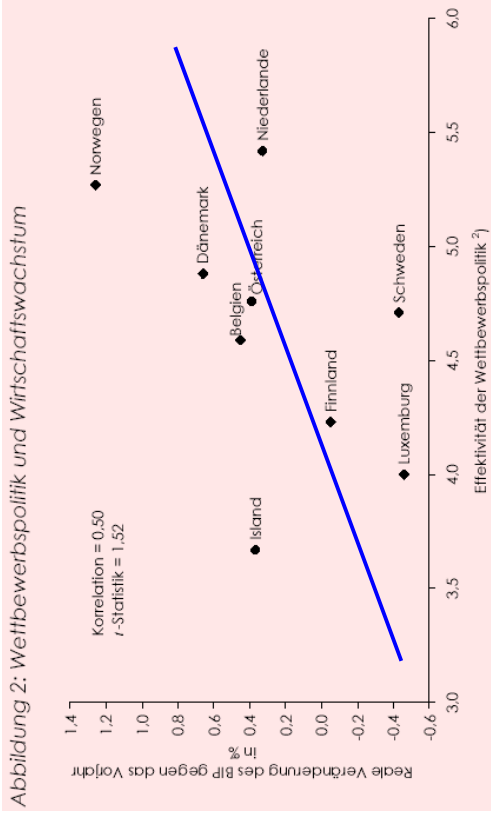
Wettbewerb - Empirie (4)

Empirisch belegte Zusammenhänge

Positiver Zusammenhang zwischen Wettbewerbsintensität und Produktivitätswachstum

Inverser Zusammenhang zwischen wettbewerbsbeschränkender Produktmarktregulierung und F&E-Intensität

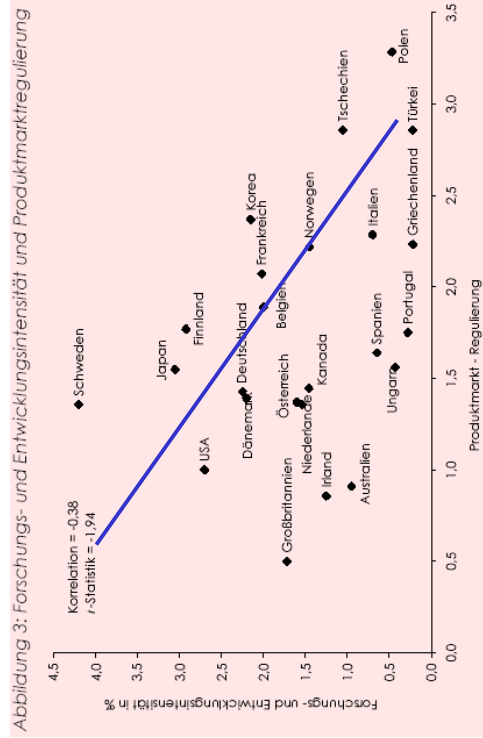
Wettbewerb - Empirie (5)



Positiver Zusammenhang

Quelle: Böheim(2003)

Wettbewerb - Empirie (6)



Q: OECD (2003).

Negativer Zusammenhang

Instrumente der Wettbewerbspolitik (1)

Antikartellpolitik

- Indirekte Antikartellpolitik (z.B. Zolssenkungen)
- „moral suasion“ (amtliche Warnung)
- Rechtsschutz für Außenseiter (Abbau von Eintrittsschranken)
- Kartellregistrierung
- Missbrauchsgesetzgebung
- Verbotsgesetzgebung

Instrumente der Wettbewerbspolitik (2)

Deregulierung (Antimonopolpolitik)

- Indirekte Antimonopolpolitik
- „moral suasion“
- Erhöhte Publizitätspflicht für Großunternehmen
- Fiskalische Sonderbelastung für Großunternehmen
- Missbrauchskontrolle für marktmächtige Unternehmen („Regulierungen“)
- Melde- und/oder Genehmigungspflicht bei Konzentrationsvorgängen
- Gesetzliche Größenbeschränkungen
- Verkaufsauflagen
- „Verstaatlichung“

Wettbewerbsbehörden in Ö (2)

Wettbewerbskommission als beratendes Organ

- 4 Mitglieder durch BMWA + 4 Mitglieder der Sozialpartner
- Vorschläge der Tätigkeitsschwerpunkte für die BWB für das Folgejahr
- Nicht bindende Empfehlungen bei Fusionskontrollfällen
- Erstellung von Gutachten zu allgemeinen wettbewerbspolitischen Fragen
- schwache Rechtsstellung
- fallweise nur in Einsicht in Prüfungsanträge aber nicht in Untersuchungen
- Geringe Nutzung von zur Verfügung gestelltem Expertenwissen

Kartellgericht & Kartellobergericht

- Mehrheit der Berufsrichter
- vormals kritisierte Identität von Ankläger & Richter beseitigt

Wettbewerbsbehörden in Ö (1)

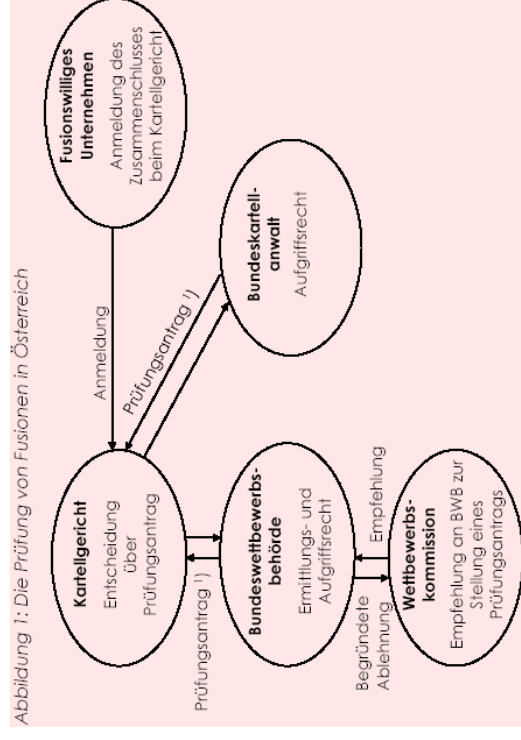
Bundeswettbewerbsbehörde

- der Generaldirektor ad personam ist weisungsfrei & unabhängig, ebenso Beamten in konkreter Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit, dienstrechtlich BMWA unterstellt
- Aufgabe: Untersuchung und Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen aller Art
- Status einer Amtspartei
- dem BMWA nachgeordnet

Bundeskartellanwalt

- dem Justizministerium zugeordnet
- vertritt ähnlich einem Staatsanwalt „öffentliche“ Interessen
- zweite Amtspartei
- an Weisungen des Justizministers gebunden
- als Amtspartei Aufgriffsrecht
- häufig führt Antrag des Bundeskartellanwalt zur Aufnahme der Tätigkeit durch die Wettbewerbsbehörde

Wettbewerbsbehörden in Ö (3)



Quelle: Böheim (2003)

Wettbewerbsbehörden der EU

Europäische Kommission (GD Wettbewerb)

- Beurteilung von Wettbewerbsbeschränkungen, die Handel zwischen den MS einschränken
- Europäische Fusionskontrolle
- Überwachung staatlicher Beihilfen
- Internationale Handelspolitik

European Competition Network (ECN)

- Intensivierte Abstimmung zw. Kommission und nationalen Behörden

European Competition Authorities

- Abstimmung der Wettbewerbspolitiken zwischen EU, Europäischen Wirtschaftsraum und EFTA

Europäischer Gerichtshof

- Beeinspruchung von Entscheidungen der EU-Kommission durch Unternehmen

Wettbewerbspolitische Entscheidungen (1)

Zulassung bedeutender Fusionen

2000/2001 Formil: Fusion der Kuriergruppe (Profil) mit der News-Gruppe (News, Format)

1.8.2002 Übernahme von Maximarkt durch Spar

- Frage der Definition eines lokalen Verkäufermarktes
- Welche unterschiedlichen Angebote sind in zumutbarer Reichweite der Käufer?
- Sowohl auf Bezirks- als auch auf Bundesländer-Ebene herrscht hohe Marktkonzentration

Wettbewerbspolitische Entscheidungen (2)

Zulassung bedeutender Fusionen

2002 Fusion von OMV, Wiengas, EVN, Begas, Oberösterreichische Ferngas und Linz AG zu Ecogas

- Verhandlungslösung unter altem & neuen Wettbewerbsregime
- Freiwillige Selbstbeschränkung
- Importmonopol der OMV fällt
- Jährl. müssen 250 Mio. Kubikmeter an Konkurrenten versteigert werden.
- E-Controll erhält Einblick in die Preisbildung.

Wettbewerbspolitische Entscheidungen (3)

Zulassung bedeutender Fusionen

Energie Austria - „österreichische Stromlösung“

- Zusammenschluss Verbund & Energieallianz
- Zusammenlegung von Handel und Vertrieb an Großkunden > 4GWh/Jahr
- gesteigerte gemeinsame Marktanteile in Erzeugung und Vertrieb
- Drei von den fünf übrigen regionalen Stromvertriebsunternehmen würden von Erzeuger Energie Austria abhängen.

- Auflagen der EU-Kommission:
- Wegfall von Verbund als Wettbewerber würde zu beherrschender Stellung von Energie Austria führen
- Von gemeinsamer Großkundengesellschaft müssen 55% an Konkurrenten abgegeben werden.

→ eigentumsrechtliche Entflechtung

Wettbewerbspolitische Entscheidungen (4)

Zulassung bedeutender Fusionen

Energie Austria - „österreichische Stromlösung“

bei Energie Austria Probleme der vertikalen Integration (Erzeugung + Vertrieb)

durch Anteil von Energie Austria an Ecomgas auch Problem der horizontalen Konzentration (sektorübergreifende Dominanz)

Böheim schlägt Unbundling als Problemlösung vor.

Wettbewerbspolitische Entscheidungen (5)

Zulassung bedeutender Fusionen

14.3.2003 Zusammenschluss von ÖBB- & Postbus

Kartellgericht sieht, dass keine dominante Marktposition des fusionierten Unternehmens vorliegt.

Allgemein wird festgehalten, dass das öff. Vergabe-/Lizenzwesen beim Personenverkehr auf der Straße zu hohen Markteintrittsbarrieren führt. Der Wettbewerb ist in diesem Sektor schwach.

Reform EU-Wettbewerbsrecht

Neue Entwicklungen auf europäischer Ebene

„more economics based approach“ - Europäische Schule

Andere Gewichtung als bei traditionell stärker juristisch ausgerichteten europäischer Wettbewerbspolitik

Erleichtert möglichst breite Problemerkfassung durch Verwendung von qualitativen und quantitativen Methoden.

Fazit Ö Wettbewerbspolitik (1)

- Missbrauchskontrolle hat höheren Stellenwert als Fusionskontrolle
- Widerspruch zu Praxis europäischer Wettbewerbspolitik
 - wider gängiger aktueller Lehre zur Wettbewerbstheorie
- starke Position der Behörden bei Fusionskontrolle - Kontrolle im Vorfeld durch (eigentumsrechtliche) Auflagen
- bei Missbrauchsaufsicht Problem der Aufdeckung & des Beweise - nachträgliche eigentumsrechtliche Entflechtung eher selten

Fazit Ö Wettbewerbspolitik (2)

- geringes Etat der Wettbewerbsbehörde
- 1 Mio. EUR
- 19 Mitarbeiter
- Sinnvoll eingesetzte Ökonomisierung kann Verbesserung gegenüber rein juristischen Entscheidung (Klauseln - Zwangsjackeneffekt) Vorteile bringen.
- Potenzial für erhöhte Transparenz gegeben. Z.B. bessere Dokumentation auf <http://www.bwb.gv.at>.

Fazit Ö Wettbewerbspolitik (3)

Unterschiedliches (widersprüchliches) Benchmarking der österreichischen Wettbewerbspolitik

Effektiver-Wettbewerbs-Index					
Rang	Land	Gewinn (ROI/Roigewinn)	Öffentliche Regulierung (Wettbewerbsrecht)	Preise (Preisniveau & lohnberichtigtes Preisniveau)	Gesamt
	Gewichtung	1	1	1	
1	Kanada	54	76	87	72
5	USA	46	83	70	66
11	Österreich	37	73	70	60
13	Deutschland	35	74	69	59
26	Schweiz	27	67	0	31

Index für Wettbewerb bei den öffentlichen Dienstleistungen					
Rang	Land	Ausschreibungs- rate	Marktzugang (öf. Dienstleister)	Wahlfreiheit	Gesamt
	Gewichtung	1	1	1	
1	Neuseeland	67	98	81	82
6	Deutschland	27	96	73	65
17	USA	28	73	51	51
20	Österreich	43	67	33	48
26	Polen	2	68	33	34

Quelle: OECD (2002)

Bei den Indizes repräsentiert 100 das beste und 0 das schlechteste Ergebnis.

Fazit Ö Wettbewerbspolitik (4)

Herabstufung von Ö in Fachzeitschrift Global Competition Review:

- Österreich: 3
- Deutschland / EU-Kommission: 4,25
- USA: 4,5
(auf inverser Schulnotenskala)

Wie bei allen Rankings/Benotungen ist zu hinterfragen, welche Annahmen zu Grunde liegen (Vgl. Ranking-Problematik bei Standortvergleichen).

Veranstaltungshinweis

III. Wettbewerbssymposium

Österreichische Wettbewerbspolitik im Zeichen
der europäischen Harmonisierung

22. November 2004
9.00-13.30 Uhr

Wirtschaftskammer Österreich
Rudolf-Sallinger-Saal

<http://wko.at/rp>

Verwendete Literatur

- Bellak/Hofer/Tschmuck (2001), Wettbewerbs- und Strukturpolitik, in: Neck/Nowotny/Winkler, Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs, 126-164
- Kerber, W. (2003), Wettbewerbspolitik, in: Bender et al., Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 2, 8. Aufl., München.
- Koch, W./Czogalla, C. (2004), Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., Stuttgart.
- Böheim (2002), Austrian Competition Policy: Quo vadis?, Austrian Economic Quarterly 4/2002, Wifo, 176-190
- Böheim (2003), Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen - Zwischenbilanz und Ausblick, Monatsbericht 7/2003, Wifo, 515-524
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003), Fusionen - Überblick, http://europa.eu.int/comm/competition/index_de.html (8.10.2003)
- OECD(2002), Interplay between Competition and Consumer Policies, Directorate for Financial, Fiscal and Enterprise Affairs - Competition Committee, DAFE/COMP/WD(2002)4
- OECD (2003), Annual Report on Competition Policy Developments in Austria (2002-2003), DAFE/COMP(2003)15/02
http://www.bwb.gv.at/BWB/Aktuell/annual_report_oecd.htm
- Wirtschaftskammer Österreich (2001), Österreichisches und internationales Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellrecht), Ausbildungslehrgang zur A-Prüfung, Wien.

Vorlesung Wirtschaftspolitik - Aktuelle Fragen WS 2004

Arbeitsmarktpolitik

Ralf Kronberger

Gliederung

- Theorie zum Arbeitsmarkt
- Empirie Ö
- Institutionen - Lohnbildung & Arbeitsmarktpolitik
- Europäische Arbeitsmarktpolitik
- Die Flexibilisierungsdiskussion

Theorie - Grundbegriffe (1)

Arbeitskräftepotenzial (=Erwerbspersonen)

Alle dem Arbeitsprozess zur Verfügung stehenden Personen (selbständig & unselbständig Erwerbstätige, registrierte Arbeitslose)

Arbeitslosenquote

Relation zwischen arbeitslosen und aktiv Beschäftigungssuchenden Personen zu Erwerbspersonen

Die AL-Quote ist Kennzahl, die die Auslastung des Arbeitskräfteangebotes beschreibt.

Österreichische (AMS-)Definition der Arbeitslosenquote

Relation zwischen den beim AMS gemeldeten Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (unselbständig Beschäftigte + Arbeitslose)

EU-Definition der Arbeitslosenquote

Relation der Arbeitssuchenden (direkte Befragung der Haushalte) zu den Erwerbspersonen (unselbständig Beschäftigte + Selbständige + Arbeitssuchende)

Theorie - Grundbegriffe (2)

Beschäftigungsquote

Relation zwischen selbständig bzw. unselbständig Erwerbstätigen zur Wohnbevölkerung.

Diese Kennzahl reflektiert wird von der Chance einen Arbeitsplatz zu finden wie auch von institutionellen Gegebenheiten (z.B. Ausbildung, Pensionsmodalitäten, Karenz) bestimmt.

Beveridge-Kurve

Gegenüberstellung der offenen Stellen (nur jene, die dem AMS gemeldet werden) mit der Arbeitslosenquote.

Theorie - Typen von Arbeitslosigkeit (1)

Strukturelle AL

Die Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften stimmt langfristig nicht mit jener des Angebots überein (z.B. technologische AL, regionaler Arbeitsangebotsüberhang,...)

Friktionelle AL

Sie wird auch als Such- oder Fluktuations-AL bezeichnet. Die Zeitpunkte der Aufgabe und der anschließenden Aufnahme eines neuen Arbeitsverhältnisses sind nicht immer genau koordinierbar. Auch verfügt der Arbeitssuchende nicht immer ausreichend Information über offene Stellen.

Konjunkturelle AL

Ein nachhaltiger Rückgang der aggregierten Nachfrage ist i. d. R. mit Beschäftigungseinbußen verbunden. Auf konjunkturelle AL kann durch den Einsatz konjunkturfördernder Maßnahmen reagiert werden (Konjunkturpolitik im eigenen Sinne)

Saisonale AL

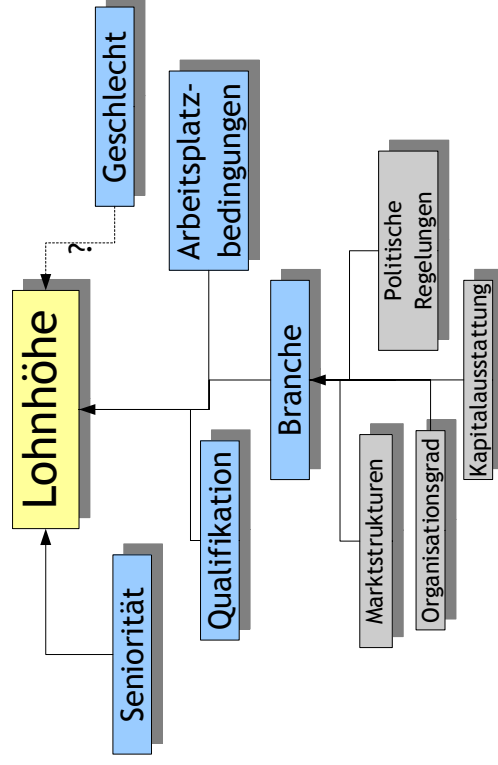
Dies ist eine kurzfristige Form der AL. (Z.B. Landwirtschaft, Bauwirtschaft, Tourismus). Durch statistische Filter lässt sich die AL-Quote um saisonale Schwankungen bereinigen.

Theorie - Typen von Arbeitslosigkeit (2)

Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur sinkt die AL-Rate nicht auf 0. Vollbeschäftigung wird daher schon bei einer Arbeitslosenrate über 0 konstatiert. Beispielsweise friktionelle AL wird immer beobachtbar sein.

Unter natürlicher Arbeitslosenquote würde jene Arbeitslosenquote verstanden, um die die Arbeitslosigkeit im natürlichen Zeitverlauf schwankt (durchschnittliche AL).

Theorie - Determinanten der Lohnbildung



Theorie - Der Arbeitsmarkt als Spezialfall des Marktmodells

Arbeitskräfteangebot bietet unselbständige Arbeitsleistung als gehandeltes Gut
→ mit steigendem Lohnsatz wird das Arbeitsangebot erhöht

Die Unternehmen fungieren als Nachfrager → zusätzliche Arbeitskräfte werden eingestellt, so lange der Erlös aus zusätzlich produzierten Gütern und Dienstleistungen höher ist als die zusätzlichen Lohnkosten.

Bei vollkommener Konkurrenz führen Anpassungen des Arbeitsangebots und der -nachfrage (über die Löhne) zu einem Marktgleichgewicht. Ein einheitlicher Lohnsatz, der über dem Existenzminimum liegt, wird erreicht, zu dem Anbieter und Nachfrager ihre Pläne realisieren können. Arbeitskräfte verfügen über hohe Mobilität.

Schwächen des klassischen Ansatzes

- Die Arbeitslosigkeit wird nicht erklärt.
- Unterschiede in der Arbeitslosigkeit je nach Gruppen werden nicht erklärt
- Am Arbeitsmarkt sind unterschiedlich hohe Löhne vorzufinden.

Theorie - Ansätze zur Erklärung der Arbeitslosigkeit (1)

Lohnrigidität → Bei AL erfolgt keine Reduktion der Löhne. Am Arbeitsmarkt werden keine klar spezifizierten Leistungen getauscht sondern Arbeitsverträge abgeschlossen.

Insider-Outsider-Theorie

Insider werden nicht sofort durch Arbeitslose ersetzt, da deren Abfertigungs- und allfällige Prozesskosten entstehen. Insider die Kenntnisse, die sie im Unternehmen selbst erworben haben, nicht an neuereintretenden Arbeitnehmer weitergeben.

Effizienzloohnhypothese

Lohnsenkungen mindern die Motivation der im Unternehmen verbleibenden Arbeitnehmern.

Informationsasymmetrie

Signalwirkung der Lohnhöhe: Niedrige Löhne in der Vergangenheit können als Indiz für schwächere Arbeitsleistungen gedeutet werden.

Theorie - Ansätze zur Erklärung der Arbeitslosigkeit (3)

Das Arbeitsangebot ist gegenüber Lohnsenkungen unelastisch.

Die Arbeitsentscheidung ist beruht auf mehreren Faktoren. Neben der Lohnhöhe haben folgende Punkte Einfluss auf die Entscheidung:

- Nicht-Verfügbarkeit von alternativen Einkommensquellen
- Einzig sozial akzeptierte Rolle → Lohnhöhe ist nicht für den Verbleib sondern nur für die Auswahl des Arbeitsplatzes und der Entscheidung für Überstunden maßgeblich (Primäre Arbeitskräfte)
(Sekundäre Arbeitskräfte verfügen alternative soziale Rolle: Haushaltsvorstand, Ausbildung, Pension)

Theorie - Ansätze zur Erklärung der Arbeitslosigkeit (2)

Die Arbeitsnachfrage ist gegenüber Lohnsenkungen unelastisch.

Änderungen der Konsum- und Produktionsstruktur zu Gunsten kapitalintensiver Produktionstechniken werden nur langfristig auf dem Arbeitsmarkt wirksam. Kurz- und mittelfristig haben Lohnsenkungen keine Konsequenzen. Erst langfristig kann sich die Produktion auf Grund niedriger Löhne wieder auf arbeitsintensive Produktionsverfahren umstellen.

→ **Klassische Arbeitslosigkeit**

Arbeitsmarktunvollkommenheiten werden im klassischen Modell nicht berücksichtigt. Es wird von einer durchgängig ausgelasteten Wirtschaft ausgegangen (Say'sches Gesetz). In einer keynesianischen Modellwelt spielt die effektive Nachfrage eine Rolle:

↓ Löhne → ↓ Einkommen → ↓ Güternachfrage
→ **Konjunkturelle Arbeitslosigkeit**

Theorie - Unterschiede in der Lohnstruktur & AL

Unterschiede in der Lohnstruktur

Theorie der Segmentierten Märkte

Nur kontinuierliche Erwerbskarriere erlaubt bestimmte Karrierepfade (z.B. Führungspositionen)

Für weitere Erklärungen siehe Folie [Determinanten der Lohnbildung](#)

Unterschiede in der Arbeitslosigkeit

Durch geringe Mobilität können regionale Änderungen der Arbeitsnachfrage nicht vom Arbeitskräfteangebot nachvollzogen werden.

Empirie (1)

Arbeitskräftepotenzial Österreich						
Jahr	Selbständig Beschäftigte	Unselbständig Beschäftigte		Gemeldete Arbeitskräfte (%)	Gemeldete Arbeitslose	Erwerbspersonen
		Unselbständig Beschäftigte	weiblich Ausländische			
		(%)	Arbeitskräfte (%)			
1990	416	2880	41,2	7,5	165	3461
1995	371	2972	42,7	10,0	216	3559
1996	368	2955	42,9	10,0	230	3553
1997	369	2968	43,0	10,0	233	3570
1998	370	2999	43,3	10,0	238	3607
1999	371	3036	43,5	10,1	222	3717
2000	373	3064	44,9	10,1	197	3734
2001	410	3148	44,5	10,5	204	3786
2002	411	3155	45,1	10,6	232	3839
2003		3184	45,6		240	3874

Quelle: Kubin/Rosner(2001) + Statistik Austria Daten

Empirie (2)

Int. Vergleich der Arbeitslosen- & Beschäftigungsquoten (2003)			
Land	Arbeitslosenquote	Beschäftigungsquote*	
Österreich	4,7	68,2	
USA	6,1	71,2	
Japan	5,4	68,4	
Deutschland	9,4	64,4	
Frankreich	9,3	61,9	
Italien	8,7	56,2	
Großbritannien	4,9	72,9	
Schweiz	4,2	77,8	
Niederlande	3,6	73,6	
Kanada	7,7	72,1	
Polen	20	51,4	
EU-15	7,8	64,8	

* Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung 15-64 Jahre

Quelle: OECD (2004)

Empirie (3)

Beschäftigungsquoten* nach Altersgruppen und Geschlecht (2003)							
Land	Männer				Frauen		
	15-24	25-54	55-64	15-24	25-54	55-64	
Österreich	54,7	90,1	39,2	46,5	76,7	19,1	
Italien	31,2	86,5	42,8	20,1	54,9	18,5	
Schweden	44,2	85,3	71,2	46	81,7	66,8	
USA	55,3	85,4	65,6	52,5	72	54,5	

* Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung

Quelle: OECD(2004)

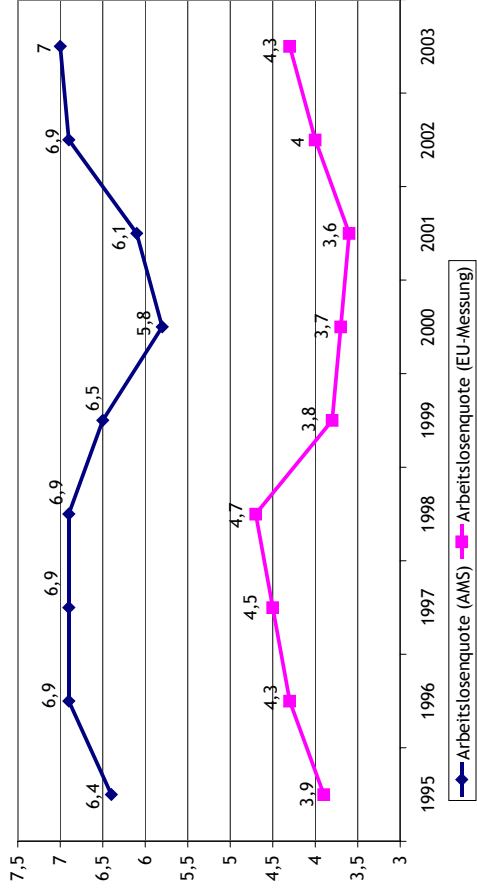
Empirie (4)

Einkommensverteilung Unselbständig Beschäftigter (2001)					
Bruttojahreseinkommen (EUR)			Nettojahreseinkommen (EUR)		
(standardisiert)			Ganzjährig Beschäftigte		
Dezile/Quartile	Zusammen	Frauen	Männer	Zusammen	Männer
10%	7.328	4.772	12.476	8.439	13.752
25%	14.319	10.292	20.128	13.544	16.801
50%	22.504	16.760	26.667	18.186	20.816
90%	45.697	34.983	53.873	32.361	37.895

Quelle: Bauer/Stadler (2003)

Empirie (5)

Arbeitslosenquote nach EU- & AMS-Definition

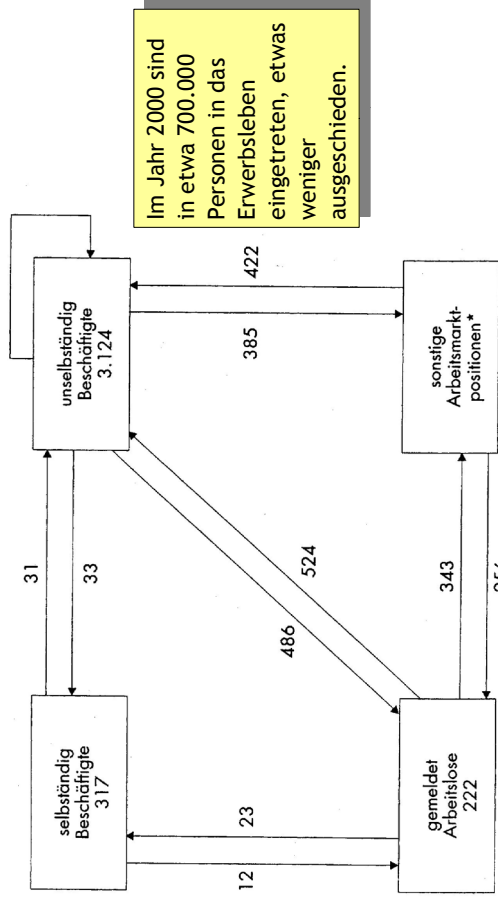


Empirie (6)

Streiks in Österreich		
Jahr	Streiktage (gesamt)	Streikminuten je Arbeitnehmer
1950	4.042.368	1.007
1960	68.823	14,6
1970	26.612	5
1980	16.961	3
1990	8.870	1,5
2000	2.947	0,5
2002	9.306	1,4

Quelle: WKÖ(2004)

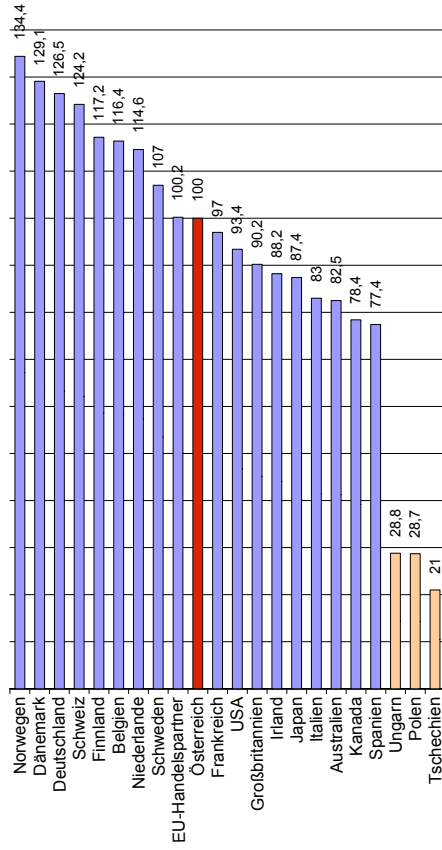
Bestands- und Stromzusammenhänge auf dem österreichischen Arbeitsmarkt 1999/2000



* Karenz, Erwerbspension, Nichterwerbstätigkeit, Präsenz- und Zivildienst, Krankenstände, für die ein Versicherungsträger Krankengeld zahlt, Erwerbstätigkeit im Ausland (Quelle: Kubin/Rosner, 2002)

Empirie (7)

Arbeitskosten in der Sachgütererzeugung 2003



Quelle: Wifo Monatsberichte 9/2004

Institutionen - Lohnbildung (1)

Am Arbeitsmarkt erfolgt die Bestimmung der Mengen und der Preise - im Gegensatz zu den Gütermärkten - getrennt.

Bestimmung der Menge durch Arbeitskräfteangebot, jene des Lohnsatzes im wesentlichen durch Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen.

Weiterer Unterschied zu den Gütermärkten: Gleichzeitige Bestimmung der Lohnsätze für bestehende und für neue Arbeitsverträge.

Jährliche Kollektivvertragsverhandlungen durch Gewerkschaften (Mitglieder des ÖGB) und durch Sparten der Wirtschaftskammer Österreich. Österreichische Besonderheit sind die Ist-Löhne - auch Löhne, die über dem Kollektivvertrag liegen, werden mitverhandelt. Ausschließlich Verhandlung von Nominallöhnen.

Bislang gabe es keine Kollektiv-vertraglich vereinbarten Lohnsenkungen. Alternative Steuerung über Kurzarbeit, Streichung der Überstunden, betrieblich vereinbarte Zulagen.

Starke Regulierung der Arbeitsverhältnisse, da von einer schwächeren Position des Arbeitnehmers ausgegangen wird.

Institutionen - Lohnbildung - ÖGB

Mitgliederstand der 13 Gewerkschaften				
Gewerkschaft	1999	2000	2001	2002
der Privatangestellten	294.964	286.576	284.633	287.558
Öffentlicher Dienst	233.898	234.187	229.079	229.225
der Gemeindebediensteten	175.112	174.677	172.456	172.603
Kunst, Medien, Sport, freie Berufe	15.594	15.694	12.090	11.857
Bau-Holz	161.812	159.985	158.065	153.827
der Chemiearbeiter	37.091	35.940	35.177	34.018
der Eisenbahner	101.580	99.052	96.730	94.552
Druck, Journalismus, Papier	17.812	18.045	19.817	19.302
Handel, Transport, Verkehr	34.900	35.099	35.177	34.735
Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst	50.772	50.032	50.131	50.096
der Post- und Fernmeldebediensteten	77.227	75.579	71.137	68.973
Agrar – Nahrung – Genuss	42.841	40.797	39.736	38.472
Metall – Textil	221.561	216.730	216.799	211.301

Insgesamt 1.406.027 Mitglieder

Institutionen - Lohnbildung - WKÖ

Spartenmitglieder insgesamt und nach Geschlecht 2003

Sparte	Spartenmitglieder		Spartenmitglieder nach Geschlecht (natürliche Personen)	
	aktiv ¹	Insgesamt	männlich	weiblich
Gewerbe und Handwerk	112.328	138.061	73.036	29.012
Industrie	8.648	9.897	3.737	357
Handel	127.405	170.879	86.092	40.116
Bank und Versicherung	1.629	1.641	168	148
Transport und Verkehr	24.107	30.191	17.430	3.596
Tourismus und Freizeitwirtschaft	65.606	81.905	35.545	24.466
Information und Consulting	67.349	88.001	51.899	14.198
ALLE SPARTEN	407.072	520.575	379.800	111.893

Institutionen - Lohnbildung (2)

Grad der Zentralisierung der Lohnverhandlungen

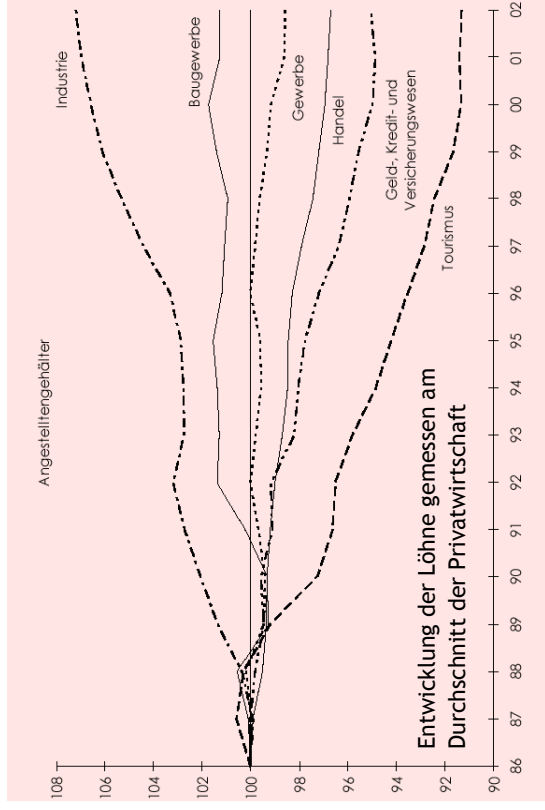
Für Österreich wird ein hoher Grad an Zentralisierung der Lohnverhandlungen attestiert. Pollan(2004) geht von einer Überschätzung der Zentralisierung aus.

Rund 400 Kollektivverträge werden in Österreich separat nach Branchen jährlich verhandelt.

Trotz hoher formaler Zentralisierung sind in Österreich zunehmende Lohnunterschiede nach Branchen beobachtbar. Die Tariflöhne unqualifizierter Arbeiter in der Industrie schwanken zwischen EUR 4,87 und 9,38 je Stunde.

Obzwar das Ziel des ÖGB ist, dass alle Arbeitnehmer gleich von den Produktivitätsfortschritten profitieren sollen, kommen unterschiedliche Steigerungen zu stande, u.a. auf Grund der unterschiedlichen Größe und damit Macht der Einzelgewerkschaften (Pollan, 2004).

Institutionen - Lohnbildung (3)



Quelle: Pollan (2004)

Institutionen - Arbeitsmarktpolitik (1)

Im Gegensatz zur Lohnbildung ist der Staat ein aktiver politischer Akteur in der Arbeitsmarktpolitik.

Begründungen für den Staatseingriff:

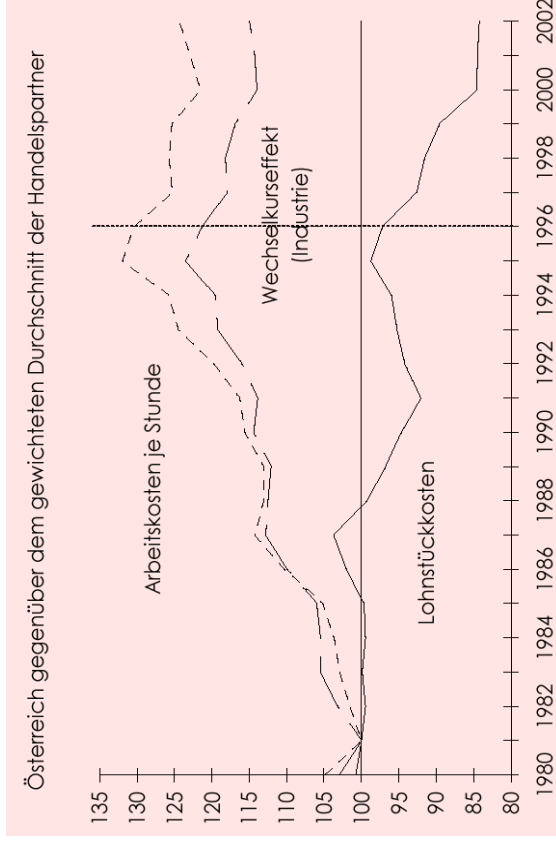
- volkswirtschaftliche Kosten durch verringerte Nachfrage und geringeres Steueraufkommen sowie stärkere Budgetbelastung
- Soziale Kosten
- Längerfristige Arbeitslosigkeit führt zur Dequalifikation

Staatliche Wirtschaftspolitik wird in folgenden Bereichen wirksam:

- Steuerung der aggregierten Nachfrage (z.B. expansive Fiskalpolitik)
- Steuerung des Arbeitskräfteangebotes (z.B. Bildungsmaßnahmen)
- Unterstützung des Suchprozesses (passive Arbeitsmarktpolitik)
- Struktur Anpassung von Arbeitsangebot und -nachfrage (aktive Arbeitsmarktpolitik)

Empirie (8)

Entwicklung der relativen Lohn- und Lohnstückkosten in der Sachgüterindustrie



Quelle: Wifo Monatsberichte 9/2004

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik

Passive Arbeitsmarktpolitik

- Vermittlungstätigkeit
- Beratung bei der Berufswahl
- Soziale Absicherung der Arbeitslosen

- Arbeitslosengeld
- Notstandsunterstützung

Aktive Arbeitsmarktpolitik

- Berufsausbildung
- Weiterbildung
- Förderungen

- Regionale Mobilität
- Beihilfe Lebensunterhalt
- Eingliederungsbeihilfe
- Beschäftigungsträger
- Spez. Maßnahmen für Behinderte/Jugendliche/Ausländer

Instrumente der Beschäftigungspolitik

Nachfragepolitische Instrumente

- Variation direkte Steuern & Staatsausgaben
- Geldpolitik

Angebotspolitische Instrumente

- Verbesserung der Rahmenbedingungen
- Steuerung Lohnnebenkosten
- Arbeitszeitregelung?

Aktuelle Diskussion

Arbeitszeitverlängerung (-flexibilisierung)

Diskussion hinsichtlich folgender Effekte sinnvoll (vgl. Kramer, 2004):

- Unternehmensebene
- in- und ausländische Nachfrage
- generelle und strukturelle Situation des Arbeitsmarktes
- Arbeitskosten an alternativen Standorten im Ausland

Verwendete Literatur

Altmann, J. (2000), Wirtschaftspolitik, 7. Aufl., Lucius & Lucius, Stuttgart.
Guger, A. (2004), Internationale Lohnstückkostenposition 2003 wechselkursbedingt verschlechtert, Wifo Monatsberichte 2004/9
Bauer, M./Stadler, B. (2003), Einkommensbericht: Ergänzende Daten und Analysen, Statistische Nachrichten 1/2003, Statistik Austria, Wien.
Kramer, H. (2004), Zur Debatte über eine Arbeitszeitverlängerung, Pressemeldung 29. Juni 2004
<http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.frameset?p_file_name=PRESSENOTIZEN/PRIVATE22765/P_2004_06_29_25_SHOW.HTML> (25.9.2004)
Kubin, I./Rosner, P. (2003), Arbeitsmarktpolitik: Theoretische Grundlagen und österreichische Institutionen, in: Neck, R./Nowotny, E./Winkler, G. (Hrsg.), Grundzüge der österreichischen Wirtschaftspolitik, 3. Aufl., Manz, Wien.
Mankiw, G. (2000), Makroökonomik, 4. Aufl., Schäffer-Poeschl, Stuttgart.
Musel, G./Pätzold, J. (2003), Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 5. Aufl., München. OECD (2004), OECD Employment Outlook 2004, Paris.
Pollan, W. (2004), Zur Frage der Lohnführerschaft, Wifo Monatsberichte 3/2004, Wien.

Vorlesung Wirtschaftspolitik - Aktuelle Fragen WS 2004

Preisniveaustabilität

Ralf Kronberger

Auszug aus Artikel 105 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Union:

Das vorrangige Ziel der EZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten.

Preisstabilität wurde definiert als Anstieg der Verbraucherpreise von unter 2 % gegenüber dem Vorjahr.

Gliederung

- Argumente für Preisniveaustabilität
- Messung des Preisniveaus
- Empirie / Teuerung bei der Einführung des Euro
- Ursachen für Inflation
- Geldmengeninflation

Grundbegriffe

Inflation ist letztendlich Ausdruck dafür, dass mit Geld ausgestattete Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen höher als die reale Produktion ist.

Deflation

↓ Preisniveau

Disinflation

↓ Inflationsrate

Stagflation

Situation mit sinkender Produktion und steigenden Preisen

Hyperinflation

Extrem hohe Inflation (z.B. Zwischenkriegszeit in Ö, Arg & Bra in den 80er-Jahren)

Argumente für Preisniveaustabilität (1)

Negative Allokations- und Wachstumseffekte

Bei hoher Inflation verlieren die Preise in einer Marktwirtschaft die Steuerungs- und Signalfunktion. Es erfolgt eine Blockierung des Spiels der relativen Preise.

Inflation und Beschäftigung

In Konjunkturtief führt höhere Nachfrage nur kurzfristig zu höheren Beschäftigungseffekten → induzierte höhere Nachfrage treibt Inflation weiter an → Lohn-Preis-Spirale → langfristig sinkt die Beschäftigung, da Unternehmen u.U. Arbeit durch Kapital wegen hoher Löhne substituieren.

Argumente für Preisniveaustabilität (2)

Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Bei gleichbleibendem Wechselkurs führt ein Inflation zum Sinken der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Negative Verteilungseffekte

Lohn-Lag-Hypothese

Wenn die Lohneinkommen (jährliche Kollektivanpassungen) langsamer wachsen als das Preisniveau, sinken die Realeinkommen der Unselbständigen. → Umverteilung zu Gunsten der Unternehmen
Die Verteilungseffekte betreffen das Primäreinkommen.

Transfer-Lag-Hypothese

Analog müssen die Transferbezieher Realeinbußen hinnehmen, wenn die Inflation stärker steigt als die Transfers (z.B. AL, Kindergeld, etc.) → Umverteilung zu Gunsten des Staates.
Die Verteilungseffekte betreffen das Sekundäreinkommen.

Argumente für Preisniveaustabilität (3)

Negative Verteilungseffekte

Gläubiger-Schuldner-Hypothese

Inflation bedingt eine sukzessive Kaufkraftminderung des Gläubigers durch Entwertung des Kredites.

Negative Realverzinsung

Die Inflationsrate liegt über der nominellen Zinsrate. Z.B. Eckzinssatz auf Sparbuch niedriger als Inflationsrate.

Kalte Progression

Bei Nichtanpassung der Steuergrenzen an die Inflationsrate bei progressiven Steuertarifen fallen immer mehr Steuerzahler in höhere Besteuerungsttarife. Die Einkommensbesteuerung steigt überproportional zu den Einkommenserhöhungen (vgl. dazu automatische Stabilisatoren). Demgegenüber steht der Lag-Effekt, wenn ein Teil der Steuern beispielsweise erst am Jahresende fällig wird.

Argumente für Preisniveaustabilität (4)

Negative Verteilungseffekte

Der Staat als Arbeitgeber und Nachfrager von Gütern und Dienstleistungen

Bei Inflation kann der Staat bei Lohnerhöhungen zurückhaltend agieren. Wiederum beim Zukauf von Gütern und Dienstleistungen trägt der Staat die Kosten der Inflation mit.

Messung des Preisniveaus (1)

Preisindizes der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Preisindex des BIP = Deflator

$$Y = C + I + G + X - M$$



$$P(Y) = P(C) + P(I) + P(G) + P(X) - P(M)$$

$P(C) \rightarrow$ Preisänderungen im Nachfrageaggregat „Privater Konsum“
Dies entspricht nicht dem Verbraucherpreisindex (weniger Produkte)

Preisindex der letzten Verwendung

$$P(Y) = P(C) + P(I) + P(G) + P(X)$$

Preisindex der letzten inländischen Verwendung

$$P(Y) = P(C) + P(I) + P(G)$$

Messung des Preisniveaus (2)

Verbraucherpreisindex/HVPI

Der **Verbraucherpreisindex (VPI)** ist das statistische Instrument, mit dem die Entwicklung des Preisniveaus auf der Konsumentenstufe gemessen wird.

Der **Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI)** soll die Veränderung in einem makroökonomischen Sinne messen. Seit Mai 1998 wird der VPI-EWU als gewogenes Mittel der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes von den zwölf Teilnehmerstaaten an der Europäischen Währungsunion (EU) ohne Dänemark, Schweden und Vereinigtes Königreich) berechnet und publiziert. Die Gewichtung der Länder entspricht ihrer ökonomischen Größe. Der VPI-EWU wird unter anderem von der Europäischen Zentralbank (EZB) im Rahmen ihrer Geldpolitik als ein Hauptindikator für die Inflationsüberwachung in der Euro-Zone verwendet.

Quelle: Statistik Austria

Messung des Preisniveaus (3)

Verbraucherpreisindex/HVPI

Konzept und Mittelungsformel

Unterschiedliche Konzepte und Methodik für HVPI und VPI

VPI

Vergleich des Preises mit dem Basispreis $\rightarrow$ relative Veränderung
Der arithmetische Mittelwert dieser relativen Veränderungen ergibt die regionale Messziffer der Ware.

"Inländer im Inland"-Konzept $\rightarrow$ Konsum der Inländer im Inland

HVPI

Verwendung des geometrischen Mittels.

Inlandskonzept $\rightarrow$ privater Konsum innerhalb der Landesgrenzen

Messung des Preisniveaus (4)

Verbraucherpreisindex

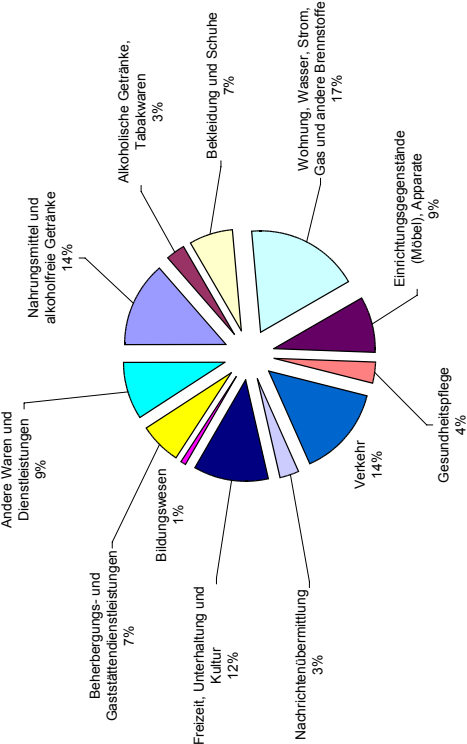
Rechenverfahren

Der österreichische Verbraucherpreisindex (VPI) wird nach dem international üblichen Verfahren eines Laspeyresindex berechnet. Das bedeutet, dass die prozentuelle Veränderung des Preisniveaus für den Warenkorb eines Durchschnittshaushalts festgestellt wird, dessen Zusammensetzung während der gesamten Indexperiode konstant bleibt.

Quelle: Statistik Austria

Messung des Preisniveaus (5)

Warenkorb österreichischer VPI Basis 2000



Quelle: Statistik Austria

Messung des Preisniveaus (6)

Meilensteine der Verbraucherpreisindizes seit 1976					
	VPI 2000	VPI'96	VPI'86	VPI'76	
Mitwirkende Haushalte	7098	6604	6599	6674	
Anzahl der Indexpositionen	812	710	615	582	
Konsumerhebungen	4400	4200	3600	3500	
Einzelpreise in der Berechnung	80000	80000	55000	55000	

Quelle: Statistik Austria

Messung des Preisniveaus (7)

Anzahl der gewichteten Positionen im VPI					
Waren und Dienstleistungen klassifiziert nach	VPI 2000	VPI'96	VPI'86		
0 COICOP 2000	812	710	584		
1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	127	125	86		
2 Alkoholische Getränke, Tabakwaren	78	75	87		
3 Bekleidung und Schuhe	57	47	43		
4 Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	50	44	40		
5 Einrichtungsgegenstände und Geräte	74	64	46		
6 Gesundheitspflege	30	19	13		
7 Verkehr	144	129	103		
8 Nachrichtenübermittlung	13	18	14		
9 Freizeit, Unterhaltung, Kultur	113	96	72		
10 Bildungswesen	12	7	5		
11 Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	40	32	31		
12 Andere Waren und Dienstleistungen	74	54	44		

Quelle: Statistik Austria

Messung des Preisniveaus (8)

Preismeldende Städte für die regionale Preiserhebung

Amstetten	Salzburg
Feldkirch	Wien
Klagenfurt	Dornbirn
Villach	Kapfenberg
Baden	St. Pölten
Graz	Wiener Neustadt
Linz	Eisenstadt
Wels	Krems/Donau
Bregenz	Steyr
Innsbruck	Wolfsberg

- Die Preiserhebungen jeweils an dem zwischen dem 6. und 12. liegenden Mittwoch eines Monats
- Feststellung der Preise für mehr als die Hälfte der Positionen des Warenkorbes monatlich in zwanzig österreichischen Städten durch Bedienstete der Stadtverwaltungen sowie teilweise zusätzlich aus Katalogen oder durch Telefongespräche durch STATISTIK AUSTRIA

Messung des Preisniveaus (9)

Aussagefähigkeit der Preisindizes

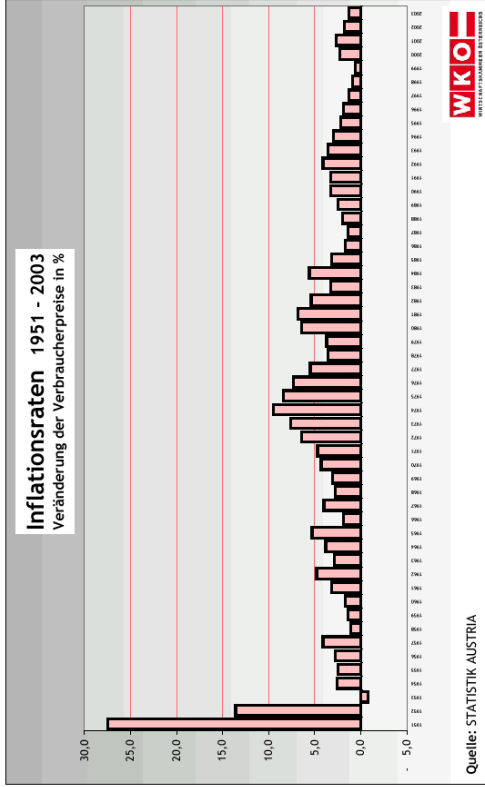
- Trade-off zwischen dem Festhalten an einem Preisindex und dessen Aktualität (Vergleichbarkeit vs. Aktualität)
- Veränderung der Verbrauchsstruktur
- Markteintritt neuer und Ausscheiden alter Produkte
- Berücksichtigung von Qualitätsänderungen

Messung des Preisniveaus (10)

Hedonischer Preisindex

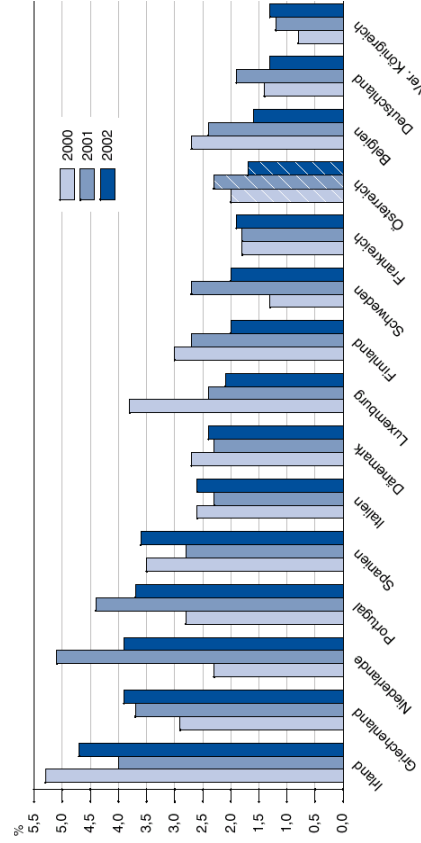
- Einführung in den VPI 01/2003 für Bestsellerbücher (Beisteiner, 2003)
- Verfahren der Qualitätsbereinigung (in den USA bereits verwendet) für Güter (elektronische Geräte, Kfz, etc.) und DL, die im Laufe der Zeit ihre Qualität verändern.
- Zerlegung des Preises verschiedener Modelle eines Produkts in seine Qualitätsmerkmale (Bestesellerbuch: Seitenanzahl, Einband, Länge cm).
 - Ermittlung des Einflusses dieser Qualitätsmerkmale durch Regressionsanalys auf den Preis.
 - Anschließend Trennung in qualitative und preisliche Veränderungen
- Annahme: Jeder Konsument hat die gleiche hedonische Nutzenfunktion, die beschreibt, wie Konsumenten alternative Modelle mit unterschiedlichen Merkmalen bewerten.

Empirie (1)



Empirie (2)

EU-Inflationsraten im Vergleich 2000-2001



Teuerung bei Einführung des Euro (1)

- Die Preisniveausteigerungen 2000-2002 entsprechen den durchschnittlichen Steigerungen zwischen 1990 und 2000.
- Im Zeitraum 2000 bis 2002 stiegen vor allem die Preise für Nahrungsmittel und Freizeit- und Kulturgüter/-leistungen überdurchschnittlich.
- Die Preise für Verkehrsleistungen und Wohnen zeigten ein unterdurchschnittliches Wachstum.
- Psychologische Preise spielten nach der Einführung des Euro eine größere Rolle bei Nahrungsmitteln und Getränken, weniger in Restaurants. Preisrunden erfolgten vor allem in Restaurants.
- Niedrigpreisprodukte stiegen in der Vergleichsperiode überdurchschnittlich an.
- Die Gruppen Erziehung und Unterricht (Studiengebühren) sowie Sonstige Verkehrsdienstleistungen (Autobahnvignette) sind besonders stark gestiegen → mögliche Interpretation als indirekter Euro-Effekte durch Konsolidierungsdruck durch den SWP

Teuerung bei der Einführung des Euro (2)

Verdacht auf „Euro-bezogene Teuerung“ - Hohe Inflation 2001 und 2002 - niedrige Teuerung davor					
Tabelle 2					
Gruppe	Ø 1991-2000	Ø 2001-2002	Inflationsrate	2001	2002
10 ERZIEHUNG UND UNTERRICHT	5,5	15,8	10,0		21,9
09.3.1 Spiel- und Hobbywaren	0,9	7,8	11,7		4,1
07.2.4 Sonstige Dienstleistungen (Privatverkehr)	4,0	9,9	20,1		0,5
01.1.7 Gemüße inklusive Kartoffeln	0,3	4,0	4,0		4,0
08.6 Pauschalreisen	1,3	4,9	4,2		5,6
01.1.4 Mehl, Käse, Eier	0,1	3,3	4,4		2,3
04.5.2 Gas	1,7	5,0	11,5		-1,2
02.1.1 Spirituosen	1,4	4,6	8,4		0,9
12.3.1 Schmuck, Uhren	-1,0	2,1	0,5		3,7
02.2 Tabakwaren	2,8	5,3	4,9		5,6
05.3.2 Kleine Haushaltsgeräte	0,8	3,4	5,2		1,7
01.1.6 Obst	3,2	5,6	8,3		3,1
09.1.1 Radio-, TV-, Video-, Hi-Fi-Geräte	-2,1	0,4	1,6		-0,9
02 ALKOHOLISCHE GETRÄNKE, TABAKWAREN	2,1	4,3	4,2		4,4
09.5.2 Zäunungen und Zäuschriften	2,7	4,7	6,2		3,2
12.3 Persönliche Gebrauchsgüter a.n.g.	0,2	2,1	1,2		3,1
12.5.4 Kraftfahrzeugversicherungen	1,8	3,7	3,3		4,1
01.1.2 Fleisch, Fleischwaren	1,4	3,3	6,2		0,4
01.1 Nahrungsmittel	1,2	3,0	4,3		1,7
09.3.4 Heimtiere und Heimtierartikel	-1,0	0,6	0,1		0,9
12.7 Sonstige Dienstleistungen	1,6	3,0	2,7		3,6
Zusätzlich: Hoher Inflationsbeitrag wegen Konsumbedeutung:					
01 NAHRUNGSMITTEL, ALKOHOLFREIE GETRÄNKE	1,3	2,5	3,6		1,4
09 FREIZEIT UND KULTUR	1,4	1,9	1,7		2,2
Q: STATISTIK AUSTRIA					

Ursachen von Inflation (1)

Nachfrageinflation

- Nachfragesoginflation (Demand-pull-Inflation) (häufig in Boom-Phasen)
 - Konsumnachfrageinflation (Verringerung der Sparneigung)
 - Investitionsnachfrageinflation (verbesserte Gewinnerwartungen, ..)
 - Staatsnachfrageinflation (unsolide Gebarung der öffentlichen Haushalte)
- Importierte Nachfrageinflation (externe Nachfrage nach heimischen Gütern übersteigt heimische Produktionskapazität)

Instrumente zur Bekämpfung der Nachfrageinflation

- Kontraktive Fiskalpolitik (↑ESt, ↑KöSt, Haushaltskonsolidierung; Problem: politische Durchsetzbarkeit)
- Kontraktive Geldpolitik (Problem: Time-lag)
- Kontraktive Außenwirtschaftspolitik (Devisenintervention, ↓Exportförderung, ↓Importhemmnisse)

Ursachen von Inflation (2)

Angebotsinflation (Kostendruckinflation / Cost-push-Inflation)

- Lohnkosteninflation (Lohnsteigerungen die über dem Produktivitätsfortschritt liegen → Investitionszurückhaltung und verstärkter Druck auf den Arbeitsmarkt)
- Kostensteuereinflation (Erhöhung von Abgaben & [indirekten] Steuern)
- Importierte Kosteninflation (z.B. ↑Ölpreis → der inländische Verteilungsspielraum wurde durch erhöhte Importpreise geringer)
- Marktmachtinflation bzw. Gewinnndruckinflation (z.B. durch Kartelle & Monopolisten)

Ursachen von Inflation (3)

Angebotsinflation

Instrumente zur Bekämpfung der Angebotsinflation

- Lohnkosteninflation: Aufgrund der Tarifautonomie kann der Staat nur eine indikative Einkommenspolitik betreiben.
- Kostensteuereinflation: Budgetkonsolidierung, direkte Steuern statt indirekte Steuern
- Importierte Kosteninflation: Technologiepolitische Unterstützung von „Importsubstitutionen“
- Marktmachtinflation: adäquate und effektive Wettbewerbspolitik

Geldmengeninflation (1)

Inflation = monetäres Phänomen

Quantitätsgleichung des Geldes

$$M \times V = P \times Y \quad (\text{Identitätsgleichung \& Gleichgewichtsbedingung})$$

M...Geldmenge

V...Umlaufgeschwindigkeit des Geldes

P...Preisniveau

Y...reale Produktion

Gemäß der Quantitätsgleichung wird das Preisniveauanstieg durch M und V bestimmt. De facto hat M den größeren Einfluss auf das Preisniveau.

Geldmengeninflation (2)

Strategie des Eurosystems

- quantitative Festlegung der Preisstabilität (mittelfristig 2%)
- Indikatoren bezüglich Aussichten und Risiken für die Preisstabilität (realer Sektor: z.B. Ölpreisentwicklung, Lohnsteigerungen, Steuern, WK-Entwicklung, Finanzmarktindikatoren)
- Referenzwert für das Wachstum der Geldmenge (M3) - Orientierung an der trendmäßigen (leicht rückläufigen) Umlaufgeschwindigkeit ($\Delta M3 = 4,5\%$, Zielkorridor 4% - 6%)

Kritikpunkt

Nachfragefunktion im Euroraum ist noch nicht ausreichend bekannt, wodurch ein ausreichender Abgleich zwischen Preisniveau- und Geldmengenziel nicht möglich erscheint. Das festgelegte Preisniveau- und Geldmengenziel könnten u. U. nicht gleichzeitig erreicht werden.

Geldmengeninflation (3)

Instrumente der Geldpolitik

- Offenmarktgeschäfte (Steuerung von Menge, Zinsen, Dauer)
 - Hauptrefinanzierungsgeschäfte (wichtigstes Instrument)
 - Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte
 - Feinststeuerungsoperationen
 - Strukturelle Operationen
- Ständige Fazilitäten
 - Spitzenrefinanzierungsfazilität
 - Einlagefazilität
- Mindestreserve

Geldmengeninflation (4)

Wirkungsweise der geldpolitischen Instrumente (Inflationsbekämpfung)

Verknappung bzw. Verteuerung von Zentralbankgeld in das Geschäftsbankensystem

→ Verringerung des Kreditangebots der Geschäftsbanken

→ geringere Giralgeldschöpfung

→ Drosselung des Geldmengenwachstums

Probleme

- Geschäftsbanken könnten trotz Zentralbankgeldverknappung kurzfristig Geldmenge ausweiten
- Z.B. Veränderungen des Zinssatzes können entgegengesetzte Effekte haben - Zinserhöhung reduziert zwar inländische Geldnachfrage, macht die Währung aber für ausländische Anleger attraktiv

Literatur

Beisteiner, A. (2003), Einführung der hedonischen Methode in den Verbraucherpreisindex, Statistische Nachrichten 4/2003, Statistik Austria, Wien.

EZB (2002), Die Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.

Mussel, G./Pätzold, J. (2003), Grundfragen der Wirtschaftspolitik, Kapitel Preisniveaustabilität, 5. Aufl., Franz Vahlen, München.

Haschka, P./Beisteiner, A. (2003), Euroeinführung und Inflation, Statistische Nachrichten 3/2003, Statistik Austria, Wien.

Vorlesung Wirtschaftspolitik - Aktuelle Fragen WS 2004

Öffentliche Finanzen

Ralf Kronberger

Öffentliche Finanzen

Gliederung

- Definition / Rechtfertigung
- Staatseinnahmen / -ausgaben
- Staatsanteil Messung
- Begründung für einen hohen Staatsanteil
- Steuerreform 2004/2005
- Finanzausgleich & Finanzverfassung

Definition (1)

Enge Definition („Public Finance“)

Lehre von der öffentlichen Finanzwirtschaft, d.h. Lehre von den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben.

Problem:

- Verkehrsanschlussabgabe (z.B. für Errichtung von Einkaufszentren)
Thema der FiWi, Raumordnung nicht?
- Ausgaben für Wohnungsbauförderung Thema der FiWi,
Mieterschutzgesetze nicht?

Definition (2)

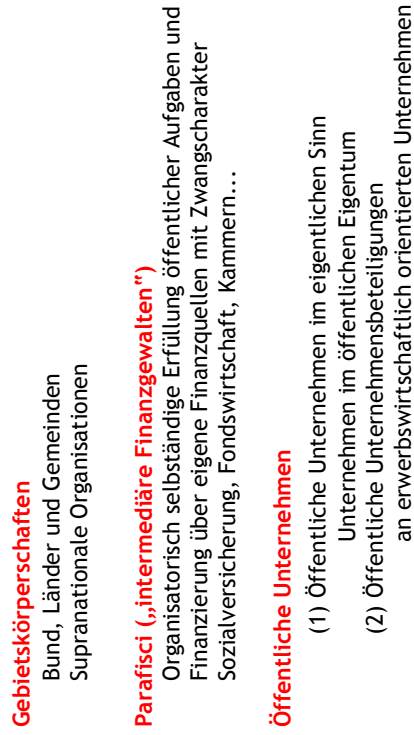
Weite Definition („Public Economics“)

Ökonomische Analyse des Staates

Abgrenzung zur allgemeinen Analyse der Wirtschaftspolitik

→ Fokus auf Analyse der Staats Tätigkeit mit Schwerpunkt auf den Einnahmen und Ausgaben des Staates.

Institutionen des öffentlichen Sektors



Rechtfertigung für staatliche Eingriffe

Beispiele für die Allokationsfunktion

- Sinkende Durchschnittskosten
- Externalitäten
- Kollektivgüter
- Risiko/Ungewissheit
- Unterbewertung der Zukunft

Vgl. Kapitel 1 „Einführung in die Theorie der Wirtschaftspolitik“

Staatliche Einnahmen

Steuern

kein Anspruch auf unmittelbare und individualisierte Gegenleistung

Gebühren & Beiträge

Geldleistung als Preis für unmittelbare und individualisierte Gegenleistung des Staates

Verschuldung

Kreditaufnahme des Staates im privaten Sektor

Weiters

Notenbankgewinne
Privatisierungserlöse

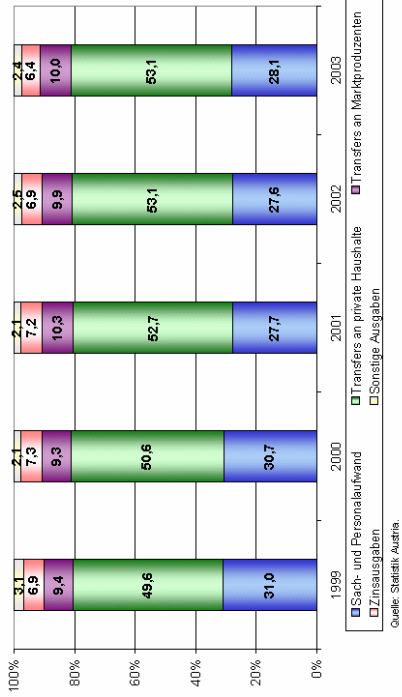
Struktur der konsolidierten Staatseinnahmen 2002

Einnahmen	Mio. EUR	%	Erklärung
Produktions- & Importabgaben	32.580	29,2	indirekte Steuern
Einkommen- & Vermögenst.	30.481	27,3	direkte Steuern
Summe Steuern	63.061	56,5	
Tatsächliche Sozialbeiträge	32.231	28,9	
Unterstellte Sozialbeiträge	4.235	3,8	Dienstgeberbeiträge des Staates
Summe Sozialbeiträge	36.466	32,7	
Produktionserlöse	4.546	4,1	Spitäler, kommunale Versorgung
Vermögenseinkommen	3.616	3,2	Zinsen, Dividenden, Konzessionsentgelte
Transfers	3.921	3,5	Studienbeiträge, Gerichtsgebühren
Summe Sonstige Einnahmen	12.084	10,8	
Summe	111.611	100,0	

Quelle: Staatsschuldenausschuss



Anteile an den Staatsausgaben 1999 bis 2003 in %



Struktur der konsolidierten Staatsausgaben 2002

Ausgaben	Mio. EUR	%	Erklärung
Vorleistungen	10.079	8,9	Instandhaltungsarbeiten, Dienstleistungskauf
Abnehmerentgelt	21.537	19	
Gezahlte Steuern	521	0,5	
Summe Sach- und Personalaufwand	32.137	28,4	
Monetäre Sozialleistungen	40.673	35,9	Pensionen
Soziale Sachleistungen	11.060	9,8	Gratisschulbücher, Arztleistungen
Sonstige laufende Transfers	8.549	7,5	Wohnbauförderung
Summe Transfers an priv. Haushalte	60.283	53,2	
Subventionen	5.744	5,1	regelmäßige Zahlungen z.B. zur Preisstützung
Vermögenstransfers	4.781	4,2	Investitionszuschüsse (Eisenbahn, Krankenhäuser)
Summe Transfers an Markproduzenten	10.554	9,3	
Zinsen für die Staatsschuld	7.876	7,0	
Bruttoinvestitionen	2.491	2,2	
Nettozugang nicht produzierte Verm.güter	-89	-0,1	
Summe Sonstige Ausgaben	10.277	9,1	
Ausgaben insgesamt	113.251	100,0	

Quelle: Staatsschuldenausschuss

Voranschlag Bundesbudget 2004

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichs- haushalt		Gesamt- haushalt	
	BVA 2004	BVA 2003	BVA 2004	BVA 2003	BVA 2004	BVA 2003
Ausgaben	62.667	61.355	50.993	51.276	113.660	112.631
Einnahmen	59.237	57.414	54.423	55.217	113.660	112.631
Abgang	3.430	3.941				
Überschuss			3.430	3.941		

BVA = Bundesvoranschlag
Beträge in Millionen Euro
Quelle: BMF

Maßzahlen zur Größe des öffentlichen Sektors (2)

Abgabenquote
Summe aus Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen in % des BIP
2002: 44,5%

Strukturquoten
Transferquote, Investitionsquote, Beschäftigungsquote, Verschuldungsquote...

Investitionsquote
2002: 1,6%

Schuldenquote
2002: 67,6%

Maßzahlen zur Größe des öffentlichen Sektors (1)

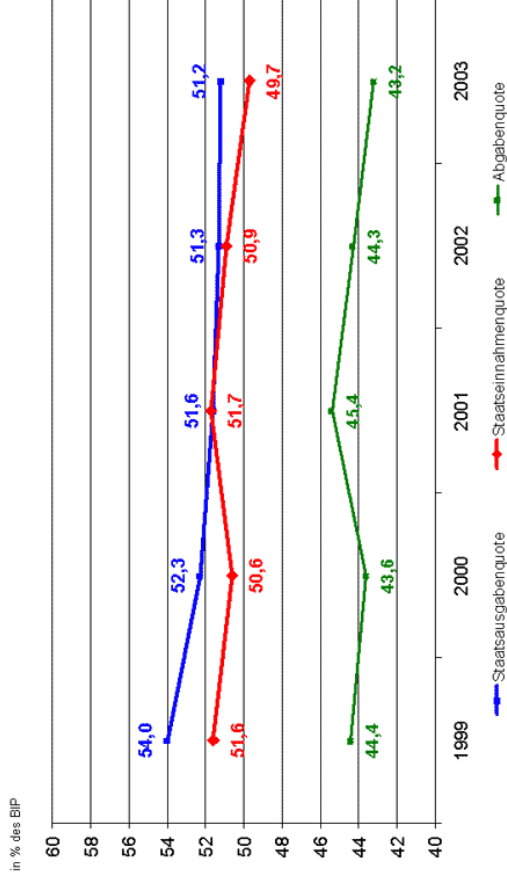
Staatsausgabenquote
Verhältnis der Gesamtausgaben des öffentlichen Sektors zum BIP
2002: 52,2%

Steuerquote
Anteil des Steueraufkommens am BIP
2002: 29,1%

Realausgabenquote
Personalausgaben + Sachausgaben: staatliche Inanspruchnahme des Inlandsprodukts ~ gekaufte Vorleistung + geleistete Wertschöpfung

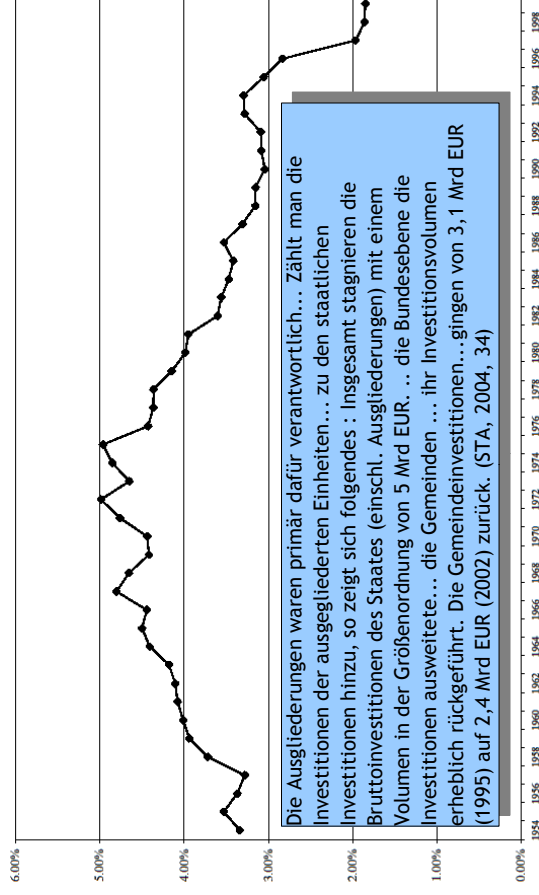


Staatseinnahmen-, Staatsausgaben- und Abgabenquote 1999 bis 2003



Quelle: Staatsschuldenausschuss

Öffentliche Investitionen/BIP Ö (1954-1998)



Warum hoher bzw. steigender Staatsanteil? (2)

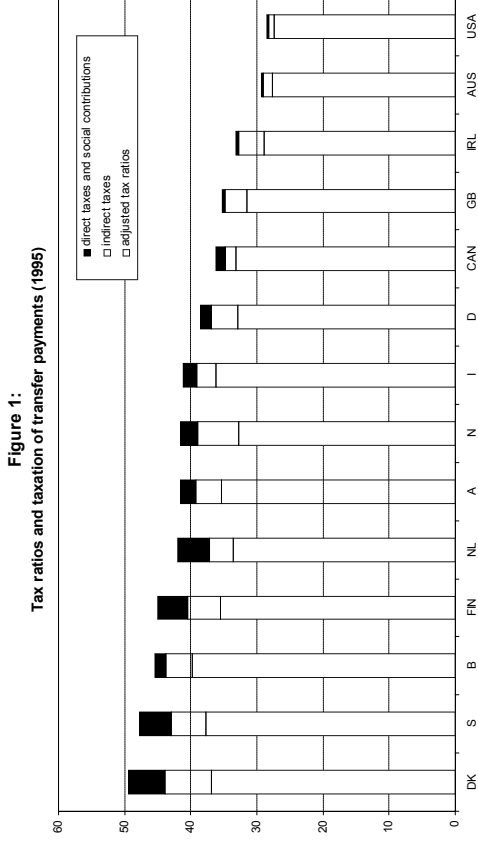
Sperrklinkeneffekt aufgrund des Budgetprozesses (Wildavsky)

Letztjähriges Budget wird nicht in Frage gestellt, sondern bildet Verhandlungsposition für Budget des Folgejahres.

Budgets werden immer ausgeschöpft, um Kürzungen zu vermeiden. Dezemberfieber.

These: Wegen der Starrheit nach unten und Flexibilität nach oben kommt es im Budgetprozess zu einem beständigen Ansteigen der staatlichen Ausgaben.

Abgabenquoten - Internationaler Vergleich



Warum hoher bzw. steigender Staatsanteil? (1)

Das Wagnersche Gesetz (Adolph Wagner)

Der steigende Trend der Staatsquote wird als notwendige Begleiterscheinung des kapitalistischen Fortschrittes und der „vermehrten Reibung“ im privaten Sektor begriffen.

Brecht'sches Gesetz

zunehmende Verstärkung - Gemeindeausgaben steigen überproportional zu Bevölkerungszahl

Demographische Entwicklung

Mancur Olson

Marktwirtschaftliches System neigt zur Verkrustung durch Interessengruppen Akkumulation von Besitzständen.

Warum hoher bzw. steigender Staatsanteil? (3)

Baumol'sche Kostenkrankheit (Baumol 1967)

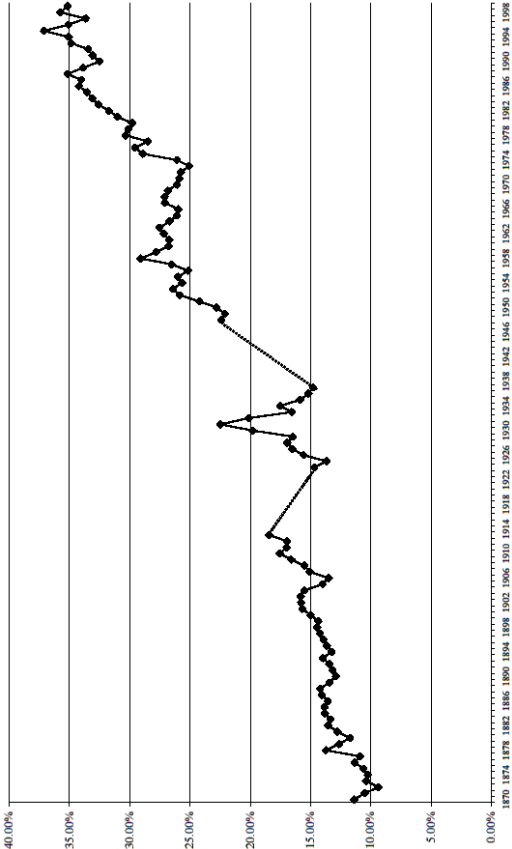
Staatlicher Output wird arbeitsintensiv produziert.

Technischer Fortschritt tritt eher in industrieller Produktion als im Dienstleistungssektor auf.

Die Löhne im öffentlichen Sektor sind an die Löhne im privaten Sektor gekoppelt.

Daher steigen die Kosten im öffentlichen Sektor überproportional und erhöhen so den Anteil des Staates am Sozialprodukt.

Entwicklung: Bundesaussgaben/BIP Ö 1870-1998



Steuerreform 2004/2005 (1)

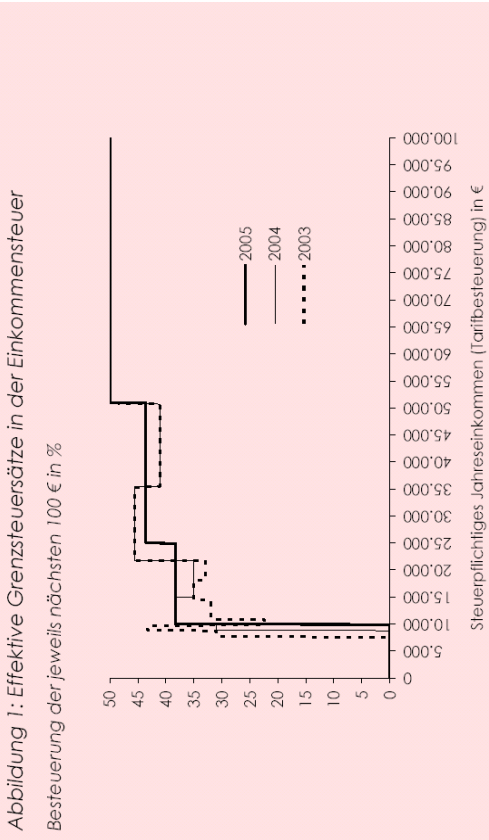
Eckpunkte

- Entlastung niedriger Einkommen (neue Steuergrenze, Kinderfreibetrag)
Von 5,9 Mio. Steuerpflichtigen sind 2,55 Mio. steuerfrei (350.000 mehr als vor der Reform)
Für Unternehmer: Begünstigung nicht entnommener Gewinne (halber Durchschnittssteuersatz)
- KöSt-Senkung 34% → 25% (Durchschnitt Beitrittskandidaten: 19,1%, EU-27: 24,7%)
- Reform Gruppenbesteuerung

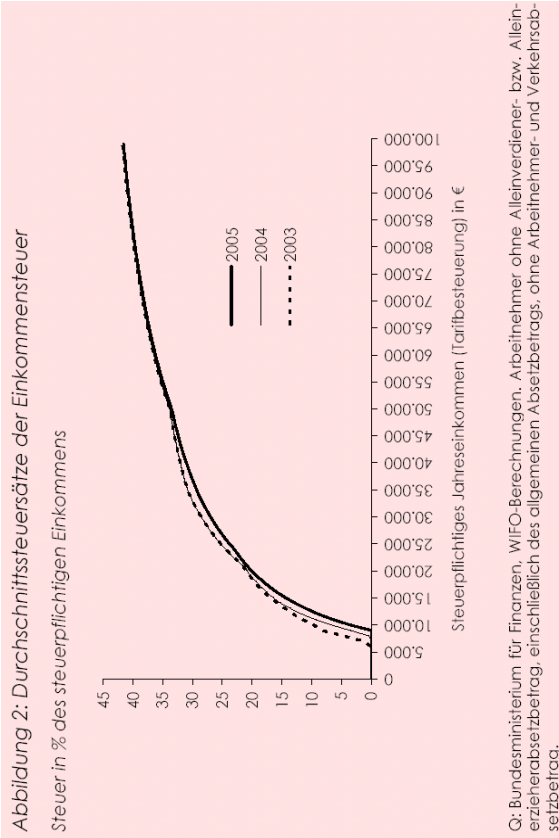
Umsetzung in 2 Etappen (Budgetbegleitgesetz 2003 & Steuerreformgesetz 2005)

Einkommen ¹⁾ in €	Steuer	%
bis 10.000	0	0 %
bei 25.000	5.750	23,00 %
bei 51.000 ²⁾	17.085	33,50 %

Steuerreform 2004/2005 (2)



Steuerreform 2004/2005 (3)



Steuerreform 2004/2005 (4)

Einnahmenreduktionen

- Lohnsteuer, Einkommensteuer: EUR 2,2 Mrd.
- Körperschaftsteuer + neue Gruppenbesteuerung: EUR 1,1 Mrd.
- Spez. Verbrauchsteuern (z.B. Schaumweinsteuer, Biersteuer): EUR 232 Mio.

Lohnsteuer/Einkommensteuer

Die Progression wurde in beinahe allen Einkommensbereichen verschärft. Die Aufkommenselastizität der Lohnsteuer dadurch erhöht (1,81% → 2,18%) (Breuss et al., 2004)

Die Negativsteuer wurde nicht angehoben.

Kalte Progression: Bis Einkommen unter EUR 50.000 wurde gegenüber 2003 kalte Progression kompensiert, gegenüber 2000 nur bestimmte Einkommensgruppen. Die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz wurde seit 1989 nicht angehoben.

Steuerreform 2004/2005 (5)

Makroökonomische Bewertung an Hand des Wifo-Makromodelles

Variable	Kumulierte Veränderungen (%) gegenüber Basislösung ohne Steuerreform bis 2008
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (netto) nominell	1,92
Konsumausgaben private Haushalte	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	0,82
Sparquote	0,19
Außenbeitrag	-0,68
BIP (real)	0,43
Arbeitslosenquote (Prozentpunkte)	0,09
Lohnstückkosten	-0,22
Finanzierungssaldo des Staates	0

Mögliche Unterschätzung der Investitionszuwächse: Erhöhung der Standortattraktivität bzw. vermiedene Abwanderungen im Modell nicht berücksichtigt

Die Selbstfinanzierung der Steuerreform durch direkte und indirekte Effekte beläuft sich auf ca. 11%. Est-Aufkommensverluste unterschätzt (gestiegene Aufkommenselastizität) und KöSt überschätzt (zusätzliche Investitionen induziert).

Finanzausgleich - F-VG (1)

Aufgaben des Finanzausgleichs

- Aufteilung der Steuereinnahmen
- Regelung bestimmter Transfers vom Bund an die Länder
- Festlegung der Finanzierung bestimmter Aufgaben

Hpts. Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern

Beziehungen zwischen den Ländern und Gemeinden außerhalb des FAG geregelt

Österreichische Finanzverfassung weist ausgeprägt zentralistischen Charakter auf.

Finanzausgleichsverhandlungen alle 5 Jahre. Grundsätzliche Regelungen zum Finanzausgleich seit zweiter Hälfte der 40er-Jahre unverändert (Reformstau).

Finanzausgleich - F-VG (2)

Vertikaler Finanzausgleich: Aspekt der Verteilung ist wesentlich wichtiger, als jener des Ausgleichs.

Die zweite Ebene der Verteilung der Erträge wird **horizontale Verteilung** genannt. Darin wird bestimmt, welche Ertragsanteile die Bundesländer und die Gemeinden erhalten. Die Aufteilung erfolgt nach 5 Kriterien:

- Volkszahl
- Abgestufter Bevölkerungsschlüssel
- Fixe Schlüssel
- Aufkommen
- sonstige Schlüssel

Finanzausgleich - F-VG (3)

Transfers vom Bund an Länder und Gemeinden

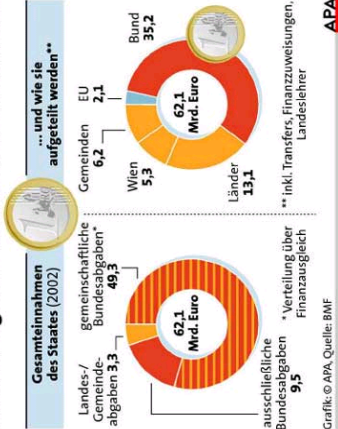
Zusätzlich zur Verteilung der Erträge aus dem Steueraufkommen Transfers des Bundes an finanzschwache Länder und Gemeinden

Teilweise fixe Beträge und teils abhängig von der Einnahmenentwicklung:

- Bedarfszuweisungsmittel (nicht zweckgebunden)
- Transfers für den Nahverkehr, für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen
- für den Beitrag der Gemeinden zur Krankenanstaltfinanzierung
- Wohnbauförderung

Finanzausgleich - F-VG (4)

Finanzausgleich Bund/Länder/Gemeinden



Finanzausgleich - F-VG (5)

Empfehlung des Ausschusses zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2004

Reformvorschläge des „Österreich-Konvents“ möglichst rasch auf politischer Ebene zu evaluieren und zu akkordieren. Zentrale Bestandteile der Bundesstaats- und Finanzverfassungsreform sollten aus Sicht des Staatsschuldenausschusses folgende Aspekte sein:

- Die Festlegung des Ziels eines **gesamtsstaatlich ausgeglichenen Budgetsaldos über den Konjunkturzyklus** im Sinne der EU-Regeln, eingebettet in eine **regelgebundene Budgetpolitik** auf der Ausgabe- und Einnahmenseite.
- Die **Zusammenführung von Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung** durch Zuordnung klarer Verantwortlichkeiten sowie durch **Stärkung der Steuerhoheit der Länder und Gemeinden**. Der Abbau jener Kompetenz- und finanziellen Verflechtungen der Gebietskörperschaften, die ökonomisch falsche Anreizmechanismen auslösen können (z. B. Landeslehrer, Siedlungswasserwirtschaft, Kopfquotenausgleich, Wohnbauförderung, Sozial- und Gesundheitswesen).

Finanzausgleich - F-VG (6)

Empfehlung des Ausschusses zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2004

- Die Verankerung einer **akkordierten mittelfristigen Budgetplanung der Gebietskörperschaften**, die die Informationen über die finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, ihre strategischen Zielsetzungen sowie die budgetären Effekte umfasst. Dies soll in Form von **mehrfährigen Budgets** erfolgen.
- Die Stärkung der Koordination der Finanzpolitik zur **Sicherung des Zusammenwirkens der öffentlichen Haushalte in Österreich als Maastricht-Haushalt**.
- Ausreichende rechtliche Bestimmungen und Anreize für **interkommunale als auch überregionale Kooperationsmodelle**.
- Die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von New-Public-Management-Methoden in Richtung Outputorientierung und Ergebnisverantwortung.
- Die Verankerung eines **transparenten, harmonisierten Berichtswesens aller Gebietskörperschaften** (Informationen über die laufende sowie mittelfristige Budget-, Schulden- und Vermögensgebarung)

Verwendete Literatur

- Breuss, F./Kaniowski, S./Schratzzenstaller, M. (2004), Steuerreform 2004/05 - Maßnahmen und makroökonomische Effekte, Wifo Monatsberichte 8/2004, Wien.
- Felderer, B./Grossman, B./Koman, R. (2002), The Size of the Public Sector - Taxes, Social Spending and True Government Debt, Wirtschaftspolitische Blätter 3/2002, 223-238.
- Frey, R. (2002), Vorlesung: Öffentliche Finanzen, Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum WWZ Universität Basel
- Lehner, G. (2001), Finanzausgleich als Instrument der Budgetpolitik, Wifo Monatsberichte 8/2001, Wien.
- Staatsschuldenausschuss (2003), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002, Oesterreichische Nationalbank, Wien.
- <<http://www.staatsschuldenausschuss.at>>
- Staatsschuldenausschuss (2004), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2003, Oesterreichische Nationalbank, Wien.
- <<http://www.staatsschuldenausschuss.at>>
- Weichenrieder (2002), Vorlesung: Grundzüge der Finanzwissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Vorlesung Wirtschaftspolitik - Aktuelle Fragen WS 2004

Wachstum, Konjunktur & Stabilisierung

Ralf Kronberger

Wachstum, Konjunktur & Stabilisierung

Gliederung

Wachstum

- Gründe für Wachstum
- Wachstumstheorie
- Empirie Österreich

Konjunktur

- Konjunkturtheorie
 - Konjunkturzyklen
 - Methoden der Identifikation
 - österreichischer Konjunkturzyklus
 - Konjunkturpakete
- #### Stabilisierungspolitik
- Antizyklische Politik und Parallelpolitik
 - Defizit? Formen von Staatsdefiziten und Verschuldung
 - Verschuldung Pro & Contra
 - SWP

Argumente für Wachstum

- Bei wachsender Bevölkerung ist BIP-Wachstum notwendig, um den Pro-Kopf-Lebensstandard zumindest konstant zu halten.
- Änderungen in der Einkommensverteilung können nur durch Wachstum erfolgen, andernfalls wäre Umverteilung notwendig.
- Technischer Fortschritt setzt Wachstum voraus. Rationalisierung setzt Arbeitskräfte frei, für die i.d.R. Durch Wachstum neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Erleichterung von Strukturwandel

Angemessenes Wachstum

- **Kurzfristige vs. langfristige Wachstumsmaximierung**
z.B. zu rasches Aufbrauchen von (natürlichen) Ressourcen kann zwar kurzfristig hohen Wachstumsschub bringen, aber insgesamt Verlangsamung des langfristigen Wachstums zur Folge haben
- **Jobless Growth**
Zielkonflikt zwischen Wachstum aus Rationalisierungsinvestitionen, Vollbeschäftigung und ausgewogener Einkommens- und Vermögensverteilung
- **Wachstum und Umweltbelastung**
Starkes Wachstum kann Umweltschäden verursachen, die letztendlich wieder Wachstums-hemmend wirken
- **Wachstum und Güterproduktion**
Unter der Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von 2% verdoppelt sich das BIP innerhalb von 35 Jahren. Ist innerhalb einer Generation die Verdoppelung der Güterproduktion notwendig und sinnvoll?

Qualitatives Wachstum

- **Qualitatives statt quantitatives Wachstum**
Bei ausreichendem Lebensstandard soll Fokus verstärkt auf Dienstleistungen anstatt auf Güterproduktion gelenkt werden (z.B. Wiederverwertung)
- **Weitere Kriterien neben ökonomischem Wachstumskriterium**
Nachhaltige Entwicklung: Berücksichtigung folgender Punkte:
 - ökologische Aspekte
 - soziale Aspekte
 - politische Aspekte
- **„Messschwächen“ des BIP-Indikators**
 - Krankheitskosten, Reparaturkosten als wertsteigernd gewertet
 - Negative externe Kosten nicht in der VGR berücksichtigt
 - Hausarbeit und unentgeltliche Krankenpflege nicht in der VGR berücksichtigtAlternative Messindikatoren notwendig?

Wachstumstheorie (1)

Volkswirtschaftliche Produktionsfaktoren im Zentrum der Wachstumstheorie

Produktionsfunktion

$$Y = f(A, B, K, tF)$$

Y...Inlandsprodukt
A...Arbeit
B...Boden
K...Kapital
tF...technischer Fortschritt

Beziehungen zwischen den Variablen von Bedeutung

- substitutiv oder komplementär?
- abnehmender Grenzertrag?
- endogene oder exogene Erklärung des technischen Fortschritts?

Wachstumstheorie (2)

(Neo-)Klassische Wachstumstheorie
vollkommene Konkurrenz und vollständiger Wettbewerb bedürfen keiner staatlichen Intervention

- Wachstum beruht auf exogenen Faktoren (technischer Fortschritt)

Keynesianische Wachstumstheorie

- Vielmehr Konjunktur- als Wachstumstheorie
- Betonung des Einkommenseffektes von Investitionen (vollständige Vernachlässigung des Kapazitätseffektes)
- Ableitung aktiver staatlicher Technologiepolitik

Wachstumstheorie (3)

Neue Wachstumstheorie

- Basierend auf der neoklassischen Wachstumstheorie wird technischer Fortschritt endogen erklärt.
- Betonung von Humankapital & F&E
- Ableitung von aktiver, sektoral gezielter und allenfalls protektionistischer wachstumsfördernder Maßnahmen
- Endogenisierung des Bevölkerungswachstums
- komplexe Modelle mit restriktiven Annahmen: Solow „Für das Fahren auf dunklen, engen und kurvenreichen Straßen braucht man kein Auto mit 100 PS und mehr.“

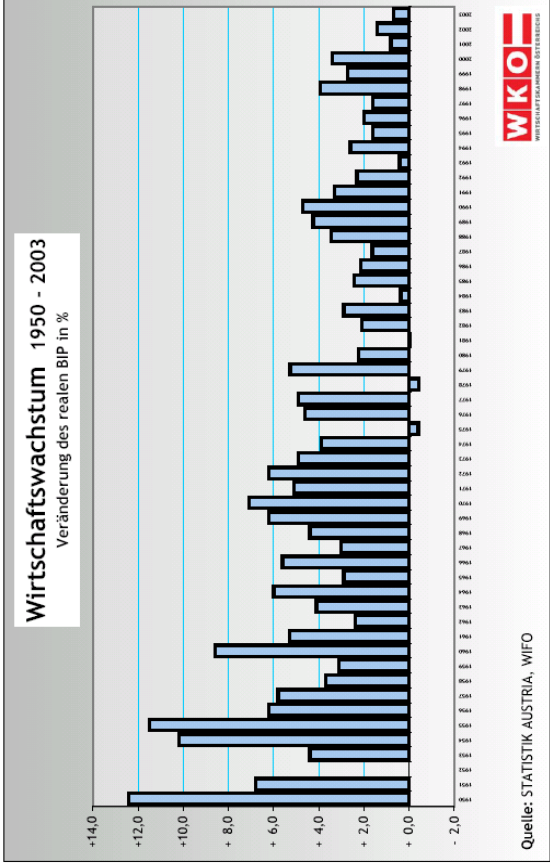
Empirie Ö (1)

Internationaler Vergleich jährlicher Wachstumsraten

Land	BIP-Wachstum			Trend-Pro-Kopf-BIP-Wachstum		
	1970-1980	1980-1990	1990-2000	1970-1980	1980-1990	1996-2000
USA	3,2	3,2	3,2	2,1	2,3	2,8
Japan	4,4	4,1	1,3	3,3	1,4	0,9
Deutschland	2,7	2,2	1,6	1,9	1,2	1,7
Österreich	3,6	2,3	2,3	2,1	1,9	2,3
Irland	4,7	3,5	7,3	3	6,4	7,9
Niederlande	2,9	2,2	2,9	1,6	2,4	2,7
Schweden	1,9	2,2	1,7	1,7	1,5	2,6
Schweiz	1,4	2,1	0,9	1,4	0,4	1,1
EU-15	3	2,4	2	2	1,8	2,2

Quelle: OECD(2004)

Empirie Ö (2)



Empirie Ö (3)

Wachstumszerlegung für Österreich

Den Ausgangspunkt der Wachstumszerlegung bildet eine gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion in der Form:

$$Y_t = K_t^\alpha (A_t H_t L_t)^{1-\alpha}$$

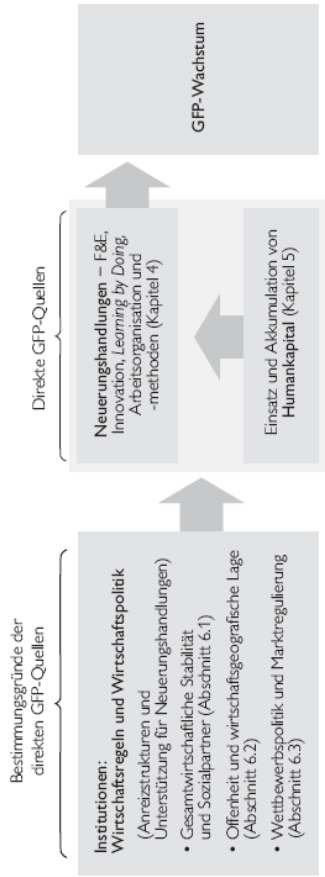
Demnach wird der gesamtwirtschaftliche Output in der Periode t (Y_t) mithilfe der Faktoren Kapital (K_t), Humankapital (H_t) und Arbeit (L_t), gemessen in geleisteten Arbeitsstunden, produziert. A_t wird als „Gesamtfaktorproduktivität“ (GFP) bezeichnet und kann als Maß sowohl für den verfügbaren Wissensstand als auch für strukturelle und institutionelle Aspekte interpretiert werden, die nicht direkt den Einsatz der Produktionsfaktoren beeinflussen, sondern nur indirekt, über die Effizienz, mit der Faktoren eingesetzt werden können, auf den gesamtwirtschaftlichen Output wirken.⁶ Der Parameter α entspricht dem Anteil der Kapitaleinkommen am Gesamteinkommen.

Quelle: Gnan et al. (2004)

Empirie Ö (4)

Wachstumszerlegung für Österreich

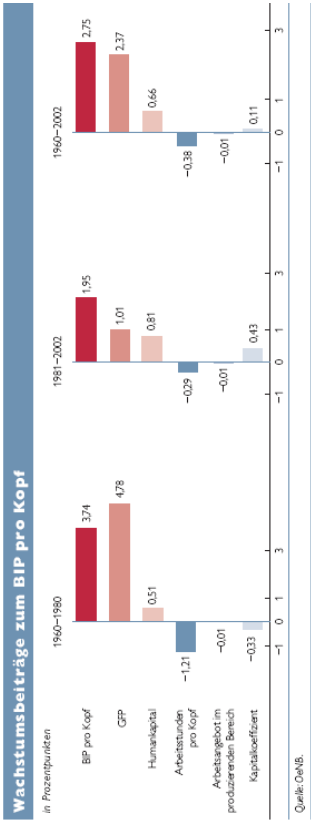
Bestimmungsfaktoren des österreichischen GFP-Wachstums



Quelle: Gnan et al. (2004)

Empirie Ö (5)

Wachstumszerlegung für Österreich



2. Juli 2004 • Prognose für 2004 und 2005: Boom der Weltwirtschaft strahlt allmählich auf Euro-Raum und Österreich aus • Markus Marterbauer - Wifo Pressenotiz

Das Wachstum des BIP wird heuer real 1,7% erreichen. In den letzten Monaten verstärkte sich vor allem die **Nachfrage aus Deutschland** merklich. Bei einem Anhalten der vorsichtigen Konjunkturerholung im Euro-Raum könnte sich das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr auf 2,5% erhöhen. Dann werden auch **Impulse aus dem privaten Konsum** wirksam. Die Beschäftigung reagiert wie gewohnt positiv auf das Wirtschaftswachstum. Sonderfaktoren haben allerdings zur Folge, dass trotz Konjunkturerholung die Arbeitslosigkeit nicht sinkt und das Defizit im Staatshaushalt steigt.

Die Wirtschaft wuchs im I. Quartal im Euro-Raum (real +2% gegenüber dem Vorjahr) und besonders in Deutschland (+1,5%) kräftiger, als in allen Konjunkturanalysen erwartet. In Österreich blieb die Expansion mit +0,7% noch sehr verhalten. Vieles deutet darauf hin, dass die vom **Boom in China** und dem **Aufschwung in Nordamerika** getragene günstige Entwicklung der Weltwirtschaft allmählich auch in Europa Wachstumskräfte entfaltet. Die mehr als drei Jahre dauernde Stagnation der Wirtschaft im Euro-Raum könnte nun einer verhaltenen Konjunkturerholung gewichen sein. Vor allem die **deutsche Exportwirtschaft profitiert** von ihrer engen Verflechtung mit der Weltwirtschaft.

Empirie Ö (6)

Empirie Ö (7)

Fortsetzung - Wifo Pressenotiz

Gemäß den Konjunkturmfragen im Euro-Raum, in Deutschland und in Österreich schätzen die Unternehmen der **Sachgütererzeugung** die aktuelle Geschäftslage merklich günstiger ein als vor einem Jahr; allerdings erwarten sie keine zügige Aufwärtstendenz, wie sie für vergangene Konjunkturzyklen typisch war. Der hohe **Wechselkurs des Euro**, der kräftige Anstieg der **Rohstoffpreise** auf den Weltmärkten und vor allem die **anhaltende Schwäche der Konsumnachfrage im Euro-Raum** bilden Risiken für den weiteren Gang der Konjunktur.

Die österreichische Industrie profitiert aufgrund ihrer **engen Zulieferbeziehungen** vor allem von der markanten Erholung der deutschen Exportwirtschaft... Der Export wird heuer real um 5½% wachsen, obwohl die effektive Aufwertung und eine Verschärfung der Konkurrenzbedingungen in den neuen Mitgliedstaaten der EU den Marktanteil der heimischen Exporteure leicht dämpfen. Die **preisliche Wettbewerbsposition** der österreichischen Industrie hat sich mittelfristig deutlich verbessert, die relativen **Lohnstückkosten** sind gegenüber den Handelspartnern seit 1999 um 6% **gesunken**. Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung steigt 2004 real um 2,8%, merklich rascher als im Durchschnitt der letzten drei Jahre....

Fortsetzung - Wifo Pressenotiz

Empirie Ö (9)

Der **Anstieg der Energiepreise** hat eine beträchtliche Verschlechterung der Terms-of-Trade zur Folge und trägt dazu bei, dass das **Defizit in der Leistungsbilanz** bei etwa 2 Mrd. Euro verharrt. Er schlägt auch bereits auf die Verbraucherebene durch und erhöht die Inflationsrate in den Jahren 2004 und 2005 im Durchschnitt um ¼ Prozentpunkt auf jeweils knapp 2%. Das Wachstum der **verfügbaren Realeinkommen** (2004 +1¼%) wird leicht **gedämpft**. Die **Nettorealeinkommen** je Arbeitnehmer nehmen 2004 das vierte Jahr in Folge **kaum** zu. Die Mehraufwendungen für **Energie dämpfen den Konsum** der privaten Haushalte leicht, gehen aber vor allem zulasten des Sparanteils am verfügbaren Einkommen. Erst im Jahr 2005 bringt die **Senkung der Lohn- und Einkommensteuer** eine merkliche Erhöhung der Pro-Kopf-Einkommen. Die Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte könnte dann zum ersten Mal seit vier Jahren den langfristigen Durchschnitt erreichen (real +2¼%). Die Sparquote wird auf knapp 9% der verfügbaren Einkommen steigen.

Die **Bauwirtschaft** erwies sich schon 2003 als wichtiger **Wachstumsmotor**.....

Wie gewohnt reagiert die **Beschäftigung** auf die Verbesserung der Konjunktur. Die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten erhöht sich heuer um 0,6% und 2005 um 0,9%. Nun könnte auch die Zahl der beschäftigten Inländer, die in den vergangenen zwei Jahren um 30.000 geschrumpft war, wieder **leicht zunehmen**.....

Konjunkturzyklus (1)

Konjunkturschwankungen entstehen aufgrund unterschiedlicher Auslastung des Produktionspotenzials

Varianten der Untergliederung

1. Auf- und Abschwung
2. Vierphasenschema
 - Aufschwung
 - Hochkonjunktur
 - Abschwung (Rezession)
 - Talsohle

Konjunkturzyklus (2)

Formen von Konjunkturzyklen

- Kondratieff-Wellen (50-60 Jahre)
Zustandekommen bahnbrechender Entwicklungen (Dampfmaschinen, Eisenbahn, elektrische Versorgung, etc.)
- Juglar-Wellen (8-9 Jahre)
- Kitchin-Wellen (2-3 Jahre)

Evidenz: Problem Stagflation und Hysteresis

Erklärung für die Konjunktur (1)

Deterministische Erklärungen

Monetäre Konjunkturtheorie

im Aufschwung billige Kreditkosten →
↑ Lagerhaltung der Kaufleute
↑ Produktion ↑ Einkommen ↑ Preise
→ Inflationsbekämpfung durch Zinserhöhung
↓ Lagerhaltung ↓ Preise ↓ Produktion ↓ Einkommen
relativ teurere Lagerhaltung bringt Verluste
↓ Konjunktur bis Zinsen gesenkt werden
Gesamtnachfrageschwankungen erklären die Konjunktur

Erklärung für die Konjunktur (2)

Überinvestitionstheorie

Produktion der Investitionsgüter schwankt stärker als Produktion der Konsumgüter
beschleunigtes Konsumwachstum → ↑ Investitionsvolumen
verlangsamtes Konsumwachstum → ↓ Investitionsvolumen
sinkender Konsum → Deinvestition (ausgeschiedene Konsumgüter werden nicht ersetzt)
Investitionen eilen dem Konsum voraus
Strukturverschiebungen als Erklärungen

Erklärung für die Konjunktur (3)

Unterkonsumptionstheorien

Mit dem Aufschwung steigen die Einkommen und induzieren Investitionen. Insbesondere höhere Einkommen konsumieren unterdurchschnittlich, wodurch zuvor stimulierte erweiterte Kapazitäten der Produktion nicht mehr ausgelastet werden. Im Abschwung erhöht sich die Konsumquote wieder. Besonderheit: Ansatz, der Einkommensverteilung mitberücksichtigt

Konjunktur als stochastischer Prozess

Konjunkturschwankungen durch Einwirkung von zufälligen Schocks erklärt.

Z.B. 11. September 2001, Erdölshocks, Irakkrieg, etc.

Erklärung für die Konjunktur (4)

Multiplikator und Akzelerator

zentraler Ansatz für Güterinvestitionstheorien

Durch den Zusammenhang $Y = C + I$ und $C = c \times Y$ kann eine direkte Beziehung zwischen Volkseinkommen und Investitionen hergestellt werden. →

Multiplikator: $\Delta Y = 1/(1-c) \times \Delta I$

Vorübergehende Investitionserhöhung bewirkt über den Multiplikator nur vorübergehende Erhöhung des Volkseinkommens.

Akzeleratoreffekt

Nachfrageerhöhung nach Konsumgütern und -dienstleistungen bei ausgelasteten Produktionskapazitäten bedingt eine erhöhte Investitionsgüternachfrage zur Befriedigung der erhöhten Konsumgüter- und -dienstleistungsnachfrage. Die Investitionsgüternachfrage beschleunigt die Konsumgüter- und dienstleistungsnachfrage weiter.

Konjunkturmodell

Ein deterministisches Modell,
das klassische Konjunkturmodell: $ln Y_t = T_t + C_t + S_t + e_t$

$Y_t \dots$ BIP (oftmals Logarithmus)
 $T_t \dots$ Trend (logarithmisch linear,
 quadratisch-logarithmisch
 oder exponentieller Trend)
 $C_t \dots$ Deterministische Konjunkturkomponente
 $S_t \dots$ Deterministische Saisonkomponente
 $e_t \dots$ Fehlerterm

Identifikation von Zyklen (1)

Interpretation

NBER-Methode

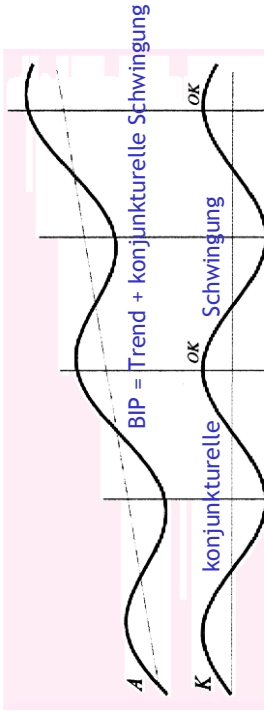
komplex & aufwändig (24 Hauptindikatoren)

- Frühindikatoren (Leading Indicators) [Aktienpreise, Auftragseingänge]
- Präsenzindikatoren (Coincident Indicators) [Arbeitslosigkeit, BIP, Produktionsleistung]
- Spätindikatoren (Lagging Indicators) [Preisveränderungen, Langzeitarbeitslosigkeit, Zinsen]

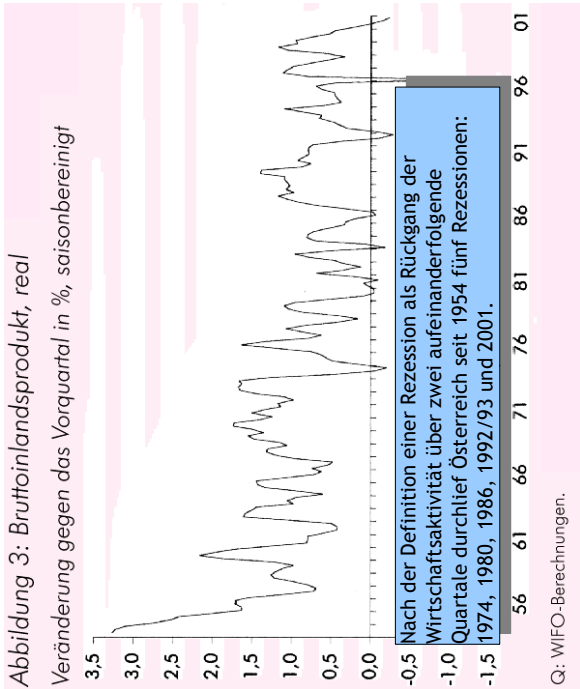
U.a. Tichy(1994)

BIP alleine hat ausreichend Aussagekraft für den Zyklus
 BIP = Aggregat mit korrekter Gewichtung vieler wirtschaftlicher Zeitreihen
 gemäß ihrer ökonomischen Bedeutung

Identifikation von Zyklen (2)



Konjunktur Ö



Konjunkturpolitik

Der Begriff „Konjunktur“ verbindet 3 Merkmale:

1. Makroökonomische Größen als Zielgrößen (WIPOL Vieleck)
2. Periodisch wiederkehrende Auf- & Abschwünge
3. Schwankungen um das makroökonomische Gleichgewicht

Konjunkturpolitik = Summe aller Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur

Konjunkturpakete (1)

Übersicht 2: Maßnahmen im Rahmen des ersten Konjunkturbelebungspaketes von 2001

	Geltungsdauer	Volumen Mio. € p. a.
Befristete vorzeitige Abschreibung	2002 ¹⁾	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	73
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Steuerbegünstigungen Betriebsübertragungen	Unbefristet	51
BIG	2002	143
"Hochbaumillarde"	2001 bis 2003	20
Weltkurerbe	2002	1
Infrastruktur	2002 bis 2004	470

Q: Bundesministerium für Finanzen. – ¹⁾ 2003 und 2004 budgetwirksam.

Konjunkturpakete (2)

Übersicht 4: Maßnahmen im Rahmen des zweiten Konjunkturbelebungspaketes von 2002

	Geltungsdauer	Volumen Mio. € p. a.
Investitionszuwachsprämie	2002 bis 2003	100
Befristete vorzeitige Abschreibung	2003 ¹⁾	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	40
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Lehrlingsprämie von 1.000 € p. a.	Unbefristet	120
Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge	Unbefristet	75
Jugend- und Lehrlingsbildungspaket	2002 bis 2003	75
Jugendausbildungsicherungsgesetz	2002 bis 2003	20
Betreuungs- und Pflegeberufe	.	10
Umweltförderungsgesetz	2002	10
Biomasseförderung	2003	5

Q: Bundesministerium für Finanzen. – ¹⁾ 2005 budgetwirksam.

Konjunkturpakete (3)

Das gesamte Budgetvolumen der beiden Konjunkturbelebungspakete war mit knapp 0,6% des BIP im Jahr 2003 relativ begrenzt. Insbesondere die ausgabenseitigen Maßnahmen sowie die zeitlich befristete Investitionszuwachsprämie hatten einen merklichen positiven Einfluss auf das österreichische BIP (Zusatzeffekt knapp $\frac{3}{4}\%$ des BIP).
Zusätzlichen Infrastrukturausgaben: 2002 +1/4% & 2004 + 1/2%
Investitionszuwachsprämie: 2003 + $\frac{1}{4}$ %
(Schratzentaller et al., 2003, 767)

Kosten der Konjunkturpakete:

2003: 1.224 Mio. EUR

2004: 562 Mio. EUR

Diskussion

- Ist europäische Struktur- und nationale Makropolitik sinnvoll?
- Können kleine MS ihre Konjunktur ohne Hilfe der EU ankurbeln?
- Sind kleine Konjunkturpakete sinnvoll? Kann man ihre Wirkung wirklich nachweisen?

Stabilisierungspolitik (1)

Fiscal policy: Steuer- und Ausgabenvariationen des Staates („Demand Management“)

- Diskretionär und regelgebundene Maßnahmen (aktive und passive Maßnahmen) Multiplikatoreffekt
- Crowding-out Effekte?
- Automatische Stabilisatoren

Klassische Parallelpolitik

immer ausgeglichenes Budget gewünscht:
Rezession - Ausgaben kürzen oder Steuersatz erhöhen;

Stabilisierungspolitik (2)

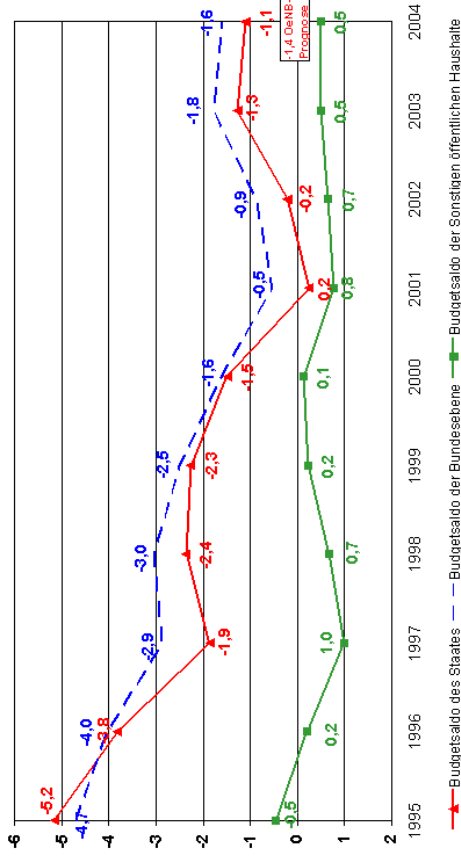
Defizitformen

mit direkten Maßnahmen des Staates geht immer die Frage nach der Staatsverschuldung und dem Defizit einher.

- Konjunkturbedingtes Defizit**
 (Mindereinnahmen des Staates durch geringere Auslastung des Produktionspotentials)
- Antizyklisches Defizit**
 (Schulden des Staates durch aktive stabilitätspolitische Maßnahmen - verschwindet wieder bei Normalauslastung)
- Strukturelles Defizit**
 (auch bei Normalauslastung)



Öffentlicher Finanzierungssaldo in Österreich 1995 bis 2004 in % des BIP¹⁾



Quelle: STA (2004), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2003

Berechnung konjunkturbereinigter Budgetsalden

Der konjunkturbereinigte Budgetsaldo errechnet sich aus tatsächlichem Saldo abzüglich Outputlücke multipliziert mit der Budgetelastizität

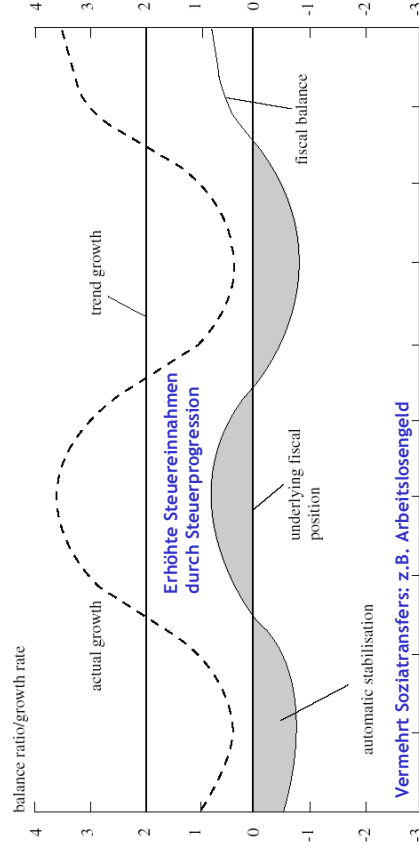
Beispiel Jahr 2000:

$$-2,07 \% = -1,50 \% - 1,9 \% * 0,3$$

Konjunkturbereinigter Saldo = tats. Saldo - Outputlücke * Elastizität

Referenz: http://europa.eu.int/comm/economy_finance/indicators/general_government_data/cabb_autumn2002en.pdf

The operation of automatic stabilisers over the cycle



Quelle: ECB, Monthly Bulletin, April 2002

Stabilisierungspolitik (3)

Grenzen der Staatsverschuldung

Staatsbankrott?

eigentlich nicht: Schulden können durch Ausgabe neuer Schuldtitel getilgt werden (Steigerung der Schuld) - Abnehmer für Schuldtitel finden

Auf lange Sicht gesehen

- Die Staatsschuld kann nicht rascher wachsen als das BIP.
- Die Zinszahlungen des Staates müssen aus dem Bruttoinlandsprodukt beglichen werden.

Die Zu- oder Abnahme der Schuldenquote wird durch folgenden Variablen bestimmt:

- Primärdefizit (Saldo vor Abzug der Zinsen für die Staatsschuld)
- Zinssatz
- Inflation
- BIP-Wachstum

Stabilisierungspolitik (4)

Pro & Contra Staatsverschuldung

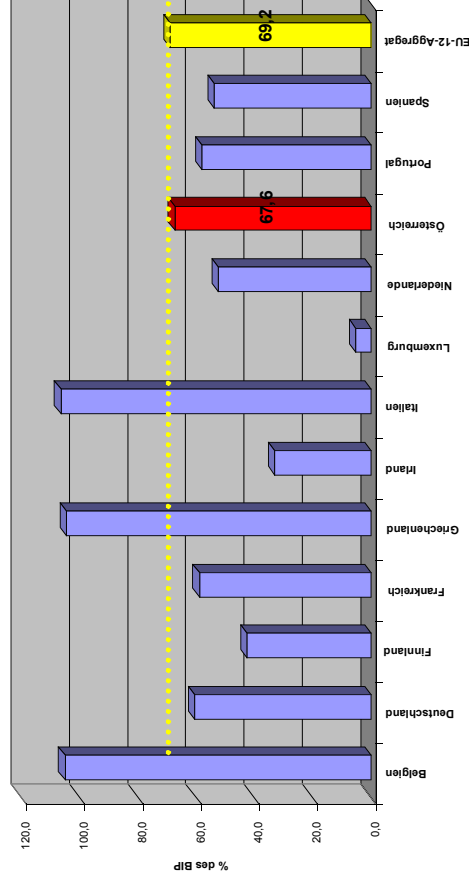
- + Intergeneration Equity
- + Schonung der Steuerzahler der Gegenwart
- + Hinausschieben von Finanzierungs-/ Steuerwiderstand
- + Stabilisierung der Steuersätze bei großen Investitionen
- + Anlagemöglichkeiten: „mündelsicher“
- Kostenspiel: Zinskosten
- Unterlaufen von Steuerschranken
- Gefahr der Inflation wegen des Bestrebens, die Staatsschuld zu entwerten
- Gefahr von Verzerrungen als Folge der Manipulation im Bestreben, die Zinsbelastung niedrig zu halten

Stabilisierungspolitik (5)

Die Probleme bei der ricardianischen Äquivalenz

1. **Keynesianischer Multiplikator:**
 ↑private Nachfrage
 ↑Inlandskonsum
 ↑Staatsausgaben
 ↑BIP
2. **Unterschiedliche Zeithorizonte:** Migranten müssen „alte“ Schulden zahlen
3. **Unvollkommene Kreditmärkte:** Staat kann sich billiger verschulden
4. Gemäß **neuer Wachstumstheorie** sind öffentliche Investitionen wachstumsfördernd
5. **Intertemporale Besteuerung:** Steuererhöhung wirkt stärker wachstumsdämpfend als Steuersenkung
 Wachstumsimpulse gibt fluktuierende Steuersätze senken die Konsummöglichkeiten

Staatsverschuldung 2002 - int. Vergleich



Quelle: STA (2003), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002

Stabilisierungspolitik (6)

Der Stabilitätspakt - Konvergenzkriterien zum Beitritt in die EWU

Fiskalische Kriterien

- Staatsdefizit nicht höher als 3% des BIP
- Staatsverschuldung nicht über 60% des BIP

Inflation

nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der 3 Mitgliedsstaaten mit der niedrigsten Inflation

Zinsen

nicht mehr als 2 Prozentpunkt über dem Durchschnitt der 3 Mitgliedsstaaten mit der niedrigsten Inflation.

Betritt im EWS

mindestens 2 Jahr ohne Abwertung im EWS

Einhaltung der Kriterien auch nach Bestehen der EWU

Stabilisierungspolitik (7)

Warum Stabilitätspakt?

- Vermeidung übermäßiger Defizite hält Zinsen niedrig
- Ausgewogenes Zusammenspiel von Geld-, Budget- und Lohnpolitik ermöglicht hohes Wachstum und Beschäftigung
- Einhaltung des mittelfristigen Budgetziels erhöht Planbarkeit von EZB, Unternehmen und Haushalten
- Vermeidung negativer Auswirkungen nichtnachhaltiger Haushaltspolitiken auf andere MS (u.a. Zinsen, Wechselkurs)

Stabilisierungspolitik (8)

Kritik am SWP

- Ursache für Defizitüberschreitung nicht nur laxe Haushaltspolitik (Zinsen, Lohnpolitik, etc.)
- Defizitgrenze bzw. Schuldengrenze arbiträr formuliert
- Defizitgrenze unabhängig davon, wie heterogen die Staatseinnahmen bzw. wie groß der Einfluss zyklischer Schwankungen auf das Budget in den einzelnen Mitgliedsstaaten auch sein würden

Stabilisierungspolitik (9)

Kritik am SWP

- SWP verliert disziplinierende Wirkung, wenn große MS ungestraft davon abweichen.
- Asymmetrie: Defizitobergrenze aber keine Verpflichtung während Konjunkturaufschwüngen zu sparen
- Tendenz zur Unterinvestition in öff. Infrastruktur & Bildung
- Tiefgreifende Reformen unmöglich, da sie anfänglich Kosten verursachen

Stabilisierungspolitik (10)

Reformansätze beim SWP - Kommissionsmitteilung 3.9.04

- Aktivere Nutzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik
- Erhöhung der Peer Pressure und aktiver Einsatz der Frühwarnungen
- Stärkere Beachtung der langfristigen Tragfähigkeit des Schuldenstands
- Berücksichtigung länderspezifischer Gegebenheiten bei mittelfristig ausgeglichenem Haushalt oder Haushaltsüberschuss
 - Überalterung
 - strukturelle Reformen
 - potenzielles Wachstum
 - Nettoneuinvestitionen
- Berücksichtigung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen & Entwicklungen bei der Umsetzung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit

Verwendete Literatur

- Altmann, J. (200), Wirtschaftspolitik, 7. Aufl., Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Gnan, E./Janger, J./Scharler, S. (2004), Ursachen des langfristigen Wachstums in Österreich – Plädoyer für eine nationale Wachstumsstrategie, Geld- und Wirtschaftspolitik 1/04, Wien.
- <http://www2.oenb.at/guw/download/GuW04-1_2.pdf>
- Kronberger (2003), Zur Diskussion: Budgetpolitik und Wirtschaftswachstum, Wirtschaftspolitische Blätter 2/2003, 250-260
- <<http://wko.at/fp/kontrolle/buduwachskro203.pdf>>
- OECD (2004), Understanding Economic Growth - Macro-level, Industry-level, Firm-level, Palgrave Macmillan, New York.
- Scheiblecker (2002), Konjunkturzyklen der österreichischen Wirtschaft, Wifo Monatsberichte 7/2002, 437-446
- Schratzenstaller et al. (2003), Erste Evaluierung der Konjunkturbereitungsmaßnahmen seit 2001, Wifo Monatsberichte 10/2003, 755-768
- Staatsschuldenausschuss (2003), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002, Oesterreichische Nationalbank, Wien.
- <<http://www.staatsschuldenausschuss.at/html/inhalt/bericht2002/bericht.pdf>>
- Tichy (1994), Konjunktur - stilisierte Fakten, Theorie, Prognose, Springer Berlin.
- Zagler (2002), Öffentliche Verschuldung, Budgetdefizite und Budgetkonsolidierung, in: Theurl./Winner/Sausgruber (Hrsg.), Kompendium der österreichischen Finanzpolitik, Springer Wien New York.